



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Mammutaufgabe Flüchtlingskrise

Bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter Leitung von Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle sprachen Bayerns Sozialministerin Emilia Müller, MdL und Passaus Landrat Franz Meyer Klartext. Beide Politiker plädierten energisch für eine massive Begrenzung des Flüchtlingsstroms. Nur so sei Integration im Land überhaupt möglich.

Landrat Meyer wies darauf hin, dass bei aller Herausforderung dieses Megathemas auch andere Aufgaben der Kreispolitik zu bewältigen seien. Gleichwohl habe sich das Passauer Landratsamt wie viele andere im Freistaat in den vergangenen Monaten vornehmlich zu einer Flüchtlingsbehörde entwickelt. Meyer zufolge sind im Landkreis derzeit über 2.000 Asylbewerber untergebracht. In den nächsten Monaten müssen etwa zusätzlich 1.000 Plätze geschaffen werden – Kapazitätsgrenzen nicht ausgeschossen. Derzeit herrsche freilich noch „Ruhe vor dem Sturm“.

Situation in der Grenzregion

Nach wie vor bekommt der Landkreis 40 bis 50 Asylbewerber zugeteilt. Niederbayern hat 10 % der ankommenden Asylbewerber in Bayern aufzunehmen, der Landkreis Passau davon 15,5 %. 2015 sind in der Grenzregion zwischenzeitlich 8.000 bis 10.000 Flüchtlinge am Tag eingetroffen.

Wie sich die Situation an einem Oktoberwochenende in der Nähe von Wegscheid darstellte, zeigte Bürgermeister Josef Lamperstorfer anhand von Bildmaterial auf. 700 Flüchtlinge tauchten an einem Samstagabend plötzlich an bislang ungenutzten alten Grenzübergang zur B 388 bei Wegscheid auf – angeliefert von 13 österreichischen Bussen, die umgehend wieder wegfuhr. In Neuhaus am Inn, ebenfalls im Landkreis Passau, drängten sich innerhalb kurzer Zeit 400 Menschen auf der alten Innbrücke. Dasselbe Bild bot sich auf der Grenzbrücke in Simbach

am Inn (Landkreis Rottal-Inn). Dort zählte die Polizei sogar 700 Menschen. Und über die Passauer Innstadt marschierten ca. 250 Flüchtlinge in die Innenstadt.

Unter Hochdruck organisierte das Landratsamt gemeinsam mit der Bundespolizei Busse und Schlafplätze für die vielen Menschen. Die Unterbringungsmöglichkeiten in Passau und auch die Warteraum-Plätze des Landkreises waren am Ende voll belegt.

Der Landkreis Passau hatte laut Meyer in den vergangenen Mona-

ten eine dreifache Herausforderung zu bewältigen: „Erstens die Aufnahme der uns zugeteilten Asylbewerber, zweitens die Aufnahme an der grünen Grenze und drittens den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen, von denen uns im vergangenen Jahr etwa 3.800 von der Bundes- bzw. Landespolizei an der Grenze übergeben wurden“. Ministerin Müller sei deshalb gebeten worden, für eine bayernweite Verteilung zu sorgen, was sehr schnell umgesetzt worden sei. Der Landkreisleiter brachte in diesem Zusammenhang seine „Dankbarkeit für die Solidarität in der kommunalen Familie in Bayern“ zum Ausdruck. Zufrieden zeigte er sich damit, dass seit 1. November die bundesweite Verteilung der Flüchtlinge erfolgt.

„In 2016 müssen wir vor dem Hintergrund einer höheren Anerkennungsquote neben der Unterbringung weiter ankommender Asylbewerber den Fokus auf die Wohnungssuche für sogenannte Fehlbeleger richten“, führte Franz Meyer weiter aus. Im Bezirk setze man die Hoffnung auf sozialen Wohnungsbau. Das Interesse von Baugenossenschaften, privaten Bauträgern und Architekten sei

grundsätzlich hoch; es müsse Aufgabe des Staates sein, sich um Unterkünfte zu kümmern.

Großartige Unterstützung durch den Freistaat

Den Freistaat Bayern bezeichnete Meyer insgesamt als „großartig in der Unterstützung“, wies aber auch darauf hin, dass Personal- und Sachkosten nicht erstattet würden. Ganz anders fiel sein Urteil über Europa aus: „Der Kontinent hat in der Flüchtlingsfrage total versagt.“ Europa stehe am Scheideweg und sei nicht in der Lage, dieses Thema zu regeln. Meyers Appell: „Wir brauchen eine europäische Quotenregelung!“ Der Landkreis Passau habe mehr Asylbewerber aufgenommen als so manches europäische Land. Ein Ünding in den Augen des Landrats.

Sozialen Frieden erhalten

Mit Blick auf Grenzkontrollen meinte Meyer: „Wenn Europa scheitert, wird eine nationale Lösung unumgänglich sein. Wir müssen auch aus Sicherheitsgründen wissen, wer ins Land“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Integration fördern

In der Flüchtlingsdiskussion werden die Rufe der Kommunen nach Hilfe von Bund und Ländern stetig lauter. Eindringlich haben nun die Spitzengremien des Deutschen Städtetages bei ihren Beratungen in Schwerin an die Bundesregierung appelliert, alles zu unternehmen, damit die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sinkt und ein neuer Anstieg im Frühjahr vermieden wird.

Um den Zuzug besser bewältigen zu können, muss es nach Auffassung des Deutschen Städtetages gelingen, dass Flüchtlinge in den Nachbarländern der Krisenstaaten bleiben können. Auch sei der Fokus darauf zu richten, die Wanderungsbewegungen innerhalb Europas wirkungsvoller zu steuern und die EU-Außengrenzen besser zu schützen.

Beschleunigte Verfahren

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, betonte, „tun die Städte und viele Ehrenamtliche ihr Bestes, um den Menschen, die lange bei uns bleiben, ihr Ankommen zu erleichtern und ihre Integration zu fördern. Sollten die Flüchtlingszahlen erneut ansteigen, würden allerdings die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Kommunen überfordert. Neben den internationalen Anstrengungen müssen Bund und Länder die vorgesehenen beschleunigten Asylverfahren zügig in die Praxis umsetzen und Menschen ohne Bleibeperspektive anschließend konsequent in ihre Heimatländer zurückführen. Das ist nötig, damit den Kommunen nur noch Flüchtlinge zugewiesen werden, die als Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte unseren Schutz brauchen.“

Die Städte begrüßen grundsätzlich die Gesetzes-Vorschläge der Bundesregierung, die dazu beitragen sollen, den Flüchtlingszuzug besser zu steuern und zu reduzieren sowie eine erfolgreiche Integration der bei uns bleibenden Menschen zu unterstützen. Dazu zählen neben beschleunigten Asylverfahren in besonderen Aufnahmeeinrichtungen unter anderem auch das Einführen des einheitlichen Anknüpfungsausweises (Flüchtlingsausweis) sowie der Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Asylbewerbern.

Die Aufnahme und angemessene Unterbringung der laufend weiter Zuflucht suchenden Menschen stellt laut Deutschem Städtetag die Kommunen in Deutschland, deren finanzielle Situation ohnehin zum Teil extrem angespannt ist, vor eine kaum mehr tragbare Belastung. Die Städte fordern deshalb Bund und Länder auf, die Kommunen nachhaltig finanziell zu unterstützen und dadurch die kommunale Selbstverwaltung zu sichern.

Damit die Aufgabe der Integration gemeistert werden kann, halten die Städte es weiterhin für sinnvoll, auch nach der Anerkennung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ihre Verteilung auf die Städte und Regionen zu wahren, jedenfalls solange sie Sozialleistungen beziehen und noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb die Bundesregierung er-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Alois Rainer, Franz Meyer, Emilia Müller, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Georg Huber bei der Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München.

Bayerische Bauindustrie:

Günstig und passgenau bauen

Interaktiver Erlebnisraum präsentiert innovative Lösungsvorschläge

Die aktuelle Flüchtlingsthematik bringt maximale Sichtbarkeit für das Thema „Mangel an bezahlbarem Wohnraum“. Jetzt drängt die Zeit. Der Bedarf nach zusätzlichem sozialem Wohnungsbau existiert jedoch schon sehr lange. Bestimmt wird das Thema durch die Kostenfrage. Ein Großteil der Kostentreiber steht in direktem Bezug zu Vorgaben bzw. Anforderungen durch Bund, Länder und Kommunen.

Inzwischen herrscht an vielen Stellen Einigkeit, dass bestimmte Prozesse zu kompliziert sind und zu lange dauern. So nehmen Genehmigungsverfahren zu viel Zeit in Anspruch, sind Vergaben zu komplex, schaffen rechtliche Standards zu komplizierte Prozesse, fehlt Planungssicherheit für die Initiatoren.

Neue technische Errungenschaften des Innovationstreibers Bauindustrie erlauben eine zusätzliche Effizienzsteigerung und Ökonomisierung. Die Bedingungen müssen allerdings für die Anwendung angepasst werden, da-

mit diese Potenziale auch ausgeschöpft werden können. Es kommt auf die Nutzung von Innovationen in den Bereichen Modularisierung, Produktion und Logistik an. Wichtig ist dafür eine flächendeckende Anwendbarkeit der Planungswerkzeuge des Building Information Modeling (BIM) und weiteren Visualisierungsmethoden.

Virtuelle Realität

Die Bayerische Bauindustrie präsentiert ihre konkreten und innovativen Lösungsvorschläge zur

Schaffung von schnellem und bezahlbarem Wohnraum mittels eines interaktiv gestalteten Erlebnisraums im Foyer ihrer Geschäftsstelle in München.

Mit Hilfe von Virtual Reality Brillen werden Bauprojekte auf völlig neue Weise erlebbar. Die Präsentationen der Firmen Dreßler Bau, Max Bögl und Ferdinand Tausendpfund stehen exemplarisch für eine Branche, die mit neuen Technologien und Ideen voranschreitet. Durch Visualisierungen günstig und passgenau bauen und durch Design Thinking Bauvorhaben beschleunigen, lautet die Maxime. Letztlich gilt es, die Innovationskraft bauindustrieller Bauweisen auszuschöpfen.

Innovative Konzepte der Bauindustrie zur Wohnraumbeschaffung zeichnen sich durch eine einfache Bauweise und eine gleichzeitig ansprechende Gestaltung aus. Um auch die nachhaltige Quartiersentwicklung zu unterstützen, wird bei den Bauprojekten schon bei der Planung die flexible Nachnutzung berücksichtigt.

Folgende Aspekte wirken sich direkt auf die Bauwerkskosten aus: Keine Unterkellerungen, keine Aufzüge bei Gebäuden bis zu vier Stockwerken, keine Tiefgaragen, Streifenfundamente anstatt Fundamentplatte, barrierefreies

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bei der geplanten Offensive im Wohnungsbau sieht sich der Bürgermeister mit mehreren konkreten Problemen konfrontiert. Neben dem lieben Geld ist das die immer stärkere Bürgerbeteiligung, die manche Projekte verzögert oder sogar ganz verhindern kann. Es hilft nichts: Das Problem muss in Angriff genommen werden. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Regionalförderung: Gleichwertige Lebensverhältnisse ...	Seite 2
Flüchtlinge: Auf Willkommen folgt Ankommen ...	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Starke Kommunen als Kernanliegen des Bundes ...	3
Bayerischer Bezirkstag: Schutz für psychisch Kranke ...	3
Bayern Mobilität 2030: Moderne Verkehrsinfrastruktur ...	3
BayernSPD-Parteitag: Familie ist Vielfalt ...	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen ...	5-11
Kommunalfahrzeuge ...	12-13
Aus den bayerischen Kommunen ...	14-16

Bayerischer Gemeindetag zur Flüchtlingsproblematik:

Auf Willkommen folgt Ankommen

Sobald die Asylsuchenden ihren endgültigen Aufenthaltsstatus erhalten haben, stehen auch die bayerischen kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden in der Verantwortung. „Die Kommunen sind es dann, die für die Asylbewerber Wohnungen, aber auch Plätze in Kindergärten und Schulen bereitstellen müssen. Ebenso müssen sie sich um die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen kümmern. Eine weitere große Herausforderung ist daneben die Integration. Das können nur die Kommunen vor Ort leisten“, sagte Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags am Rande der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Großen Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags in Neuburg an der Donau.

Die kreisangehörigen Kommunen sind ihrer Mitwirkungspflicht weitestgehend nachgekommen und benennen gegenüber den staatlichen Behörden geeignete Unterkünfte. Zu unterscheiden ist dabei zwischen größeren und kleineren Gemeinden, die regelmäßig kaum vergleichbare Voraussetzungen haben, was die Zurverfügungstellung von leerstehendem Wohnraum angeht. Der Bayerische Gemeindetag appelliert an die kommunale Solidarität, damit alle Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten Flüchtlinge aufnehmen. „Wegducken gilt nicht“, so Dr. Dirnberger in einem deutlichen Appell an alle kreisangehörigen Gemeinden in Bayern.

Nach Abschluss des Asylverfahrens brauchen die anerkannten bzw. geduldeten Flüchtlinge Wohnraum. Sofern sie selbst keine geeigneten Unterkünfte fin-

den, fallen sie in die Obdachlosigkeit und damit formalrechtlich in die Verantwortung der jeweiligen Gemeinde. Im Rahmen des Obdachlosenrechts hat die Gemeinde entsprechende Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. „Das ist nicht zu schaffen. Das Obdachlosenrecht ist für die tausenden von anerkannten Flüchtlingen nicht gedacht“, so Dr. Dirnberger.



Gerold Noerenberg, Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm (2. v. r.), Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags (r.) und Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister der Stadt Neuburg an der Donau (l.), erläuterten Bayerns Sozialministerin Emilia Müller die aktuellen Herausforderungen der bayerischen Kommunen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation im Freistaat.

Viele Flüchtlinge kommen mit ihren Familien nach Bayern. Daher werden nicht nur entsprechende Unterkünfte, sondern auch die notwendigen Kapazitäten in Kindertageseinrichtungen und Schulen benötigt. Ein Wohnraumzuweisungsgesetz könnte ein

wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Gemeinden vor Ort planen können. Denn nur wenn sichergestellt ist, dass die Menschen vor Ort bleiben, rentieren sich Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in den Kita-Bereich und in die Schulen. Der Bayerische Gemeindetag appelliert an die Bundes- und Landespolitik: Finanzielle und strukturelle Unterstützung – jetzt.

Flüchtlinge sind auch eine Chance für den ländlichen Raum. Der Bayerische Gemeindetag forderte daher ein stärkeres Engagement des Bundes und des Landes zur Förderung von Wohnungsbau und Schaffung von Arbeitsplätzen. „Die Menschen bleiben nur dort wohnen, wo sie auch entsprechende Arbeit finden“, sagte Dr. Dirnberger. Die Großstädte werden diese große Herausforderung alleine nicht schaffen. Sozialer Wohnungsbau, der Ausbau von Kindertageseinrichtungen und der Ausbau von Schulen kosten Geld. Die Gemeinden erwarten hier neben einem

Strukturprogramm entsprechende finanzielle Unterstützung von Seiten des Bundes und des Landes.

Neuburg an der Donau beheimatet seit mehr als 40 Jahren eine der größten Gemeinschaftsunterkünfte in ganz Bayern. „Eine funktionierende Stadtgemeinschaft mit einer Vielzahl von Flüchtlingen ist bei uns in Neuburg seit jeher Realität“, betonte Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling und ergänzte: „Bei einer Aufnahmequote von mittlerweile knapp drei Prozent, stoßen wir jedoch mittlerweile an unsere Belastungsgrenze.“

Tatsächlich bringen die Mixtur aus Wirtschaftswachstum mit einhergehendem starkem Bevölkerungszuwachs sowie der große Flüchtlingszustrom infrastrukturelle Probleme mit sich. So sind Wohnraumnot, massiv steigende Mieten und ein Mangel an Betreuungspersonal zu verzeichnen. „Schwierigkeiten, mit denen wir als Kommune ohne staatliche Unterstützung kaum zurecht kommen“, bilanzierte OB Dr. Gmehling.

Breitbandausbau im Freistaat:

87 Millionen Euro Fördersumme

247 Förderbescheide für Kommunen aus allen sieben Regierungsbezirken

Der Ausbau von schnellem Internet in ganz Bayern ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Bayerischen Staatsregierung. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung – eine bundesweit einzigartige Summe. Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat eine erhebliche Verbesserung der Breitbandförderung erreicht. Über 94 Prozent der bayerischen Gemeinden sind bereits aktiv im Förderprogramm. Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder hat nun 247 Gemeinden aus allen Regierungsbezirken Förderbescheide zum Breitbandausbau ausgeschrieben und über die Fortschritte beim Breitbandausbau berichtet.

Mittelfranken: 37 Gemeinden aus Mittelfranken erhielten insgesamt rund 14,3 Millionen Euro Förderung“, freute sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder. Gemeinsam mit Staatsse-

kretär Albert Füracker überreichte er in Nürnberg die Breitband-Förderbescheide an die Kommunen. „95 Prozent aller mittelfränkischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 97 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, teilte Söder mit. „Mehr als 35 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Mittelfranken geflossen.“ Gleichzeitig betonte der Heimatminister, dass für Mittelfranken insgesamt 148,65 Millionen Euro Fördergelder reserviert sind – ein Großteil somit noch zur Verfügung steht.

Regionalförderung 2015:

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Im vergangenen Jahr hat der Freistaat 155 Millionen Euro für die Regionalförderung bereitgestellt. Von den Zuwendungen gingen mehr als 86% in den ländlichen Raum. Dies trage entscheidend zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern bei, erklärte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner anlässlich der Präsentation der Bilanz zur Regionalförderung 2015.

Mit den Mitteln habe man wirksam Investitionsmaßnahmen kleiner und mittlerer Unternehmen in den ländlichen Gebieten unterstützt. Dabei seien durch 568 Einzelmaßnahmen 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 16.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert worden. Vor allem die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwächeren Räumen sei eine wichtige Voraussetzung für den Verbleib der Menschen in ihrer Heimat, betonte die Ministerin. Darüber hinaus habe die Regionalförderung zum Beschäftigungsrekord in Bayern im vergangenen Jahr beigetragen, wo 7,27 Millionen Menschen erwerbstätig gewesen seien. Mit Hilfe der regionalen Fördermittel seien Investitionen von

Oberfranken: Aus Oberfranken erhielten 57 Gemeinden insgesamt rund 23,5 Millionen Euro Förderung. „99 Prozent aller oberfränkischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 160 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, teilte Söder mit. „Mehr als 74,5 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Oberfranken geflossen.“ Für Oberfranken seien insgesamt 154,4 Millionen Euro Fördergelder reserviert, auch hier also steht ein Großteil noch zur Verfügung.

Unterfranken: 35 Gemeinden aus Unterfranken erhielten insgesamt mehr als 7,4 Millionen Euro Förderung“, sagte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder. „92 Prozent aller unterfränkischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 131 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, teilte Söder mit. „Mehr als 37 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Unterfranken geflossen.“ Hier seien insgesamt 192,25 Millionen Euro Fördergelder reserviert, also stehe

hier ebenfalls ein Großteil noch zur Verfügung.

Oberpfalz: Aus der Oberpfalz erhielten 30 Gemeinden insgesamt mehr als 12,2 Millionen Euro Förderung“, betonte der Minister. „98 Prozent aller Gemeinden der Oberpfalz sind bereits im Förderverfahren, 131 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, teilte Söder mit. Mehr als 56 Millionen Euro seien schon für schnelles Internet in die Oberpfalz geflossen. Da für die Oberpfalz insgesamt 180 Millionen Euro Fördergelder reserviert seien stehe aber auch hier ein Großteil noch zur Verfügung.

Oberbayern: 30 Gemeinden aus Oberbayern erhielten insgesamt rund 8,7 Millionen Euro Förderung“, bestätigte Dr. Markus Söder. „91 Prozent aller oberbayerischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 123 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten. Fast 35 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Oberbayern geflossen.“, so der Minister weiter. Für Oberbayern seien insgesamt 365,73 Millionen Euro Fördergelder reserviert – ein großer Teil stehe somit noch zur Verfügung.

Schwaben: Aus Schwaben haben 26 Gemeinden jüngst rund 9,6 Millionen Euro Förderung erhalten, führte der Minister seine Aufzählung fort. „90 Prozent aller schwäbischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 109 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, sagte Söder. „Mehr als 36 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Schwaben geflossen.“ Für Schwaben seien insgesamt 232,95 Millionen Euro Fördergelder reserviert, weshalb auch hier ein Großteil noch zur Verfügung stehe.

Niederbayern: „Insgesamt 32 Gemeinden aus Niederbayern erhielten rund 11,1 Millionen Euro Förderung“, erwähnte Finanzminister Dr. Markus Söder abschließend. „99 Prozent aller niederbayerischen Gemeinden sind bereits im Förderverfahren, 188 Kommunen haben bereits einen Förderbescheid erhalten“, so Söder weiter. „Mehr als 69 Millionen Euro sind für schnelles Internet nach Niederbayern geflossen.“ Auch hier betonte der Heim-



Dr. Markus Söder bei der Überreichung der Breitband-Förderbescheide an die Kommunalvertreter aus Oberbayern, Schwaben und Niederbayern.

atminister, dass für Niederbayern insgesamt 216,67 Millionen Euro Fördergelder reserviert sind – ein Großteil somit noch zur Verfügung stehe.

Über 94 Prozent im Förderverfahren

Bayernweit engagieren sich bereits über 94 Prozent (1.937) aller Kommunen im Förderverfahren. Mit den jüngst übergebenen Bescheiden starten nun schon 940 Kommunen mit einer Gesamtfördersumme von über 345 Millionen Euro in den Breitbandausbau. „Mehr als ein Drittel aller bayerischen Ge-

meinden hat bereits einen Förderbescheid erhalten“, fasste Söder zusammen. Dafür wurden über 6.700 Beratungsgespräche vor Ort mit den Kommunen geführt. Allein bei den in Ausbau befindlichen Projekten werden über 9.900 km Glasfaserleitungen neu verlegt. Seit Übernahme der Verantwortung durch das StMFLH verbesserte sich die Versorgung mit schnellem Internet in ländlichen Gemeinden Bayerns von unter 16 auf 30 Prozent. Die Kommunen profitieren vom neuen, deutlich verbesserten und 1,5 Milliarden Euro schweren Breitband-Förderprogramm des Freistaats.

Über 94 Prozent im Förderverfahren

Bayernweit engagieren sich bereits über 94 Prozent (1.937) aller Kommunen im Förderverfahren. Mit den jüngst übergebenen Bescheiden starten nun schon 940 Kommunen mit einer Gesamtfördersumme von über 345 Millionen Euro in den Breitbandausbau. „Mehr als ein Drittel aller bayerischen Ge-

Straßenausbaubeiträge ändern sich

Bayerns Kommunen können künftig Straßenausbaubeiträge auch in Form von sogenannten wiederkehrenden Beiträgen von privaten Grundstückseigentümern in eng umrissenen Gebieten erheben. Einen entsprechenden CSU-Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Landtag jüngst gebilligt.

Die Änderung des KAG im Hinblick auf das Straßenausbaubeitragsrecht war notwendig geworden aufgrund der rechtlichen und tatsächlichen Entwicklungen und den Bedürfnissen in der Praxis in den letzten Jahren. Auch hat sich die Rechtsprechung hierzu ständig fortentwickelt. Das seit 1974 existierende Gesetz befasst sich mit kommunalabgaberechtlichen Vorschriften, zu denen u.a. die Beitragsfinanzierung von Erneuerungen und Verbesserungen gemeindlicher Straßen gehört. Dadurch sollen diejenigen Grundstückseigentümer einen finanziellen Anteil an den Baukosten übernehmen, die durch den Ausbau einen besonderen Vorteil haben. Dies sind in der Regel Anlieger, deren Grundstücke nach den Baumaßnahmen besser zu erreichen sind.

Wiederkehrende Beiträge jetzt möglich

Bisher konnten Gemeinden die Grundstückseigentümer als Anlieger von zu erneuernden bzw. zu verbessernden Straßen nur zu einem einmaligen Beitrag heran-

ziehen. Jetzt haben die Kommunen die Möglichkeit eines immer wiederkehrenden Beitrags, den sie jährlich erheben können. Hingegen fällt künftig eine Höchstforderung mit bis zu fünfstelligen Beiträgen weg. Auch besteht für die Gemeinden keine Pflicht zur Beitragserhebung in dieser Form.

Gemeindlicher Entscheidungsspielraum

Die Gesetzesänderung dient vor allem der Erweiterung der gemeindlichen Entscheidungsspielräume in verschiedenen Bereichen und damit auch der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Abgabenhöhe. Darüber hinaus wird die Transparenz bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verbessert und die Akzeptanz eines beitragsorientierten Systems sowie der Vertrauensschutz der Bürger gestärkt. Eine völlige Abschaffung von Beiträgen, wie bisweilen von Gemeinderäten und Betroffenen gefordert, sei für alle Parteien nie in Frage gekommen, erklärte Innenminister Joachim Herrmann im Landtag.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Werner Friedrich
91489 Wilhelmsdorf
am 17.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Etterer
95506 Kastl
am 14.3.

Bürgermeister Hans Schönauer
83737 Irschenberg
am 21.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Alois Salzeder
84544 Aschau a. Inn
am 15.3.

Bürgermeister Manfred Hammer
94081 Fürstentzell
am 19.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Heinrich Stadlbauer
85777 Fahrzenhausen
am 11.3.

Bürgermeister Fritz Raab
94146 Hinterschmiding
am 15.3.

Bürgermeister Michael Baumann
63763 Hösbach
am 17.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Grillmeier
95666 Mitterteich
am 18.3.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayern Mobilität 2030 in München:

Konzepte für eine moderne Verkehrsinfrastruktur

Mobilitätskongress von vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Bayerischem Innenministerium und Bayerischem Bauindustrieverband

Die aktuellen Anforderungen und künftigen Bedarfe im Güter- und Personentransport, die Nutzung digitaler Technologien für das automatisierte Fahren und intelligente Leitsysteme sowie zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für Straßen, Schiene, Luft- und Wasserwege standen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Mobilitätskongresses von vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Bayerischem Innenministerium und Bayerischem Bauindustrieverband in München. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen setzten sich mit einer leistungsstarken und zukunftsgerechten Verkehrsinfrastruktur im Freistaat auseinander.

Laut BBIV-Präsident Josef Geiger fordert das Konzept Bayern Mobilität 2030 für das bayerische Verkehrssystem ein umfassendes, alle Verkehrsträger integrierendes Konzept zu erarbeiten und umzusetzen. Das Straßennetz in Bayern sei so zu vollenden, dass es sowohl der Verknüpfung von Stadt und Land als auch der neuen zentralen Lage Bayerns in Europa dient.

Als konkrete Beispiele führte Geiger die Entzerrung der Verkehrsströme rund um den Flughafen München und andere regionale Verkehrsbrennpunkte durch Ausbau der Ostparallelen B15neu, B12 (Allgäuschnellweg), A8, A94 und A3 sowie Vor-alpenstraße B472 an. Darüber hinaus forderte er unter anderem die konsequente flächendeckende Vernetzung von Stadt und Land durch Entwicklungssachsen in Form von Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und Kommunalen Straßen sowie begleitenden Schienentrassen sowie den Bau von leistungsfähigen Erschließungssachsen nach Osteuropa, vor allem den Ausbau der B173, B303neu, B20 und B85.

Mit Blick auf das Schienennetz erachtet Geiger sowohl die 2. S-Bahn-Stammstrecke in München als auch den durchgehenden Ausbau der ABS 38 München – Mühldorf – Freilassing mit Abzweigung nach Burghausen für unverzichtbar. Außerdem müsse der Fokus auf den Ausbau der Schienenstrecke Augsburg – Ulm gerichtet sein. Diese Strecke habe neben ihrer regionalen eine hohe überregionale Bedeutung, sei sie doch Teil des TEN-Korridors Rhein – Donau.

Des Weiteren werde baldmöglichst eine leistungsfähige Anbindung an den Mitte des nächsten Jahrhunderts fertiggestellten Brennerbasistunnel benötigt. Zudem sei dringend die Elektrifizierung der Schienestrecken München – Lindau und Regensburg – Hof erforderlich. Als wichtiges Regionalbahnprojekt - stellvertretend für viele andere in Bayern - nannte Geiger die Realisierung einer Regionalbahn von Oberstdorf bis Memmingen mit dem Allgäu-Airport. „Damit sie möglichst viel Verkehr weg von der Straße auf die Schiene bringt, sollte sie im Halbstundentakt fahren“, stellte der Präsident fest.

Ein modernes Verkehrskonzept Bayern Mobilität 2030 müsse nicht nur den dringend erforderlichen Ausbau der einzelnen Verkehrsträger umfassen, sondern auch die Verkehrsträger verknüpfen und moderne Betreiberkonzepte entwickeln. In Bayern gebe es viel zu wenige leistungsfähige Verkehrsverbände, verglichen sowohl mit anderen Bundesländern wie auch im europäischen Vergleich. Als Vorbilder nannte Geiger den Karlsruher und den Zürcher Verkehrsverbund. Kernbestandteile beider Verbände sind ein zuverlässiger und alle Verkehrsknoten bedienender Taktfahrplan (60, 30 und 15 Minuten-Takt), einheitliche Fahrkarten und ein Höchstmaß an Service bis 24 Uhr.

Geiger forderte von der Staatsregierung ein grundlegendes

Durch- und Neudenken des bayerischen Mobilitätssystems, am besten durch eine unabhängige Expertenkommission. Zudem sollte dabei Wert auf eine Finanzierung aus „einem Guss“ gelegt werden. Heutiges Denken in getrennten Haushaltstiteln sei nicht mehr zeitgemäß, urteilte der BBIV-Präsident. Vor allem müsse neben den öffentlichen Haushaltsmitteln auch privates Kapital zum Zuge kommen können. Gerade für die Pensionsfonds sei Infrastruktur eine interessante und lukrative Anlage.

Schlüsselprojekte

Nach Auffassung von vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „brauchen wir dauerhaft höhere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, und die digitale Vernetzung aller Verkehrsträger“. Bayern müsse Leitregion für autonomes Fahren und die Umsetzung von Schlüsselprojekten, wie die dritte Start- und Landebahn am Münchner Flughafen, sein.

Bei der Mobilität der Zukunft gehe es freilich nicht nur um Investitionen, sondern auch um Innovationen. Eine moderne Infrastruktur ermöglicht neue Geschäftsmodelle – für die bayerische Wirtschaft eine enorme Chance. Beispiel Elektromobilität: Rund 40.000 Elektroautos fahren Brossardt zufolge derzeit über Deutschlands Straßen, Tendenz steigend. Bayerische Unternehmen könnten bei der Entwicklung alternativer Antriebe ihre technologische Kompetenz zeigen. Um den Marktanteil von Elektroautos zu erhöhen, würden staatliche Investitionen in Infrastruktur und Forschung benötigt. Nur so werde es gelingen, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die deutschen Straßen zu bringen. Das Fahrzeug der Zukunft sei jedoch nicht nur emissionsarm, sondern auch vernetzt. Brossardt: „Digitalisierung ist der Megatrend unserer Zeit. Sie wirkt sich auch auf die Mobilität aus. Digitalisierung ist die Basis für ein intermodales Gesamtverkehrssystem, in dem sich alle Verkehrsträger gemäß ihrer Stärken ergänzen.“

Der Gesetzgeber sei hier gefordert, um die richtigen infrastrukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu setzen. In Bayern diene das digitale Testfeld A9 der Erprobung von Innovationen. Seit Mai 2015 sei ein vernetztes LKW-Parkleitsystem in Betrieb. Grundlage für die Nutzung digitaler Technologien sei jedoch der flächendeckende Breitbandausbau. Mit dem bayerischen Breitbandförderprogramm ist laut Brossardt Bewegung in die Sache gekommen, aber: „Viele Unternehmen benötigen höhere Bandbreiten. Deshalb fordern wir flächendeckend 100 Mbit/s bis 2020. Und auch für das automatisierte Fahren brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen – von rechtlichen Fragen der Zulassung und Haftung zu Infrastruktur und IT-Sicherheit“, machte Brossardt deutlich.

Nach den Worten von Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joa-

chim Herrmann müssen Projekte mit großem verkehrlichen und verkehrswirtschaftlichen Nutzen auch weiterhin intensiv vorangetrieben werden. „Ich setze mich deshalb auch tatkräftig ein, für solche Projekte Baurecht zu schaffen. Wir haben bisher in Bayern eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Die A 8 zwischen München und Ulm ist ein gutes Beispiel. Die Strecke ist nun sechsspurig, Verkehrs freigabe war im September 2015. Und auch auf der Schiene können wir uns sehen lassen. Die Strecke Nürnberg – Erfurt – Berlin wird Ende 2017 in Betrieb genommen. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für eine gut funktionierende Wirtschaft – sie in Bayern auf höchstem Niveau zu halten, hat für mich oberste Priorität.“

Eine zentrale Weichenstellung ist für Herrmann insbesondere die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. So habe der Freistaat 398 Straßenprojekte mit Gesamtkosten von rund 17 Milliarden Euro für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Im Bereich 'Schiene' sind 30 Neu- und Ausbauprojekte auf der Liste und im Bereich 'Wasserstraße' der Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, sowie die Vertiefung des Mains zwischen Aschaffenburg und der Landesgrenze nach Hessen.

Prof. Heiner Monheim von der Universität Trier wies auf Skandinavien als Vorbild für einen rentablen Busverkehr in den ländlichen Räumen hin. Dort transportierten Kombibusse Personen und Güter. Zudem plädierte er dafür, nach holländischem Vorbild auch in Deutschland an den ÖPNV-Halte-

Hauptausschuss des Bayerischen Bezirktags in Berching:

Schutz für psychisch Kranke

Ein aktueller Sachstandsbericht zur Europäischen Flüchtlingspolitik – unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Finanzierung und der Kosten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bayern - sowie der aktuelle Sachstand für ein neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) im Hinblick auf die Unterbringung betroffener Patienten in den psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen der Bezirke standen im Mittelpunkt der jüngsten Hauptausschuss-Sitzung des Bayerischen Bezirktages im oberpfälzischen Berching.

Die Regierungsbezirke in Bayern fordern eine Übernahme der Kosten auch für unbegleitete Flüchtlinge über 18 Jahre. Etwa 3.000 Migranten dieser Altersgruppe - wie auch minderjährige unbegleitete Flüchtlinge - sind nach Angaben von Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirktages, in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht. Seiner Ansicht nach muss der Freistaat die Kosten von derzeit 100 Millionen Euro pro Jahr übernehmen, weil es eine gesamtstaatliche Aufgabe sei, diese Menschen zu betreuen und keine kommunale. Insgesamt betreuten die Kommunen derzeit etwa 15.500 junge unbegleitete Flüchtlinge.

Entgegen der Auffassung von Sozialministerin Emilia Müller sei hier noch nicht das letzte Wort gesprochen, unterstrich Mederer. „Wenn die Ministerin sagt, dass es einen Kabinettsbeschluss gebe, demzufolge junge Volljährige über 18 Jahre nicht mehr in die Jugendhilfe gehörten und diese in andere Leistungsbereiche überführt werden müssten, muss schon darauf hingewiesen werden, dass es zu eben dieser Überführung bislang keinerlei gesetzliche Steuerungsmöglichkeiten gibt.“ Diese müsse dann aber die



Kolumne
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

als Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages ist man derzeit in einer prekären Lage. Auf der einen Seite steht der Bundesrechnungshof, der vor einer Überlastung des Bundeshaushaltes durch Unterstützungsleistungen an Länder und Kommunen warnt. Auf der anderen Seite treten Ländervertreter mit erheblichen finanziellen Forderungen an den Bund heran und verweisen auf die Belastung angesichts der wachsenden Zahl Asylsuchender und der großen Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen.

Klar ist, dass das Grundgesetz die Länder für eine ausreichende Finanzausstattung ihrer

Starke Kommunen als Kernanliegen des Bundes

Kommunen in die Pflicht nimmt. Doch gleichzeitig macht es den Bund als Garanten für die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern, Kreisen und Gemeinden auch für den Bestand der kommunalen Selbstverwaltung verantwortlich. Diese kann nur mit soliden Finanzen funktionieren und bedarf einer kommunalfreundlichen Bundespolitik, die sich – wie gehabt – für eine ausreichende Finanzkraft der Städte, Landkreise und Gemeinden einsetzt.

Die Anmerkung des Bundesrechnungshofs ist jedoch weit mehr als nur eine Kritik. Vielmehr zeigt sich, dass die Bundespolitik den Stellenwert starker Kommunen erkennt und ihrer gesamtstaatlichen Aufgabe gerecht wird. Immerhin be-

trägt das finanzielle Engagement des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen von 2010 bis 2019 über 150 Mrd. Euro. Allein für 2016 summieren sich die Entlastungen auf über 20 Mrd. Euro. Ein Betrag, der im komplizierten Finanzgeflecht der Bundesrepublik nicht einfach zu erkennen ist und oft mit Länderhilfen verwechselt wird.

Sehr deutlich entlastet der Bund die Kommunen mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und stellt dafür 6,5 Mrd. Euro in den Bundeshaushalt. Für bayerische Kommunen ergeben sich daraus 767 Mio. Euro, die durch den Bund zur Verfügung gestellt werden; weitere 196 Mio. Euro für kommunale Verkehrswege, 120 Mio. Euro jeweils für Hochschulbau und Wohnraumförderung sowie 112 Mio. Euro für die Kommunalentlastung. Massiv fördert der Bund zudem den Ausbau der Kleinkinderbetreuung, obgleich er in die eigentliche Zuständigkeit der Länder fällt. Für mich ist die Anmerkung des Bundesrechnungshofes daher weniger Kritik, sondern Bestätigung, dass die haushaltspolitischen Weichen richtig gestellt wurden.

Bei all den zusätzlichen Ausgaben, die der Bund für die Kommunen bereitstellt, dürfen wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes nicht außer Acht lassen. Der dauerhafte Verzicht auf neue Schulden und die Prämisse, die Steuern nicht zu erhöhen, sind angesichts der aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise kein Selbstläufer, sondern setzen kluge haushaltspolitische Entscheidungen voraus. Dabei steht für mich eines fest: Starke Kommunen sind Ausgangsposition einer positiven Entwicklung unseres Landes und damit Kernanliegen des Bundes.

Ihr Alois Rainer
MdB, Stellv. KPV-Landesvorsitzender

stellen und den Bahnhöfen Radstationen mit Service einzurichten. Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat des Landkreises Deggendorf, zeigte sich skeptisch, ob dieses Konzept auf den Bayerischen Wald übertragen werden könne. „Das Auto wird dort dem Bus vorgezogen, weil es

immer verfügbar ist. Daher lohnen sich Linienbusse bei uns nicht.“ Für Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetages, hat die Reduzierung des Autoverkehrs in den Städten oberste Priorität. Neben dem Ausbau des ÖPNV müsse der Fußgänger- und Radverkehr gefördert werden. **DK**

In diesem Zusammenhang machte der Kommunalverband auch auf Engpässe in der Jugend- und Kinderpsychiatrie aufmerksam. Fast jede sechste Neuaufnahme sei ein Flüchtlingskind, stellte Mederer fest und ergänzte: „Die Betreuung benötigt auch wegen der sprachlichen Barrieren fast die doppelte Zeit. Wir sind am Anschlag und brauchen mehr Personal und mehr Betten.“

Beratungen zur derzeitigen Lage des Pflegestärkungsgesetzes II auf Bundesebene standen ebenfalls auf der Agenda der Bezirktagsitzung. Mit dem Entwurf für das Pflegestärkungsgesetz II hat das Bundeskabinett eine neue Grundlage für die Versorgung alter und kranker Menschen verabschiedet. Herzstück ist dabei die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. So soll es ab 2017 besser möglich sein, die Individualität in der Pflege, die Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen und die Ansprüche von Menschen mit Demenz nachhaltig zu stärken. **DK**

„Anerkannte Asylbewerber gerecht auf ganz Bayern verteilen“

Landkreistagspräsident Christian Bernreiter mahnte angesichts des Zehn-Punkte-Papiers der Arbeitsgruppe Demografie der CSU-Landtagsfraktion eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auf alle Regionen Bayerns an. „Weder Stadt noch Land können die Integration von Flüchtlingen alleine schaffen“, erklärte Bernreiter. In dem Papier wird angeregt, Flüchtlinge mit gezielten Programmen verstärkt in ländlichen Räumen anzusiedeln, auch um die Ballungsräume zu entlasten.

Dafür brauche es aber Maßnahmen mit Hand und Fuß. „Ohne eine zweite Verteilungsschiene mit einer temporären Residenzpflicht wird es nicht gehen“, so der Landkreistagspräsident. Sprich: Um für Gemeinden und Investoren die notwendigen Reize zu setzen, nachhaltige Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, müssen Sicherheiten geschaffen werden, dass diese auch genutzt werden. „Wir wissen, dass es viele Flüchtlinge in die Ballungsräume zieht, weil sie dort Arbeitsmöglichkeiten vermuten und oft bereits Sozialkontakte haben. Ohne zumindest für einen Übergangszeitraum den Erhalt von Sozialleistungen an die Pflicht zu koppeln, an einem zugewiesenen Ort zu bleiben, könnten neu geschaffene Wohnungen leer bleiben“, stellte Bernreiter fest.

Mit der Forderung der Arbeitsgruppe (Mehr Infos unter: bit.ly/1TEncyZ), einzelne Kommunen und Regionen auch im Fall einer neu geregelten Verteilung auf den ländlichen Raum nicht zu überfordern, stimmte Bernreiter vollends überein. „Bayerns Landkreise sind bereits am Limit. Es gilt, niemanden zu übervorteilen.“ **□**

Mammutaufgabe...

(Fortsetzung von Seite 1) kommt und sich bei uns aufhält. Dies ist auch für den sozialen Frieden von Vorteil.“

„Wir hätten die gewaltige Aufgabe nicht stemmen können, wären die Landräte und Bürgermeister nicht an unserer Seite gestanden“, bedankte sich Sozialministerin Emilia Müller. Letztlich habe das Zusammenspiel aller – Hilfsorganisationen, Helferkreise, Ehrenamtliche, Kirchen – eine „humanitäre Visitenkarte“ abgegeben.

Zuwanderung begrenzen

Bayern habe die Situation „gut gemanagt“, so die Ministerin. Die Zahl der Asylbewerber habe bundesweit im vergangenen Jahr alle Rekorde gebrochen. Fast 1,1 Millionen Asylbewerber seien nach Deutschland gelangt, 860.000 allein in Bayern angekommen. Grund hierfür sei seine Lage an den zwei Hauptfluchtpunkten Balkan-Route und Brenner-Route.

Seit 1. Januar 2016 sind 116.000 Flüchtlinge im Freistaat angekommen. Im selben Zeitraum des vergangenen Jahres waren es lediglich 30.000 Neuzugänge. Dringender denn je werde nunmehr eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung benötigt, machte Müller deutlich. Derzeit seien etwa 155.000 Menschen in winterfesten Unterkünften untergebracht. In allen sieben Regierungsbezirken verfüge Bayern zudem über voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen mit über 40.000 regulären Plätzen.

Ministerin Müller ist besorgt darüber, „dass die Kosten aus dem Ruder laufen“. Insgesamt steigen die Asyl-Ausgaben im Staatshaushalt 2015/16 auf 4,5 Mrd. Euro an. Zwar erstatte der Bund seit 1.1.2016 pro Asylbewerber 670 Euro, doch reiche diese Summe bei weitem nicht, monierte sie.

Europa setze die Mängelliste

fort. Dort fehle es an „Solidarität bei einer fairen Lastenverteilung“, unterstrich die Ministerin und ergänzte: „Wenn ein europaweites Kontingent von 160.000 Asylbewerbern benannt wird und davon derzeit nicht einmal 1.000 verteilt sind, ist das ein desaströser Zustand für eine Europäische Union mit ihren 28 Mitgliedsstaaten.“ Solange auf europäischer Ebene keine vernünftigen Lösungen gefunden werden, seien nationale Maßnahmen zu treffen und eine Obergrenze, wie von Ministerpräsident Seehofer gefordert, zu definieren.

Wie die Ministerin weiter anmerkte, werden die Kosten der Unterkunft in Bayern nach wie vor zu 100 % erstattet. Zudem sehe der Haushalt 632 Mio. Euro für unbegleitete Minderjährige vor. „Exorbitant gestiegen“ sei deren Zahl – 67.000 bundesweit, davon 15.400 allein in Bayern.

Unbegleitete Minderjährige

Der Freistaat habe sich als ehrgeiziges Ziel gesetzt, keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Bereits heute lebten 100 Prozent der unter 16-Jährigen und 95 Prozent der 16- bis 18-Jährigen in Jugendhilfeeinrichtungen. Dort blieben allerdings auch noch zahlreiche volljährige Flüchtlinge – ein Umstand, den die Ministerin ablehnt: „Wir lehnen eine Rundum-Versorgung und ein Wohlfühlpaket für Volljährige, die in die Selbstständigkeit wollen, ab. Sie müssen für ihren Lebensunterhalt kämpfen. Wir werden hier nicht für die Kosten aufkommen.“

Wie Ministerin Müller weiter mitteilte, schafft der Bund derzeit 10.000 Plätze in sogenannten Wartezentren in Bayern – 5.000 in Erding und 5.000 in Feldkirchen. Dort liegt derzeit bereits ei-

ne Kapazität von circa 2.500 winterfesten Unterkunftsplätzen vor. Von beiden Wartezentren aus sollen die Flüchtlinge direkt auf alle Bundesländer verteilt werden.

Die eigentliche Aufgabe des Jahres 2016 liegt jedoch in der Integration der Menschen mit Bleibeperspektive. Müller: „Wir wollen, dass Integration gelingt. Denn nur eine gelingende Integration führt dazu, dass die Arbeitslosigkeit niedrig bleibt, der Wohlstand in Deutschland erhalten bleibt und die Gesellschaft zusammenhält. Die Balance in unserer Wertegemeinschaft zu halten ist ungemein wichtig, um den sozialen Frieden zu bewahren.“

Drei Säulen der Integration

Die Staatsregierung setze bei der Integration auf die drei Säulen Sprache, Arbeit und Wertevermittlung. 548 Millionen Euro würden investiert, damit Flüchtlinge schnell und eigenständig im Alltag zurecht kommen und eine Arbeit finden.

Um die Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund unterrichten zu können, hat der Bayerische Landtag gut 160 Millionen Euro im Nachtragshaushalt bereitgestellt. Auf dieser Basis – verbunden mit 1.079 Planstellen sowie mehreren hundert Beschäftigungsmöglichkeiten – hat das Kultusministerium die Unterrichtsangebote massiv ausgeweitet und kann sie im Laufe des Jahres flexibel und nach dem Bedarf vor Ort weiter ausbauen. Darüber hinaus wird in den Wohnungsbau investiert.

Bayern geht außerdem mit bundesweit einzigartigen Programmen voran: Das Sozialministerium hat das Modellprojekt „Deutschkurse zur sprachlichen Erstorientierung für Asylbewerber“ entwickelt. Im Jahr 2015 wurde bereits an mehr als 150 Standorten Deutschunterricht angeboten. Für 2016 ist eine Verdoppelung der Standorte vorgesehen. Der Freistaat stockt die Fördermittel von 3,75 Millionen Euro im Jahr 2015 auf 16,8 Millionen Euro für 2016 auf. Neben den hauptamtlichen Deutschkursen werden vom Freistaat ehrenamtliche Kurse mit bis zu 500 Euro pro Kurs gefördert.

Die berufliche Integration von Asylsuchenden wird ebenfalls forciert. Dazu hat die Bayerische Staatsregierung mit der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit die Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ unterzeichnet. Diese sieht für Flüchtlinge sowie für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive Bildungs- und Qualifikationsprojekte und Hilfe bei der Berufsorientierung sowie eine altersgerecht passgenaue Unterstützung der Integration durch Ausbildung und Arbeit vor.

Wie groß die Herausforderung ist, zeigen folgende Zahlen: Laut Müller „gehen wir davon aus, dass zehn Prozent eine akademische Ausbildung, 60 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und bis zu 20 Prozent Analphabeten sind“.

Wie Müller abschließend hervorhob, benötige Integration die Bereitschaft und die eigenen Anstrengungen der Zuwanderer. „Wir fordern von den Asylbewerbern ein klares Bekenntnis zu unserer Rechts- und Werteordnung. Dazu gehört auch, dass die Gleichstellung von Mann und Frau vorbehaltlos akzeptiert wird. Wir setzen zuerst auf Wertevermittlung.“

Grundvoraussetzung sei, „dass wir respektvoll und tolerant miteinander umgehen. Ich erwarte zum Beispiel, dass sich im Krankenhaus ein Mann selbstverständlich auch von einer Frau untersuchen lässt und umgekehrt. Und wenn sich jemand dagegen sperrt, dann muss er die Konsequenzen selbst tragen. Es ist doch keine Frage, wer sich hier nach wem richten muss“, bekräftigte die Ministerin. **DK**

Kleiner Parteitag der BayernSPD:

Familie ist Vielfalt

Mit neuen Arbeitszeitmodellen und einem Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung will die BayernSPD den Menschen in Bayern helfen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Einstimmig beschlossen die Delegierten des Kleinen Parteitags in Aschaffenburg den Leittrag „Familie ist Vielfalt“ mit kleinen Änderungen. Nötig für eine moderne Familienpolitik sind demnach: Zeit, Geld und eine bessere Infrastruktur.

Der Landesvorsitzende der BayernSPD, Florian Pronold, führte aus: „In der Familienpolitik unterscheiden wir uns fundamental von den Anderen. Wir stehen für ein umfassendes Betreuungsangebot, damit Frauen nicht zu Hause bleiben müssen, wenn sie nicht wollen. Und zu dieser Freiheit gehört auch, dass es die bestmögliche Kinderbetreuung gibt, am besten kostenlos. Familie ist dort, wo Menschen sich umeinander kümmern.“

Die Generalsekretärin der Bayern-

SPD, Natascha Kohnen forderte neben der Familienarbeitszeit von 30 Stunden vor allem Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung sowie ein flächendeckendes Ganztagsangebot an den Schulen. Nur dann könnten Frauen arbeiten gehen und landeten nicht in der Teilzeitalter und später in der Altersarmut. Kohnen sagte: „Familienpolitik heißt: Wir müssen in die Lebenswirklichkeit der Menschen hinein. Männer wollen weniger, Frauen mehr arbeiten. Eine Familienarbeitszeit von 30

Stunden ist eine Antwort auf die Lebenswirklichkeiten der Menschen.“

Kinderbetreuung

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher, betonte: „Die höchsten Kinderbetreuungsquoten in Bayern gibt es in sozialdemokratisch regierten Städten in Bayern. Öffentliche Kinderbetreuung organisieren, das kann die SPD besser als jede andere Partei. In Bayern fehlen 30.000 Kitaplätze, es fehlen 11.000 Erzieherinnen und Erzieher. Deshalb sagen wir: nein zum Betreuungsgeld, ja zu besseren Bildungschancen, für eine moderne und solidarische Familienpolitik.“ **DK**

Integration fördern...

(Fortsetzung von Seite 1) neut auf, die Zulässigkeit einer Residenzpflicht (Wohnsitzauflage) für Asylbewerber und Flüchtlinge zu prüfen und hierzu geeignete Vorschläge vorzulegen.

Mit Blick auf die Einstellung gegenüber Flüchtlingen in der Gesellschaft erklärte Städtetagspräsidentin Lohse: „Wir wollen eine Stimmung in der Bevölkerung erhalten, die gegenüber Flüchtlingen von Verständnis, Wohlwollen und Hilfsbereitschaft geprägt ist. Das wird uns nur gelingen, wenn wir Probleme offen ansprechen. Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge sind eine Schande. Sie müssen konsequent geahndet werden. Genauso müssen Straftaten von Asylbewerbern entschieden verfolgt werden, auch durch Ausweisungen. Und wir müssen deutlich machen, was in unserem Land nicht verhandelbar ist, etwa das Recht jedes Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen und sexueller Orientierungen und die Glaubensfreiheit. Integration kann nur gelingen, wenn wir uns auf diesen Grundwertekatalog als Basis für ein gutes Zusammenleben verständigen.“

Der Deutsche Städtetag weist darauf hin, dass unter den Flüchtlingen auch viele alleinstehende Frauen und ihre Kinder sind. Besonders traumatisierte Frauen und Minderjährige, die Gewalt erlitten mussten oder Opfer von Menschenhandel wurden, benötigten besonderen Schutz und niedrigschwellige Beratung, Betreuung und Therapie. „Alle Länder sollten deshalb Mittel bereitstellen für die Schulung von Personen, die sich besonders um die Betreuung von Flüchtlingsfrauen und geflüchteten Minderjährigen kümmern. In einigen Ländern gibt es dazu bereits geförderte Projekte“, so Lohse.

Der Verband hält es zudem für dringend notwendig, die Anstrengungen zur Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in die Gesellschaft zu verstärken. Die Städte sehen sich bei dieser Aufgabe mit Bund und Ländern in einer Verantwortungsgemeinschaft und erwarten, dass Bund und Länder die zusätzlichen Kosten durch den Flüchtlingszuzug für Integration und soziale Leistungen maßgeblich mittragen.

In den Städten seien zusätzliche Plätze in Kindergärten und Schulen nötig, mehr bezahlbare Wohnungen, ausreichende Angebote für Sprachunterricht und Integrationskurse sowie Hilfen für den Einstieg ins Arbeitsleben. Nur wenn die Finanzierungsfragen gelöst werden, könnten die Kommunen die Integrationsangebote bereitstellen, ohne ihre Dienstlei-

stungen für die Bürgerinnen und Bürger stark einzuschränken oder Einnahmen massiv zu erhöhen.

Laut dem Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, „verlangt Integration Anstrengungen von den Menschen, die sich in unsere Gesellschaft mit unseren bewährten Freiheitsrechten, unseren Werten von Demokratie, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung einfügen. Und Integration ist auch anstrengend für die aufnehmende Gesellschaft. Deshalb müssen wir für die schon lange hier lebenden Menschen die gleiche Aufmerksamkeit zeigen wie für Flüchtlinge. Bei allen Schritten zur Integration darf es keine Konkurrenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geben.“

Volle Kostenübernahme

Lohse und Maly forderten kommunale Integrations- und Sozialleistungen, den Ausbau von Kindertagesstätten und Schulen sowie eine bessere Förderung für den Wohnungsbau. Konkret soll der Bund die zusätzlichen Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) voll übernehmen, die durch den Flüchtlingszuzug entstehen. Der Deutsche Städtetag rechnet in diesem Bereich im Jahr 2016 mit bis zu 1,5 Milliarden Euro zusätzlichen Ausgaben der Kommunen für anerkannte Asylbewerber. Damit die Leistungen dort ankommen, wo sie benötigt werden, könnte der Weg einer Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung gewählt werden. Dieses Verfahren wurde bereits in den ostdeutschen Ländern angewandt, um Sonderlasten im Bereich der Arbeitslosigkeit auszugleichen. Die Länder müssten dabei verpflichtet werden, die Bundesmittel gezielt an die betroffenen Kommunen weiterzuleiten.

Mehrbedarf werde zudem im Bereich Jugendhilfe anfallen, zum Beispiel für Leistungen für Familien, Hilfen zur Erziehung sowie Beratungsangebote. Zur gezielten Finanzierung sei ebenfalls der Weg über die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung geeignet. Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche sollte auch für Integrationsleistungen gelten, zum Beispiel für Sprachunterricht von nicht schulpflichtigen Kindern oder Nachhilfe. Hierbei müsse sichergestellt werden, dass auch die Betreuungseinrichtungen selbst solche Leistungen anbieten können.

Die Länder blieben aufgefordert, die Ausgaben für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche vollständig zu finanzieren. Eine regional ausgewogene Verteilung dieser Flüchtlinge sollte erreicht werden. Die Städte fordern den Bund auf, die Mittel für

Integrationskurse noch stärker aufzustocken, um dem hohen Bedarf Rechnung zu tragen.

In der Kinderbetreuung geht das Bundesfamilienministerium aktuell von einem zusätzlichen Bedarf von 80.000 Plätzen aus. Deshalb sollte der Bund ein angemessenes Investitionsprogramm auflagen und dafür das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ aufstocken. Die Länder sind dem Deutschen Städtetag zufolge gefordert, ihre Beteiligung an den laufenden Betriebskosten der Kitas zu erhöhen. Der Verband fordert die Länder auf, Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen zur Verfügung zu stellen und Programme dafür aufzulegen. Die Länder sollten im Rahmen ihrer Verantwortung für Bildung auch die Mittel für das dringend benötigte zusätzliche schulische Ergänzungspersonal wie Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Dolmetscher sichern.

Von Bund und Ländern gemeinsam erwartet der Städtetag, dass sie die durch den Bevölkerungszuwachs erforderlichen Investitionen bei der ohnehin unterfinanzierten kommunalen Infrastruktur sowie im sozialen Wohnungsbau finanzieren. Vor allem in Ballungszentren mit starker Wohnungsnachfrage werde mehr bezahlbarer Wohnraum benötigt.

Die Städte begrüßen, dass der Bund für den Zeitraum von 2016 bis 2019 zusätzliche Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro bereitstellt. Diese Bundesmittel müssten von den Ländern für die Wohnraumförderung eingesetzt und darüber hinaus durch eigene Mittel aufgestockt werden. Bund und Länder blieben aufgefordert, die Höhe der Mittel dem faktischen Bedarf in den Regionen mit knappem Wohnungsangebot anzunähern. **DK**

Günstig und ...

(Fortsetzung von Seite 1) Bauen nur im Erdgeschoss, einfacher Schallschutz nach DIN-Norm, abgehängte Decken für Stauraum, Fertigteilwände- und Decken unbehindert, aber farblich gestaltet. Auf diese Weise werden Bauwerkskosten von 1.000 Euro/qm angestrebt. Investitionen in ein Bauwerk, das werthaltig genug ist, um über Jahrzehnte weiter genutzt werden zu können.

Nach Auffassung des bbiv sollten auch industrielle Fertigungsmethoden wie Fertigteilbauweisen oder die industrielle Vorfertigung von Bauteilen sowie der Einsatz von Modulbauweisen verstärkt zugelassen werden. Dadurch könnten Neubauten um ein Vielfaches beschleunigt werden, da geringere Planungs- und Bauzeiten notwendig sind. **DK**

Resolution des Bezirksverbandes Oberpfalz der KPv:

Förderwesen im Freistaat

Mit einer „sehr nachhaltigen und zukunftsweisenden Angelegenheit für die Kommunen“ hat sich für den Bezirksverband Oberpfalz der KPv dessen Vorsitzender Bürgermeister Alois Scherer in einem Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer gewandt. Konkret geht es um EU-Fördermittel nach LEADER-Programmen.

Wie in dem Brief dargelegt, konnten in der Vergangenheit besonders innovative und gemeindeübergreifende Projekte in aller Regel über LEADER-Mittel gefördert werden. Der Weg, Mittel zu erreichen, sei jedoch meist sehr schwierig und vor allem arbeitsintensiv gewesen. So musste u. a. eine ausführliche Bürgerbeteiligung durchgeführt werden, die natürlich sinnvoll ist. Zudem wurden gemeindeübergreifende Konzepte wie z.B. „ILEK“s“ gefordert.

Neuerdings werden bei typisch bayerischen Programmen von den Ministerien ähnliche und in Teilbereichen noch kompliziertere bzw. umfangreichere Förderverfahren gewählt. Beispielfhaft werden das Programm „IRE“ im Rahmen der Städtebauförderung beim Innenministerium und das Programm „ELER“ bei den Ämtern für ländliche Entwicklung im Landwirtschaftsministerium genannt.

Um an Fördermittel zu gelangen, müsse gegenüber den früheren Programmen ein umfangreicheres Konzept mit detaillierten Planungen erstellt werden. Zudem sei ein Beschluss der jeweiligen Gemeinderatsgremien erforderlich. Selbstverständlich sei dann auch eine intensive Bürgerbeteiligung notwendig.

Laut Scherer „beginnen die Probleme leider schon bei der Einreichung des Projektes“. Eine Jury wählt Projekte aus und in aller Regel kommen nur 50 % zum Zuge – so z. B. bei „IRE“. Hier unterscheiden sich diese Programme von der bisherigen schon aufwändigen LEADER-Förderung.

Nicht nur, dass die Kommune Geld und Zeit in das Projekt investiert hat – insbesondere die Tatsache, dass das Projekt trotz intensiver Anstrengungen womöglich nicht umgesetzt werden kann, ist aus Sicht des Bezirksverbandes Oberpfalz „vor allem für die beteiligten Bürger, die Mitarbeiter der Verwaltungen, die Gemeinderäte und den (Ober-)Bürgermeister in höchstem Maße demotivierend“. Sollte eine derartige Ablehnung mehrmals stattfinden, werde sicherlich kein Antrag mehr gestellt.

„Das Gefühl, dass Ministerien im Wettbewerb untereinander stehen, könnte einen beschleunigen und dort wo EU-Mittel Verwendung finden, ist dieser Drang nach den neuen Förderkriterien besonders ausgeprägt“, heißt es weiter. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, „dass die bisherige Praxis der Fördermittelausschüttung wie z. B. bei FAG - GVFG - Städtebau usw. hervorragend zur Zufriedenheit der Kommunen funktioniert hat“. Darum die Bitte, die Förderverfahren wie in der Vergangenheit weiter anwenden zu lassen. „Dies hat für alle Kommunen große Vorteile gehabt und die vom Freistaat zur Verfügung gestellten Steuermittel konnten sinnvoll eingesetzt werden.“ **DK**

Energiepolitik:

Energiedialog wird fortgeführt

Bayerns Energieministerin führt den Energiedialog Bayern fort und hatte hierzu über 100 Teilnehmer zur vierten Sitzung der ‚Plattform Energie‘ eingeladen: „Der Energiedialog ist in Deutschland einmalig. Die bayerischen Anliegen, die im Energiedialog entwickelt wurden, konnten wir bei den grundlegenden energiepolitischen Weichenstellungen des letzten Jahres in Berlin durchsetzen. Für die Verhandlungen in Berlin war der Dialog unverzichtbar. Es geht jetzt darum, die energiepolitischen Kernfragen für die kommenden Jahre vorzubereiten“, so Aigner.

Aigner mahnte im Rahmen der Veranstaltung neue Prioritäten in der Energiepolitik an: „Energiepolitik in Deutschland



Ilse Aigner.

wird immer noch viel zu einseitig betrieben. Die Energiewende verlangt deutlich mehr als den Ausbau der Erneuerbaren. Wir müssen uns in diesem Jahr darauf konzentrieren, wie wir den Ausbau der Erneuerbaren auf das vereinbarte und sinnvolle Maß beschränken.“

Ein unkontrollierter Ausbau der Windkraft im Norden etwa verschärft die bekannten Probleme immer wieder und trage

kaum dazu bei, die Kernfragen der Zukunft zu lösen. Aigner: „Aus bayerischer Sicht muss es jetzt mehr um Qualität gehen. Die Erneuerbaren müssen stärker für das Gesamtsystem nutzbar gemacht werden.“

Taskforce Netzausbau

Im Hinblick auf den Leitungsausbau stellte Aigner die „Taskforce Netzausbau“ vor. „Die Taskforce wird bei der Planung der Trassen als zentrale Informationsplattform dienen“, erklärte die Ministerin. Aigner: „Ich habe Staatssekretär Pschierer gebeten, als Bindeglied zwischen Netzbetreibern und Bürgern zu fungieren. Sobald die Planungen konkret werden, werden wir sicherstellen, dass alle Akteure zeitgleich über geplante Aktivitäten der Netzbetreiber und der Bundesnetzagentur so früh wie möglich informiert sind.“

Plattform Energie

Aigner kündigte an, den Energiedialog fortzuführen: „Dazu werde ich die ‚Plattform Energie‘ jährlich einberufen. Kleinere Gremien sollen je nach Bedarf tagen. Die hier erarbeiteten Ergebnisse werde ich in die

„Abwrackprämie“ für Heizungsmumien im Keller

Neue Heizung mit Geld vom Staat

Eine neue Heizung lohnt sich immer! Finanziell, da sie Heizkosten spart und sowieso ökologisch. Neue Fördermittel werden die energetische Modernisierung hier erheblich beschleunigen. Oliver Schober, Gewerbetundenberater erdgas schwaben fasst die wichtigsten Neuerungen 2016 zusammen.

Interessante Anreize zum Heizungsaustausch bietet die Erweiterung des KfW-Programms „Energieeffizient Sanieren“. Das Heizungspaket der KfW unterstützt den Einbau besonders effizienter Heizungen, wobei hier zugleich das komplette Heizsystem (Heizung und Wärmeverteilung) optimiert wird. Das Paket umfasst eine Förderung von maximal 15% und maximal 7.500 Euro je Wohnung.

Das am 1. Januar 2016 gestartete Anreizprogramm Energieeffizienz (APEE) des Bundeswirtschaftsministerium hat als Ziel, neue Impulse für die Wärmewende im Heizungskeller zu setzen. Für den Ersatz bzw. die solarthermische Modernisierung einer ineffizienten Heizung gibt es einen Betrag von 20% des im Rahmen der MAP-Richtlinie bewilligten Zuschusses. Zudem gibt es einen einmaligen Zuschuss von 600 Euro für die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Die Förderprogramme dienen der Finanzierung von Energieeinsparung und zur Minderung des CO₂-Ausstoßes bei bestehenden Wohngebäuden mittels zinsgünstiger langfristiger Kredite oder Zuschüsse.

Wer kann sich die neuen Förderungen holen? Voraussetzungen sind:

- Außerbetriebnahme eines nicht auf Brennwerttechnik basierenden Wärmeezeugers
- Einbau von Brennwerttechnik und Wärmepumpen mit Sorptionstechnik
- Optimierung der gesamten Heizungsanlage
- Optimierung der Wärmeverteilung und Wärmeübergabe
- der Wärmeezeuger darf nicht bzw. noch nicht der gesetzlichen Austauschpflicht unterliegen
- die technischen Mindestanforderungen des Programms müssen eingehalten werden.

künftigen Verhandlungen mit dem Bund einbringen.“ Anstehende Themen seien unter anderem das Strommarktgesetz sowie das EEG 2016, so die Ministerin.

Die ‚Plattform Energie‘ ist die Vollversammlung des Energiedialogs. Zu den Teilnehmern der Plattform zählen zahlreiche

Vertreter von Verbänden und gesellschaftliche Gruppierungen sowie Abgeordnete der Fraktionen des Bayerischen Landtags.

Bauminister Herrmann veröffentlicht Energiebericht 2015

680 energetisch sanierte staatliche Gebäude in Bayern und dadurch rund 1,3 Millionen Tonnen eingespartes CO₂. Das sind die beachtlichen Eckpunkte des 7. Energieberichts der Bayerischen Staatlichen Hochbauverwaltung, den Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann veröffentlicht hat.

„2008 haben wir das Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude gestartet und bisher insgesamt 240 Millionen Euro zusätzlich investiert“, erläuterte dazu der Minister. Damit sei der Freistaat Vorbild und Vorreiter bei der Energieeinsparung. „Energie, die gar nicht gebraucht wird, muss auch nicht erzeugt werden“, ist laut Herrmann die Devise.

Wie der Bauminister erklärte, werden in Bayern seit 2011 neue Verwaltungsgebäude und ausgewählte Sondergebäude im Passivhausstandard errichtet. „Das betrifft 31 staatliche Gebäude, von denen bereits zwölf fertiggestellt sind“, so Herrmann. „Sechs werden gerade gebaut und 13 sind noch in der Planungsphase.“ Beispielhafte Projekte seien die Erweiterung des Bayerischen Landtags, der Neubau eines Unterkunftsgebäudes an der Fachhochschule Herrsching sowie die Neubauten der Polizeidienststellen in Nürnberg Süd und Grafenau.

„Die Palette der Staatsbauverwaltung zum energieeffizienten Bauen und Betreiben der staatlichen Gebäude ist vielfältig“, so der Bauminister weiter. „Sie geht vom Einsatz geeigneter LED-Beleuchtung bis hin zum Einbau von

innovativen Heizanlagen.“ Ein Erfolg sei beispielsweise auch die sogenannte ‚Contracting-Initiative Bayern‘. Es handelt sich dabei um verschiedene Modelle öffentlich-privater Partnerschaften, die durch Modernisierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden



Joachim Herrmann.

ohne zusätzliche Haushaltsmittel Energie einsparen.

Eine Broschüre mit allen Beispielen ist erhältlich über das Bestellportal bestellen.bayern.de oder unter www.innenministerium.bayern.de/buw/bauthemen/gebäudeundenergie/index.php

Mehr Rechtssicherheit bei der Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen

Stellungnahme von Kommunalverbänden und VKU zum Kabinettsbeschluss

Das Bundeskabinett hat einem Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zum § 46 Energiewirtschaftsgesetz zugestimmt, der das Ziel hat, die Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen rechtssicherer und einfacher zu regeln. Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU begrüßen den Beschluss.

„Der vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt, den Kommunen mehr Rechtssicherheit zu verschaffen“, erklärten der stellvertretende Hauptgeschäftsführer

Effiziente Flüssiggas-Heizanlage reduziert Heizkosten

Zum Ende der Heizsaison und mit Blick auf den jährlichen Energieverbrauch lohnt es sich, über eine Heizungssanierung nachzudenken. In einem typischen Haushalt werden knapp 70 Prozent der Energie für Heizen und Warmwassererzeugung benötigt, so eine Erhebung der Internationalen Energieagentur.

Mit dem Einsatz moderner Flüssiggas-Heiztechnik kann der Brennstoffverbrauch um bis zu 30 Prozent gesenkt werden. Der Energieträger Flüssiggas ist besonders in ländlichen Regionen, die nicht ans Erdgasnetz angeschlossen sind, eine effiziente und umweltfreundliche Alternative zum Heizen und zur Wassererwärmung.

Bei einer Modernisierung können für Flüssiggas verschiedene Heizsysteme in Frage, auch in Verbindung mit regenerativen Energiequellen. Moderne Brennwertheizungen machen das Heizen umweltschonender und effizienter, weil sie auch die im Abgas gebundene Wärme nutzen. Attraktive Optionen zum Heizen mit Flüssiggas sind die Kombination einer Brennwert-Gastherme mit einer Solaranlage oder einer Gaswärmepumpe. Diese Systeme nutzen die Sonne, Luft- oder Erd-

wärme als erneuerbare Energiequelle und sind damit besonders ökologisch. Mit Flüssiggas können zudem effiziente Blockheizkraftwerke betrieben werden, die Wärme und Strom erzeugen.

Flüssiggas steht versorgungssicher zur Verfügung, ist leicht transportabel und lässt sich mit dem Tankwagen an jeden gewünschten Ort bringen. Dort wird Flüssiggas ober- oder unterirdisch in Tanks auf dem Grundstück gelagert. „Die Investitionskosten für eine Flüssiggas-Heizung und die laufenden Betriebskosten sind wettbewerbsfähig, gerade auch im Vergleich zu ebenfalls leitungsgebundenen Öl- oder Pelletsystemen“, so Andreas Stücke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Verbandes Flüssiggas. Flüssiggas überzeugt auch aus ökologischen Gründen: Der Energieträger kann zur Verbesserung der lokalen Luftqualität beitragen.

des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, der Beigeordnete des Deutschen Landkreistages, Dr. Kay Ruge, der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg sowie VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche.

Der Gesetzentwurf greift eine Reihe zentraler kommunaler Forderungen auf. So enthält er erstmalig Vorgaben zum Netzkaufpreis und zum Umfang der notwendigen Informationen, die der Alt- dem Neukonzessionär übermitteln muss. Die Gewährleistung einer Weiterzahlung der Konzessionsabgabe bei Rechtsstreitigkeiten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Bei den zulässigen Kriterien der Konzessionsvergabe sind zudem nun auch kommunale Belange aufgeführt, was positiv bewertet wird.

Kommunalverbände und VKU fordern bereits seit Jahren gesetzliche Anpassungen: „Die jetzt vorgesehenen Neuregelungen bedürfen allerdings weiterer Verbesserungen: Die lokalen und regionalen Gegebenheiten sollten noch stärker bei der Konzessionsvergabe berücksichtigt werden können. Insbesondere darf es nicht zu einer nachrangigen Berücksichtigung örtlicher Angelegenheiten bei der Konzessionsvergabe kommen. Klimaschutz- und energiepolitische Konzepte sollten mit dem neuen Konzessionsvertrag vereinbart werden können und das Vergabeverfahren durch die Einschaltung der neutralen Vergabekammern für alle Seiten rechtssicherer gestaltet werden.“

Der stärkste Energiemix



Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen -
unser Mix macht's möglich

erdgas
schwaben



Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de



Bayerngas GmbH:

Klarer Mehrwert für den Kunden

Geschäftsführer Günter Bauer im Gespräch mit der GZ

Der Bayerngas-Konzern ist zurück auf der Erfolgsspur. 2016 strukturiert er sich neu und entwickelt sich zur Lösungsplattform für Energie. Welche Überlegungen diesem Schritt zugrunde liegen, darüber informierte Geschäftsführer Günter Bauer im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Herr Bauer, wie sieht die geplante Neustrukturierung konkret aus?

Bauer: Die Bayerngas GmbH wird Mitte des Jahres ihre Tochterunternehmen Bayerngas Vertrieb GmbH und Bayerngas Energy Trading GmbH verschmelzen. Der Name des zusammengeführten Unternehmens wird Bayerngas Energy GmbH sein. Ihr Profil ist eindeutig: Wir entwickeln uns zu einer Lösungsplattform für Energie, für physische Lieferung und hochwertige Dienstleistungen. Die Geschäftsführung der Gesellschaft teilen sich Dr. Thomas Rupprich, bisher Geschäftsführer der Bayerngas Energy Trading GmbH. Vor kurzem erst haben wir den neuen Namen und für was er steht auf der E-world in Essen bekanntgegeben.

GZ: Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

Bauer: Den Überlegungen von Bayerngas liegen zwei Marktentwicklungen zugrunde: Erstens die immer weitergehende Komplexität im Markt mit dem Wunsch und der Notwendigkeit bei den Kunden, sich auf das eigentliche Kerngeschäft fokussieren zu wollen und zweitens das Bedürfnis nach persönlicher Betreuung und entsprechend flexiblen Lösungen. Da der Blickwinkel auf den Kunden nun breiter wird, eröffnen sich

für unser Unternehmen und unsere Kunden neue Chancen, unser Lösungsportfolio zu ergänzen. Die Produktgestaltungsalternativen steigen. In Zeiten enger Margen ist es enorm wichtig, dass die Entwicklung kundengerechter Lösungen zeitgerecht gelingt.

GZ: Der Einkauf hochwertiger Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen hat sich als sinnvoll erwiesen. „Bayerngas Energy“ positioniert sich als Partner für diese Dienste. Was ist der Kern seiner Leistungen?

Bauer: Unser Unternehmen hat einen kommunalen Hintergrund und lebt entsprechend von der langfristigen, nachhaltigen Beziehung zum Kunden, die sich aus einem guten Service und einer optimalen Beratung nährt. Die kurzfristige Gewinnoptimierung ist für uns kein Geschäftsmodell.

Kern unserer Leistungen ist die Schaffung von Mehrwert für den Kunden. Gerade weil Prozesse, Gesetzestexte und Regularien stetig und durchdringlicher werden, sind Fairness und partnerschaftliche Geschäftsbeziehungen auf Augenhöhe unverzichtbar. Für uns gilt deshalb mehr denn je: Der Mensch, das komplexeste Element jeder Organisation, wird zum Erfolgsfaktor, indem er sein Wissen und seine Erfahrung anderen anbietet. Er wird zum Komplexitätsmanager.

GZ: Welche speziellen Fachthemen werden Sie anbieten?

Bauer: Eine wichtige Säule bei der Entwicklung von Energie-Lösungen ist beispielweise die Verdichtung und Aufbereitung von Markt- bzw. Preisinformationen. Wir bieten sowohl Methoden und Berechnungsmethoden als auch umfassendere Preisinformationen an.

GZ: Das Zauberwort lautet Kundenbindung. Zusätzlich zu ihren Gasprodukten wurden vermehrt Stromprodukte nachgefragt, um Energie aus einer Hand zu erhalten. Ihre Meinung?

Bauer: Diesen Wunsch unserer Kunden haben wir aufgenommen. In Folge dessen haben wir, wie Mitte 2015 angekündigt, den Aufbau eines Stromvertriebs vorangetrieben. Bereits seit Beginn dieses Jahres liefern wir den ersten Gas-Bestandskunden nun auch Strom. Analog zum Gas werden wir jetzt ein entsprechendes Stromdienstleistungsportfolio aufbauen.

Im Übrigen ist auch die 2015 angekündigte Belieferung ausländischer Standorte von Gas-Bestandskunden erfolgreich gestartet: Wir liefern bereits Gas in die Niederlande und nach Belgien. Diese gewachsene Marktverankerung der Bayerngas ist das Feld, auf dem die neuen Produkte und Dienstleistungen wachsen können. Mit der Aufnahme von Stromprodukten und der Belieferung ausländischer Standorte haben wir zusätzliche Flexibilität generiert, die für unsere Kunden effizienzsteigernd wirkt. An die-

sem Punkt wird „Bayerngas Energy“ nahtlos anknüpfen.

GZ: Durch den Speicherbetrieb leistet Bayerngas einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Ist dieser Betrieb rentabel? Wie sieht es mit der Krisenvorsorge aus?

Bauer: Ja, wir leisten diesen Beitrag. Versorgungssicherheit wird den Speicherbetreibern innerhalb der aktuellen Marktssystematik jedoch nicht vergütet. Wir haben es mit einer Entkopplung zu tun: Händler betrachten einen Speicher lediglich als Instrument, um auf Preisbewegungen reagieren zu können. Als Unternehmen, das auf mehreren Wertschöpfungsstufen tätig ist, ist unser Blick aber auch auf das große Ganze gerichtet. Grundsätzlich kämpfen wir für eine strategische Reserve. Und das aus gutem Grund, denken wir nur an Februar 2012 zurück, als der Süden einer ernststen Engpasssituation ausgesetzt war.

GZ: Als „Heilsbringer“ in der Energiedebatte fällt auch immer wieder der Begriff „Power2Gas“. Was halten Sie von dieser Idee?

Bauer: Bei den derzeitigen Preissignalen ist dieser Prozess absolut unwirtschaftlich. Ohne Subventionen ist ein derartiges Projekt im großtechnischen Stil für niemanden attraktiv.

Prinzipiell aber ist die Idee eine Zukunftsoption. Pilotanlagen gibt es ja bereits.

GZ: Die Bayerische Staatsregierung hat in Verhandlungen erreicht, dass zusätzliche Gaskraftwerke im Freistaat entstehen können. Ist das nicht ein Signal dafür, dass Gas langfristig als Partner der Erneuerbaren gesehen werden kann?

Bauer: Erdgas schließt einen Teil der Lücke, die durch das Abschalten von Atomkraftwerken bis 2022 entsteht und gleicht zudem die hohen Schwankungen bei der Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie aus. Ein Gaskraftwerk ist aus technischer Sicht ideal. Die bayerische Staatsregierung hat sich dafür stark gemacht. Dies begrüßen wir sehr.

GZ: Kommen wir noch zu einem aktuellen Projekt: Bayerngas erkundet in Brandenburg Erdgasvorkommen. Von dem Ergebnis macht das Unternehmen eine mögliche Förderung abhängig. Wie ist der Stand der Dinge?

Bauer: Seit 2013 wurden zahlreiche Untersuchungen und Analysen durchgeführt. Derzeit werten wir die Daten aus. Wie es weitergeht, wird sich im Laufe dieses Jahres entscheiden.

GZ: Die Bayerngas GmbH ist Ende vergangenen Jahres aus dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ausgetreten. Können Sie die Gründe darlegen?

Bauer: Wir haben damit die Konsequenz aus der fehlenden Unterstützung bei gaswirtschaftlichen Themen und der schwachen Wirkung des Verbandes bei der Verankerung der Gaswirtschaft als wichtige Stütze einer zukunftsfähigen Energiepolitik gezogen.

Bayerngas ist eines der wenigen deutschen Unternehmen, das auf allen Wertschöpfungsstufen Gas tätig ist. Deshalb sucht es auch nach übergreifenden Lösungen. Angesichts der zunehmenden regulierungs- und marktbedingten Segmentierung des Energiegeschäfts ist es dem BDEW aus unserer Sicht jedoch nicht gelungen, die Breite der Branche zu spiegeln und die Interessen über die einzelnen Wertschöpfungsstufen hinweg schlagkräftig zu vereinen.

GZ: Herr Bauer, wir danken für das Gespräch. DK



Constanze von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung) gemeinsam mit Günter Bauer (Bayerngas).

Weltweite Erhebung:

Zahl der Elektroautos auf 1,3 Millionen gestiegen

Neue ZSW-Analyse: Produktion wächst 2015 um fast 70 % auf 550.000 Pkw - Stärkstes Wachstum in China

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) hat in seiner neuesten Analyse beträchtliche Zuwächse bei der Elektromobilität festgestellt. Den Erhebungen der Forscher zufolge hat sich die Zahl der Elektroautos rund um den Globus auf nunmehr etwa 1,3 Millionen nahezu verdoppelt.

Während China mit über 200.000 Neufahrzeugen im vorigen Jahr den deutlichsten Anstieg verzeichnet, können die USA mit mehr als 400.000 E-Fahrzeugen auf der Straße nach wie vor auf den insgesamt höchsten Bestand verweisen. Deutschland liegt indes mit insgesamt 55.250 E-Autos weiterhin abgeschlagen hinter Nationen wie Japan, Niederlande, Norwegen und Frankreich.

Von knapp 750.000 auf rund 1,3 Millionen ist die Zahl der elektrisch betriebenen Pkw weltweit im letzten Jahr gestiegen. Zu diesem Gesamtergebnis kommt das ZSW in seinen aktuellen Auswertungen zur Elektromobilität. Die Forscher verzeichneten 2015 rund 550.000 Neuzulassungen; ein Zuwachs von 68 % im Vergleich zum Vorjahr, als noch 330.000 neue Elektrofahrzeuge verkauft wurden. Ein bedeutender Teil der neuen E-Autos rollt über Chinas Straßen: gut 207.000. Damit hat sich der Bestand an E-Fahrzeugen im Reich der Mitte auf 307.000 etwa verdreifacht. Die meisten Elektroautos sind mit insgesamt 410.000 in den Vereinigten Staaten gemeldet.

Norwegen ist Vorreiter

Bezogen auf den Anteil der Elektromobilität am gesamten Fahrzeugbestand verteidigt Norwegen seine internationale Vorreiterrolle: Rund 3 % aller etwa 2,64 Millionen Autos in dem skandinavischen Land fahren mit Strom. Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Anteil bei nur 0,12 Prozent. Der Bestand hat sich in Norwegen zudem auf etwa 79.000 fast verdoppelt; jede 5. Neuzulassung im vorigen Jahr war ein Elektrofahrzeug.

Während Kunden in anderen Ländern, wie beispielsweise China, Japan und Frankreich, seit Langem überwiegend heimische Modelle kaufen, zeigt sich nunmehr auch in Deutschland ein positiver Trend - dank einer wachsenden Anzahl von deutschen Modellen: Von den 2015 in Deutschland verkauften 23.460 Elektrofahrzeugen stammt gut die Hälfte von deutschen Herstellern. Mit dem BMW i3 gehört erstmals auch ein deutsches Fabrikat zu den weltweit meistverkauften E-Autos (36.550 im Bestand). Der Nissan Leaf führt diese Statistik mit 193.260 verkauften Stückzahlen seit 2010 an.

Bei den Neuzulassungen 2015 hat das Model S von Tesla mit 42.730 verkauften Fahrzeugen die Spitzenposition übernommen. Damit landet der US-amerikanische Autobauer noch vor den Japanern Mitsubishi Outlander (41.080) und Nissan Leaf (40.270). Mit 31.900 verkauften BYD Qin zählt nun erstmals auch ein chinesischer Hersteller zu den Marktführern.

„Die Zahl von 550.000 produzierten Elektrofahrzeugen im letzten Jahr zeigt deutlich, dass die Industrialisierung in Schwung gekommen ist“, sagt Prof. Werner Tillmetz, ZSW-Vorstandsmitglied und Leiter des Geschäftsbereichs Elektrochemische Energietechnologien. „Bei den anhaltend hohen Wachstumsraten gewinnt die Wertschöpfung rund um die Elektromobilität schnell an Bedeutung. Als Wirtschaftsstandort, der sehr stark von der Automobil- und deren Zulieferindustrie geprägt ist, dürfen wir in Deutschland den Anschluss nicht verpassen. Schlüsseltechnologien der Elektromobilität wie die Lithium-Ionen-Batterie müssen ihren Platz im deutschen Produktionsportfolio finden“, so Tillmetz weiter.

Der Straßenverkehr basiert seit vielen Jahren unverändert zu etwa 95 % auf fossilen Kraftstoffen mit all den damit zusammenhängenden Problemen für Umwelt und Klima. Elektrische Mobilität soll dazu beitragen, diese Probleme zu entschärfen. „Unsere Berechnungen ergeben, dass lediglich 1,7 Prozent des 2015 in Deutschland erzeugten Ökostroms ausreichen würden, um eine Million Elektrofahrzeuge zu betreiben“, erklärt ZSW-Wissenschaftler Andreas Püttner. „Und jeder kann bereits heute in Deutschland Ökostrom beziehen, auch für sein Elektroauto, und damit eine Energiewende im Verkehrssektor herbeiführen“, so der Experte abschließend.

Erfasst haben die ZSW-Forscher Autos mit batterieelektrischem Antrieb, Range Extender und Plug-In Hybride. Nicht mitgezählt wurden Krafträder, Lkw und Busse sowie Full- und Mild-Hybridfahrzeuge. Die Auswertung basiert unter anderem auf Daten des Kraftfahrt-Bundesamts sowie internationaler Behörden und Verbände.

Die zugrunde liegenden Daten und Zeitreihen zu den Fahrzeugmodellen, Neuzulassungen und zum Bestand in den einzelnen Staaten sind zu finden unter: www.zsw-bw.de

BDEW begrüßt erstmalige Definition kritischer Infrastrukturen

Vor kurzem fand im Bundesinnenministerium die Anhörung zur geplanten Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen (BSI-KritisV) statt. Die Verordnung legt fest, welche Anlagen als kritische Infrastruktur einzustufen sind. Betreiber solcher Infrastrukturen müssen gemäß IT-Sicherheitsgesetz Mindestsicherheitsstandards einhalten und bestimmte Meldepflichten erfüllen.

Anlässlich der Anhörung sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer: „Der BDEW begrüßt, dass mit der Verordnung erstmals definiert wird, was eine kritische Infrastruktur im Sinne des IT-Sicherheitsgesetzes ist. Mit der Verordnung leistet Deutschland seinen Beitrag zu einheitlichen Standards und Meldepflichten. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Energie- und Wasserinfrastrukturen wirksam vor Cyber-Attacken zu schützen. Für den Bereich Wasser und Abwasser arbeiten wir mit Hochdruck im Branchenarbeitskreis des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik an den spezifischen Mindeststandards, die den Stand der Technik darstellen sollen. Die Standards werden auf internationalen und nationalen technischen Regelungen und Entwicklungen basieren. Zusätzlich bereiten die Regelwerkssetzer für Wasser und Abwasser, DVGW und DWA, spezielle Merkblätter für den Schutz der IT-Sicherheit vor. Diese stellen eine Anbindung an das technische Sicherheitsmanagement in der Branche her. IT-Schutz ist heute ein wesentlicher Teilaspekt des Gesamtschutzes der Anlagen.“

Nachbesserungsbedarf sieht Weyand allerdings noch mit Blick auf die Energiewirtschaft: „Für den Energiesektor sollte, wie für andere Wirtschaftsbereiche auch, eine Übergangsfrist von sechs Monaten gelten, bis die Meldepflichten für IT-Sicherheitsvorfälle greifen. Es ist nicht verständlich, warum nur für diesen Bereich keine Übergangsfristen gelten sollen. Außerdem sollten die Schwellenwerte, ab wann eine Anlage als kritische Infrastruktur gilt, insbesondere im Sektor Gas für Förderanlagen und Netze auf Grundlage des tatsächlichen Gasverbrauchs auf 5.750 GWh erhöht werden.“

Schwellenwerte erhöhen

Wie Weyand zudem bemerkte, „sollten auch die Schwellenwerte für Gasspeicher aufgrund der saisonalen Schwankungen der Speichernutzung erhöht werden. Angemessen wäre hier ein Schwellenwert für die Kapazität von 11.500 GWh. Um die Anwendbarkeit für die Praxis zu gewährleisten, muss die Verordnung zudem die bereits etablierten energiewirtschaftlichen Be-

griffe verwenden. Im derzeitigen Entwurf der Verordnung ist das noch nicht immer der Fall.“

Hintergrund

Betreiber Kritischer Infrastrukturen aus dem Energie-, Wasser- und Abwasserbereich werden im Zuge des IT-Sicherheitsgesetzes zur Umsetzung von IT-Sicherheitsmindeststandards und zur Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) verpflichtet. Das Gesetz selbst adressiert jedoch nur allgemein die entsprechenden Sektoren. Erst durch die BSI-KritisV wird konkret bestimmt, welche Einrichtungen, Anlagen oder Teile von Anlagen die oben genannten Standards und Meldepflichten zu erfüllen haben.

Betroffen sind im Energiesektor Betreiber von Strom-/Gasnetzen, Kraftwerken, Gasspeichern und auch Direktvermarkter. Im Wassersektor sind hauptsächlich Betreiber von großen Trinkwasserversorgungsanlagen und Wassernetzen betroffen. Im Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sind rund 110 Energieversorgungsunternehmen und rund 25 Wasserversorgungsunternehmen als kritische Infrastrukturbetreiber von der Verordnung erfasst und damit über 90 Prozent der betroffenen Unternehmen in dem Sektor Energie und Wasser organisiert. □

Söder und Füracker:

Stromtrassenverlauf bürgerfreundlich gestalten

Neue Abstandsregelungen in der bayerischen Landesplanung

Die Anpassung des Stromnetzes in Deutschland ist durch die Energiewende erforderlich. „Der Schutz der Menschen und das Wohl der Bevölkerung stehen für uns an erster Stelle. Der Stromnetzausbau muss bürgerfreundlich gestaltet werden. Wir nutzen unsere Möglichkeiten als Bundesland in der Landesplanung, um ausreichend Abstand zwischen Freileitungen und Wohnbebauung zu bekommen, solange Freileitungen gebaut werden müssen. Die beste Stromleitung ist allerdings diejenige, die man nicht sieht. Die Staatsregierung hat sich daher erfolgreich mit Vehemenz dafür eingesetzt, dass die großen Nord-Süd-Trassen als Erdkabel gebaut werden. Bei den übrigen Leitungen bleibt Bayern am Ball“, versicherte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder in Nürnberg.

Neue Regelungen im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) sollen für ausreichend Abstand zwischen Freileitungen und Wohnbebauung sorgen. Zum Schutz des Wohnumfeldes soll innerhalb von Ortschaften ein Mindestabstand von 400 Metern von Höchstspannungsleitungen zu Wohngebäuden oder Schulen gelten. Außerhalb von Ortschaften soll ein Mindestabstand von 200 Metern gelten. Die Abstandszahlen lehnen sich an Erfahrungen aus anderen Bundesländern an. Bis-

lang gab es in Bayern keine festen Mindestabstandswerte.

Neuer Grundsatz

Ein neuer Grundsatz wird in das LEP eingefügt: Keine Überspannungen mehr von Siedlungen. Neue Überspannungen über die Köpfe der Menschen hinweg soll es künftig nicht mehr geben. Wo bestehende Freileitungen über Siedlungen ersetzt werden, sollen diese aus dem Ort heraus gelegt werden. Damit kann auch beim Ersatz

bestehender Leitungen eine massive Verbesserung für die Bevölkerung erreicht werden.

Verbesserte Situation betroffener Anwohner

Bayern geht mit diesen neuen Regelungen deutlich über die bestehenden gesetzlichen Standards hinaus. Söder: „Damit schaffen wir einen Ersatz für fehlende Regelungen des Bundes und verbessern die Situation betroffener Anwohner erheblich. Die neuen Vorgaben der Landesplanung sind für alle Vorhaben innerhalb Bayerns zu berücksichtigen. Die Planungen der Netzbetreiber müssen be-

lastbar und nachvollziehbar sein. Neue Leitungen dürfen nur dann kommen, wenn zwingender Bedarf besteht. Die Bevölkerung muss frühzeitig und umfassend in allen Leitungsebenen mit eingebunden werden.“ Derzeit sehen die Übertragungsnetzbetreiber sieben Projekte mit über 600 km Länge in Bayern vor, auf die sich die Regelungen unmittelbar auswirken.

Intensive Prüfung

Staatssekretär Albert Füracker ergänzte: „Zugunsten der betroffenen Bürger werden wir weiterhin die Option einer punktuellen Erdverkabelung für Wechselstromleitungen in die politische Diskussion einbringen. Wir wollen so wenig wie möglich Betroffenheit für Mensch und Natur. Deshalb müssen wir auch intensiv prüfen, wie bestehende Infrastrukturen, zum Beispiel Autobahnrandstreifen, für Erdverkabelung bestmöglich genutzt werden können.“ □

10.000 Euro für Bayerns „Energiebündel“

Kleine und große Impulsgeber für Energiezukunft gesucht

10.000 Euro Preisgeld warten auf engagierte Bürgerinnen und Bürger in Ober- und Unterfranken, Niederbayern und in der Oberpfalz. Für den Bürgerenergiepreis 2016 können sich alle bewerben, die sich in ihrem persönlichen Umfeld für die Energiezukunft stark machen. Und dabei geht es nicht nur um große Bauprojekte. Gesucht sind vor allem Ideenreichtum und Vorbildcharakter.

Gewinnen können somit alle, ob klein oder groß, ob allein oder im Team, ob als Familie, Verein oder Initiative. Die Aktion des Bayernwerks zusammen mit den Bezirksregierungen ist der Bürgerenergiepreis 2016. Bis zum 5. April laufen die Bewerbungsfristen in Unterfranken und Niederbayern. Anfang Juni startet die knapp zwei Monate lange Bewerbungsfrist in Oberfranken und in der Oberpfalz. Die jeweiligen Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden.

Umweltfreundliche Ideen

Der Bürgerenergiepreis wird in den vier Bezirken durch die Regierungen begleitet und durch das Energieunternehmen Bayernwerk verliehen. „Der Bürgerenergiepreis ist ein Dank an alle, die auf Energieeffizienz achten und umweltfreundliche Ideen umsetzen. Es ist ein Preis für diejenigen, die einen Beitrag für die lokale Energiezukunft leisten und mit ihrem Einsatz andere wachrütteln und aufmerksam machen. Und oft stecken die Wachrüttler noch in den Kinderschuhen“, betont Maximilian Zängl, Pressesprecher des Bayernwerks, angesichts der bisherigen Preisträger des Bürgerenergiepreises.

Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen ausgezeichnet werden, die mit pfiffigen und außergewöhnlichen Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Alle Bürgerinnen und Bürger Niederbayerns und Unterfrankens sind bis zum 5. April aufgerufen, sich direkt beim Bayernwerk zu bewerben. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury drei Preisträger aus.

Der Umfang und die Größe der Projekte sind nicht entscheidend. Wichtig ist, dass sich die Projekte mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen, Vorbildcharakter haben und dazu beitragen, die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Eingereicht werden können Projekte, die entweder

Geothermieanlage Freiham:

Projekt auf der Zielgeraden

Die Bohrarbeiten für die Geothermieanlage in Freiham sind abgeschlossen. Der Kurzzeitpumpversuch an der zweiten Bohrung war erfolgreich.

Stephan Schwarz, SWM Geschäftsführer Versorgung und Technik: „Ein Meilenstein für Freiham und zugleich einer für die Münchner Geothermie – jetzt ist das Projekt auf der Zielgeraden. Nach dem Abbau des Bohrturms in den kommenden Wochen führen wir im Sommer einen Langzeitpumpversuch über rund zwei Monate durch, bei dem die Maschinenteknik im Heizwerk wie auch die Pumpe eingestellt werden. Die dabei gewonnene Öko-Wärme wird bereits ins Fernwärmenetz eingespeist. Der Versuch findet im geschlossenen Kreislauf ohne Dampfaustritt statt. Bereits in der kommenden Heizsaison wird die Geothermie den Stadtteil Freiham sowie angrenzende Viertel umweltfreundlich und komfortabel beheizen.“

Ich freue mich, dass die Arbeiten schneller als geplant und unfallfrei verlaufen sind; und auch, dass die Temperatur des Wassers und die Ergiebigkeit der Bohrungen höher als erwartet ausfallen. Jedes Grad und jeder Liter mehr verbessern Energieausbeute und Effizienz der künftigen Anlage.“ Die Kapazität des zweiten Bohrlochs für die Rückführung des Wassers in den Untergrund übersteigt die Prognose: Die Messung zeigte über 100 Liter pro Sekunde (statt 70). Bei der Förderboh-

rung hatte der Pumpversuch ergeben, dass ihre Ergiebigkeit bei mehr als 90 Liter pro Sekunde (statt 80) und die Temperatur bei 90 Grad Celsius (statt 80) liegt.

Baustein der SWM Fernwärme-Vision

Ende September 2015 hatten die SWM mit den Bohrarbeiten in Freiham begonnen. Die Förderbohrung wurde im Dezember südlich der S-Bahnlinie und westlich des Gewerbegebiets fertig gestellt. Hier wird das heiße Wasser für die Geothermieanlage aus 2.500 Metern Tiefe nach oben gepumpt. Im Anschluss startete rund drei Kilometer weiter nördlich die Injektionsbohrung, durch die das abgekühlte Wasser nach Entnahme der Wärme zurück in die Thermalwasserschicht geleitet wird.

Die Geothermieanlage Freiham ist das erste Element der SWM Fernwärme-Vision: Bis 2040 soll München die erste deutsche Großstadt werden, in der Fernwärme zu 100 Prozent aus regenerativen Energien gewonnen wird. Den wesentlichen Beitrag hierzu wird die Geothermie liefern. Damit forcieren die SWM die Energiewende bei der Stromgewinnung wie auch im Wärmemarkt. □

RAG-Erkundungsbohrung in Ampfing:

Erfolgreicher Abschluss

Beginn der Probeförderung voraussichtlich
Ende April

Erdöl ist ein zuverlässiger Begleiter in das neue Energie-Zeitalter und Grundstoff für Produkte des Alltags und industrielle Innovationen. Dank neuer Technologien ist es heute möglich, Vorkommen zu erschließen, bei denen sich eine Förderung früher nicht gelohnt hat. Dies ist in Ampfing der Fall.

In enger Abstimmung mit der Gemeinde Ampfing hat die RAG Rohöl-Aufsuchungs Aktengesellschaft in den vergangenen Wochen ihre Erkundungsbohrung im „Ampfinger Sandstein“ planmäßig durchgeführt und nun abgeschlossen. Die endgültige Tiefe der Bohrung RAG-AM-001 beträgt ca. 1.900 Meter. Dort wurde ein Bohrkern entnommen – erste Messergebnisse zeigen, dass der „Ampfinger Sandstein“ Erdöl enthält.

Mobile Bohranlage

Der Bau des Bohrplatzes dauert in der Regel ca. vier Wochen, die eigentliche Erkundungsbohrung 22 Tage. Das beinhaltet auch das Bohren der verschiedenen Abschnitte, Verrohrung, Zementation sowie Abbau der Anlage. Die Erdöllagerstätte in Ampfing befindet sich in bis zu 2.100 Metern Tiefe. Darüber liegen Gesteinsschichten, von denen insgesamt ca. 1.400 Meter undurchlässig sind und die Lagerstätte von den weit darüber liegenden grundwasserführenden Schichten abdichtet. Die mobile Bohranlage E202 ist seit dem Jahr 2010 im Einsatz. Die Bauartzulassung für Deutschland erfolgte durch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal Zellerfeld.

Führungen über den Bohrplatz

Um den Ampfinger Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Bild von der Probeförderung in Ampfing zu machen, lud die RAG dazu ein, an diversen Führungen über den Bohrplatz teilzunehmen. Über 220 Bürger nahmen das Angebot gerne und interessiert an.

Nunmehr wird die Bohranlage vollständig abgebaut. Ab voraus-

sichtlich Ende April erfolgt die Probeförderung. Hierfür wird auf dem Bohrgelände ein Pumpenbock installiert. Die Probeförderung erlaubt Rückschlüsse auf die Ergiebigkeit des Ölvorkommens. Über einen Zeitraum von ca. fünf Monaten werden die Förderraten gemessen und ausgewertet, um die Wirtschaftlichkeit einer dauerhaften Förderung zu prüfen.

Für die zweite Jahreshälfte 2016 sind seismische Untersuchungen geplant. Mit modernsten technischen Methoden wird dabei das Messgebiet „abgehört“. Die seismischen Messungen dienen zur Verifizierung des Lagerstättenmodells und werden unter strikter Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben durchgeführt.

Seismische Messungen

Bei diesen Messungen erstellt die RAG in bis zu sechs Kilometern Tiefe ein dreidimensionales Bild des Untergrundes. Spezielle Vibrationsfahrzeuge senden Signale in den Erdboden, die von den geologischen Schichten je nach Zusammensetzung reflektiert werden. Daraus lassen sich laut RAG Rückschlüsse auf Ölvorkommen wie Geothermiemöglichkeiten ableiten.

Bei Fündigkeit der Bohrung wird die Bohrlotation zu einem Sonderplatz zurückgebaut. Nun beginnt die Förderung des Hightech-Rohstoffs Erdöl. Nach Beendigung der Förderung erfolgt die vollständige Renaturierung des Geländes.

Alle behördlichen Auflagen, die im Zuge eines Genehmigungsverfahrens angeordnet werden, sind für die RAG selbstverständlich bindend. Darüber hinaus informiert das Unternehmen auch weiterhin alle Entscheider der Gemeinden und die Bürger umfassend und zeitnah über die nächsten Schritte. **DK**



Transparent, effizient, wirtschaftlich.
Energiedaten-Monitoring
und Energieaudit für Kommunen.

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner – ebenso für das aktuelle Thema Energieaudit. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ und die Energieaudit-Durchführung bieten wir ganzheitliche Lösungen für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-521 oder per E-Mail unter kems@esb.de.

www.esb.de/kems

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Donau-Kraftwerke im Schnell-Check:

Durchgängigkeitslösungen für aquatische Lebensformen

GZ-Interview mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich

Die Donau ist ein Fluss mit europaweiter Bedeutung und den meisten, zum Teil bedrohten Fischarten Deutschlands. Wie es um den Stand der Umsetzung von Durchgängigkeitslösungen für aquatische Lebensformen allgemein an den von der Donau-Wasserkraft AG betriebenen Donau-Kraftwerken bestellt ist bzw. welche Planungen dort anstehen, darüber informierte RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Herr Dr. Schleich, die Donau-Wasserkraft AG (DWK), an der die Rhein-Main-Donau AG zu 99,25 Prozent beteiligt ist, investiert hohe Beträge in Maßnahmen zur ökologischen Durchgängigkeit der Donau. Welches Projekt ist aktuell in Arbeit?

Schleich: Ende Oktober 2015 haben am Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Arbeiten zum Bau einer kombinierten technisch-natürlichen Fischaufstiegsanlage begonnen. Diese Maßnahme erfordert Investitionen von rund 2,5 Millionen Euro. Geld, das gut angelegt ist, ist es uns doch ein zentrales Anliegen, Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Mit dem Bau der Anlage in Bertoldsheim kommen wir diesem Ziel wieder ein Stück näher. Dankbar sind wir für den konstruktiven Dialog zwischen der Fischerei, der RMD als Eigentümer und der Uniper Kraftwerke als Betreiber der DWK-Anlagen, ohne den ein solches Projekt nicht zu stemmen wäre.

GZ: Wie ist die Anlage ausgelegt?

Schleich: Die Fischaufstiegsanlage am Donaukraftwerk Bertoldsheim umfasst eine Gesamtstrecke von 1.150 Meter, die am Nordufer der Donau um das Kraftwerk herumgeführt wird. Auf dieser Distanz werden in fünf unterschiedlich gestalteten Bauabschnitten insgesamt bis zu 7,20 Meter Höhenunterschied

für Fische passierbar gemacht.

GZ: Wie wird das Problem gelöst, dass die Anlage trotz unterschiedlicher Stauhöhen am Stausee funktioniert und das Wasser aus der Donau nicht unkontrolliert abfließt?

Schleich: Die Verbindungsbauwerke zwischen Stauraum



Dr. Albrecht Schleich. □

und Fischaufstiegsanlage werden so geplant und technisch mit Verschlüssen so ausgestattet, dass die Dotierung der Fischaufstiegsanlage mit Wasser entsprechend den Genehmigungsaufgaben sichergestellt ist.

GZ: Welche Fischarten werden davon profitieren?

Schleich: Die Auslegungsgröße der Fischaufstiegsanlage orientiert sich am „Donau-Lachs“, dem Huchen. Grundsätzlich profitieren alle flussaufwärts wandernden Fischarten. Deswegen ist der Einstieg in das Umgebungsgewässer

ca. 500 Meter unterhalb des Kraftwerks vorgesehen. Dieser wird durch ein rund 120 Meter langes Raugerinne mit 20 versetzten, naturnah gestalteten Becken mit einem bestehenden Entwässerungsgraben verbunden.

GZ: Wie gestalten sich die Ausstiegsvorkehrungen?

Schleich: Das Ausstiegsbauwerk liegt rund 150 Meter oberhalb des Kraftwerks und wird mit einem 210 Meter langen Raugerinne mit 39 versetzten Becken an den Entwässerungsgraben angebunden.

Das aufwändige Ausstiegsbauwerk wird als wirkungsvoller „Vertical Slot“-Fischpass, das heißt als ein Schlitzpass aus 20 Schlitzwänden und 19 versetzt angeordneten Betonbecken errichtet, so dass die wandernden Fische den Höhenunterschied von bis zu 1,80 Meter (je nach Wasserstand im Stauraum) gefahrlos und bequem überwinden können. Trotz der unterschiedlichen Wasserstände in der Stauhaltung wird voll automatisch sichergestellt, dass die Fischaufstiegsanlage immer mit einer Wassermenge von durchschnittlich 500 Liter pro Sekunde versorgt wird. Diese Wassermenge ist notwendig, damit die Fische problemlos den Aufstieg durchwandern können.

GZ: Erhält die Donau-Wasserkraft AG eine Vergütung durch das EEG?

Schleich: Nein.

GZ: Welche Stellen wurden in die Planungen miteinbezogen und wann wird das Bauwerk fertiggestellt sein?

Schleich: Beteiligt waren das Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, das Wasserwirt-

GZ: Wie werden die Fische stromabwärts von den Turbinen ferngehalten?

Schleich: Je nach Größe der Fische bieten die Rechenanlagen vor den Turbinen Schutz, aber sicher muss noch intensiv Forschung und Entwicklung betrieben werden, um die Fischwanderung flussabwärts zu optimieren.

GZ: Gibt es verlässliche oder geschätzte Zahlen, wie viele Fische durch die Turbinen getötet werden?

Schleich: Die Schätzungen

hängen davon ab, um welche Fische und Turbinentypen es sich handelt. Um den Fischbestand sicherzustellen, werden an den Wasserkraftwerken entsprechende Strukturmaßnahmen ergriffen. Der Aal ist aufgrund seiner länglichen Gestalt besonders gefährdet. Deshalb hat die RMD am Main ein umfangreiches Aalschutzmanagement eingeführt, das laufend optimiert wird, um den Tieren die Wanderung zu ihren Laichgründen in der Sargassosee zu ermöglichen.

GZ: Werden die Fischereivereine für die Verluste entschädigt?

Schleich: Ja, sie erhalten eine angemessene Entschädigung.

GZ: Welche rechtlichen Vorgaben stehen hinter der Maßnahme?

Schleich: Dahinter stehen die Europäische Wasserrahmenrichtlinie EU-WRRL und das Deutsche Wasserhaushaltsgesetz WHG, die bestimmen, dass z. B. der Eigentümer der Wasserkraftwerke die entsprechenden ökologischen Maßnahmen umzusetzen und zu finanzieren hat.

GZ: Welche Stellen wurden in die Planungen miteinbezogen und wann wird das Bauwerk fertiggestellt sein?

Schleich: Beteiligt waren das Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, das Wasserwirt-

schaftsamt Ingolstadt, die Fischereifachberatung für Oberbayern sowie der Fischereiverein Neuburg und die Standortgemeinde Rennertshofen. Mit der Fertigstellung rechnen wir in der zweiten Jahreshälfte 2016.

GZ: Wie stellt sich die Situation an den anderen DWK-Kraftwerken zwischen Bertoldsheim und Vohburg dar?

Schleich: Durch eine hochmoderne Fischaufstiegsanlage ist das Bahnstromkraftwerk Ingolstadt seit 2015 durchgängig. Die davon östlich liegende Kraftwerksanlage Vohburg wurde schon beim Bau in den 1990er Jahren ökologisch so optimiert, dass hier die Fischdurchgängigkeit sichergestellt wurde. Für das Kraftwerk Bergheim westlich von Ingolstadt gilt dies seit Oktober 2011, während am Kraftwerk Bittenbrunn, das zwischen Bertoldsheim und Bergheim liegt, der Bau der Fischaufstiegsanlage im Zuge der Umsetzung der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen in den Jahren 2018 und 2019 erfolgen soll.

GZ: Wie lange ist der Abschnitt, der nun durchgängig ist?

Schleich: An unseren Kraftwerken an der Donau gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz Hand in Hand, so dass wir derzeit schon eine fischdurchgängige Strecke von fast 130 Flusskilometern zwischen dem südöstlich von Regensburg

gelegenen Kraftwerk Geisling und dem Kraftwerk Bittenbrunn bei Neuburg erreicht haben. Vom Kraftwerk Geisling flussabwärts bis zur österreichischen Grenze mit dem Stauraum des Kraftwerks Jochenstein kommen weitere 150 fischdurchgängige Flusskilometer hinzu. Und an der oberen Donau werden nach der Inbetriebnahme der Fischumgehung Bertoldsheim weitere knapp 22 Flusskilometer bis zum Kraftwerk Donauwörth hinzukommen.

GZ: Wie sehen die weiteren Planungen aus?

Schleich: Für die zehn Donaukraftwerke an der bayerischen Donau von Donauwörth bis Oberelchingen bei Ulm laufen Planungen für die Herstellung der Durchgängigkeit. Vorstudien mit Variantenprüfungen sind in Vorbereitung beziehungsweise in Planung. Die Umsetzungsreihenfolge wird sich aus dem Planungs- und Genehmigungsaufwand sowie der fischereioökologischen Priorisierung ergeben. Gleiches gilt an den Lechkraftwerken der RMD, sprich am Unteren Lech zwischen Ellgau und Feldheim.

Ziel ist es letztendlich, die vollständige Durchgängigkeit für aquatische Lebensformen an der bayerischen Donau und am Lech zu erreichen. Dazu bedarf es aber noch erheblicher finanzieller Mittel im zweistelligen Millionen-Eurobereich. **DK**

Plädoyer für neues Strommarktdesign

VERBUND-Vorstandsvorsitzender Anzengruber zu Gast beim WBU

„Deutschlands Energiepolitik - die Sicht von außen“ lautete das Thema einer Sitzung des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik des Wirtschaftsbeirats Bayern in München. Als Referenten fungierten Prof. Dr. Friedberg Pflüger, Staatssekretär a.D., Direktor, European Center for Energy and Resource Security, Kings College London, Geschäftsführender Gesellschafter, Pflüger International GmbH und Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender VERBUND AG, Wien.

„Das erneuerbare Energiezeitalter hat begonnen“, führte Wolfgang Anzengruber aus. Das Klimaschutz-Abkommen von Paris stelle den neuen weltweiten Rahmen für eine erneuerbare Energiezukunft dar. 2014 seien bereits 270 Mrd. US-Dollar in erneuerbare Energien investiert worden. Bei neu installierten Stromerzeugungskapazitäten habe ihr Anteil erstmals knapp 50 % betragen - Tendenz weiter steigend. 112 Mrd. US-Dollar seien für die Förderung für erneuerbare Energiequellen im Stromsektor aufgewendet worden, 500 Mrd. US-Dollar betragen die Subventionen für fossile Energieträger.

„Stark sinkende Erzeugungskosten bei erneuerbaren Energien erhöhen zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit“, so der VERBUND-Vorstand; jedoch gebe es aufgrund des aktuellen Marktpreises keine Investitionsanreize. Zudem wies Anzengruber darauf hin, dass die digitale Transformation Europa und die Energiewirtschaft vor enorme Herausforderungen stelle. Laut PWC Studie aus dem Jahr 2014 werden im Jahr 2020 über 80 % der Industrieunternehmen ihre Wertschöpfungskette digitalisiert haben.

Mit Blick auf die Energiepolitik Deutschlands verwies Anzengruber darauf, dass die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 30 % die bedeutendste Energiequelle in der Stromerzeugung in Deutschland sind. Sie produzierten nun bereits mehr Strom als die Kernenergie in ihren Höchstzeiten. Staatliche Steuern, Abgaben und Umlagen charakterisierte der Vorstandsvorsitzende als wesentliche Treiber der Strompreisentwicklung. Börse-Strompreise befänden sich weiter in freiem Fall: In den vergangenen fünf Jahren

sei ein Preisrückgang um über 50 % zu verzeichnen gewesen. Am Terminmarkt werde Strom für die nächsten Jahre bereits unter 25 Euro/MWh gehandelt.

Anzengruber: „Die Börse-Strompreise nähern sich den Werten von vor 15 Jahren. Preisbestimmend werden zunehmend erneuerbare mit Grenzkosten nahe Null. Dadurch werden die für die Versorgungssicherheit notwendigen Kraftwerke mit gesicherter Leistung unwirtschaftlich. Erforderliche Investitionen bleiben aus.“ Dem VERBUND-Vorstand zufolge erfordert die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien im Zentrum einen regulatorischen Rahmen, der einen funktionierenden Preisbildungsmechanismus am Markt ermöglicht - zur kosteneffizienten Erreichung der energiepolitischen Ziele.

Seit 1950 bestehe eine enge Kooperation zwischen Deutschland und Österreich im Strombereich, seit 2001 gebe es die gemeinsame Strompreiszone. Diese Gebotszone sei von großem volkswirtschaftlichen Nutzen, unterstrich der Vorstandsvorsitzende. Eine willkürliche Trennung dieser funktionierenden Preiszone, wie von ACER, der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden, empfohlen, wäre ökonomisch ineffizient, teuer und widerspräche den EU-Zielen sowie bestehenden EU-Recht.

Nach Anzengrubers Worten belegen Studien, dass es an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich - entgegen den Ausführungen von ACER - keinen Engpass gibt. Die Grenze Deutschland/Österreich sei physisch nicht überlastet. Tatsächlich lag die physische Auslastung bei einer Kapazität von rund 11.000 MW in den vergangenen

Jahren selten über 4.000 MW.

Nach geltendem EU-Recht sei das Verschieben von Engpässen an Ländergrenzen untersagt, sofern dies nicht technisch begründet ist und nicht gelindere Maßnahmen zur Beseitigung möglich sind. Der Engpass müsse dort beseitigt werden, wo er auch tatsächlich physisch auftritt. Eine künstliche Trennung der bisher einheitlichen deutsch-österreichischen Preiszone wäre nach Anzengrubers Überzeugung hingegen ein massiver Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit regulatorischer Eingriffe, auf dem das gesamte europäische Energierecht beruht.

Aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Netzausbaus komme es vielmehr innerhalb von Deutschland zu temporären Netzbelastungen. Um den Zeitraum bis zur Umsetzung des geplanten innerdeutschen Netzausbaus zu überbrücken und die aktuelle Netzsituation zu entspannen, sei die grenzüberschreitende Nutzung von flexiblen Erzeugungskapazitäten in Form einer Reserve die effizienteste und kostengünstigste Lösung.

Anzengrubers Fazit: „Der Strommarkt der Zukunft benötigt einen neuen Ordnungsrahmen, um den Herausforderungen - Dekarbonisierung, erneuerbare Energien im Zentrum, Digitalisierung, Versorgungssicherheit, Leistbarkeit gerecht zu werden.“ Deutschland habe einen zukunftsweisenden Weg begonnen. „Jetzt, in der zweiten Halbzeit der Energieerzeugung, gewinnen Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung der Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts, die Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung sowie die Sicherstellung einer kosteneffizienten Ziel-Erreichung an Bedeutung.“ Der VERBUND setze sich für ein neues Strommarktdesign mit den Eckpunkten funktionierender CO₂-Emissionshandel, Optimierung des „Energy-Only-Marktes“ und Intensivierung des Netzausbaus im gemeinsamen Strommarkt zwischen Deutschland und Österreich ein. **DK**

Möglichkeiten ausschöpfen!

EUROSOLAR-Grundsatzpapier zur kleinen und mittleren Wasserkraft

EUROSOLAR, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, hat ein Grundsatzpapier zum Thema Wasserkraftnutzung mit Hilfe kleiner und mittlerer Anlagen veröffentlicht. Der Vorstand der deutschen Sektion von EUROSOLAR will mit dieser „energie- und umweltfachlichen Einschätzung“ den Weg zur Vereinbarkeit von nachhaltiger Wasserkraftnutzung und Gewässerökologie und der Energiewende aufzeigen.

Die Nutzung der Wasserkraft leistet neben Windkraft-, Solar- und Biomasse-Anlagen einen wichtigen Beitrag zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Ein wesentlicher Vorteil ist, dass sie in Teillastbereichen regelbar ist und damit - wie Biogas und Speicher - als Flexibilitätsoption zu einer sicheren Energieversorgung beitragen kann.

Laut EUROSOLAR wirken dezentrale kleine Wasserkraftwerke positiv und sind daher zu fördern. Sie sind geeignet, Wasserhaushalt und Stoffströme ihrer Einzugsgebiete regelnd zu gestalten und damit die Naturfunktionen in integrativer Weise zu steigern. Bei intelligenter (raum- und zeitphasenangepasster) Gestaltung kann die Strukturvielfalt sogar erhöht werden und die Durchgängigkeit weitgehend erhalten bleiben.

EUROSOLAR stellt daher an die Bundesregierung, alle im Europäischen Parlament und Bundestag vertretenen Parteien und die Vertreter des Bundesrates folgende Forderungen auf:

• Vorrang, mindestens jedoch Gleichrang der Wasserkraft mit dem Naturschutz in der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie und im deutschen Wasser-

haushaltsgesetz zu schaffen.

• Grundsätzlich Genehmigungen für Wasserkraftwerke zu erteilen; als Sofortmaßnahme wenigstens an den bestehenden Querbauwerken. Bis 2030 ist eine Verdopplung der Kapazitäten von derzeit rund 7.500 Anlagen auf 15.000 Anlagen mit mindestens 10.000 MW anzustreben.

• Fischauf- und -abstiegsanlagen zumindest bei Kleinanlagen nur in Ausnahmefällen zu fordern.

• Auf die Gleichbehandlung von Fischen mit Landtieren im Tierschutz- und Naturschutzgesetz zu drängen.

• Die verstärkt für den Hochwasserschutz ausgewiesenen Überschwemmungsflächen zur Förderung der Selbstreproduktion regelmäßig überfluten zu lassen und ein mindestens dreijähriges Aalfangmoratorium zu verhängen.

• Die erheblichen Mindestwasseranforderungen auf ein gesamtökologisch sinnvolles Maß zu reduzieren und bundesweit zu vereinheitlichen.

• Für Neubauten bundesweit technische und ökologische Ausführungsbestimmungen festzulegen (TA Wasserkraft). Dies wird dazu beitragen, langwierige Ge-

nehmungsverfahren und gerichtliche Auseinandersetzungen abzukürzen.

• Objektive Forschungsbemühungen zu verstärken, insbesondere im Bereich der Anlagen- und Standortoptimierung, der Technikfolgeabschätzung, der Hydrobiologie und dem Gewässer- und Fischschutz autochthoner Arten.

Fazit: Wasserkraft sollte Vorrang vor Naturschutz haben, weil Klimaschutz die Voraussetzung für Naturschutz ist. Klimaschutz muss zum höchsten Ziel politischen Handelns werden. EUROSOLAR verfolgt pragmatisch das Ziel, mehr und effizientere Wasserkraftwerke zu bauen und gleichzeitig der Flora und Fauna und damit auch den naturverbundenen Fischern zu helfen.

Die dezentrale Energiewende entspricht dem Wunsch der gesellschaftlichen Mehrheit, sichert die Zukunft unserer innovativen Wirtschaft, führt weg von überkommenen und teuren Oligopol der großen Stromkonzerne zu einer marktwirtschaftlich organisierten Energiewirtschaft und schafft hunderttausende neue Arbeitsplätze sowie eine bezahlbare, sichere und moderne Energieversorgung. EUROSOLAR zufolge „ist die Wasserkraft nicht nur unerlässlich und im Einklang mit der Natur. Die Möglichkeiten der Wasserkraft sind noch nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft.“ **KI**



Per Schwertransport trafen die beiden neuen Transformatoren für das Umspannwerk Altdorf ein. □

Neuried:

Bayernwerk gewinnt Erdgaskonzession

Gemeinde hat sich nach Vergabeverfahren für Bayernwerk als neuen Gasnetzbetreiber entschieden

Die Entscheidung über den künftigen Betreiber des Erdgasnetzes in Neuried ist gefallen. Im Wettbewerb mit den Stadtwerken München (SWM) als bisherigem Gasnetzbetreiber hat sich das Bayernwerk durchgesetzt. Mit großer Mehrheit hat sich der Neurieder Gemeinderat für den neuen Netzbetreiber ausgesprochen und entschieden, mit dem Bayernwerk eine zehnjährige Partnerschaft einzugehen.

Die Entscheidung war eindeutig. Die große Mehrheit der Neurieder Gemeinderäte hat sich nach einem rund achtmonatigen Vergabeverfahren für das Bayernwerk als neuen Netzbetreiber ausgesprochen. Das Vergabeverfahren in der rund 8.500 Einwohner zählenden Gemeinde wurde durch den kommunalen Prüfungsverband geführt. Ausschlaggebend für die Entscheidung zu Gunsten des Bayernwerks waren unter anderem die Netzentgelte des Bayernwerks, die spürbar unterhalb der durch die SWM Infrastruktur Region GmbH angebotenen Netzentgelten liegen. Weiterhin konnte das Bayernwerk vor allem bei der Verbrauchereffizienz punkten. Der zu unterzeichnende Konzessionsvertrag sieht eine Laufzeit von zehn Jahren vor.

Mit der Entscheidung des Gemeinderats wird das Bayernwerk das rund 40 Kilometer lange Erdgasnetz Neurieds übernehmen und die knapp 1.100 Hausanschlüsse und 75 Gewerbebetriebe infrastruktural-

seitig versorgen. Der jährliche Gasabsatz liegt bei rund 5,3 Millionen Kilowattstunden.

Das Bayernwerk ist einer der großen bayerischen Gasnetzbetreiber. Das Gebiet des Erdgasnetzes des Bayernwerks umfasst bislang ausschließlich Nord- und Ostbayern. „Mit dem Gewinn der Neurieder Gaskonzession übernehmen wir erstmals ein Erdgasnetz in Oberbayern. Wir haben uns dazu entschieden, unsere jahrzehntelangen Erfahrungen und unsere Kompetenz im Erdgasnetzbetrieb auch gezielt in Oberbayern einzusetzen. Der Erfolg in Neuried gibt uns Recht. Wir werden uns in Zukunft vermehrt um oberbayerische Gaskonzessionen bewerben“, erklärte Ursula Jekelius, die für die Kommunen und Kooperationen in Oberbayern verantwortliche Leiterin des Bayernwerks.

Man werde nun im Einvernehmen mit der Gemeinde Neuried zügig die Vorbereitung zur Netzübergabe angehen. Ursula Jekelius: „Wir freuen uns sehr auf die kommende partnerschaftliche Zusammenarbeit.“ □

Klima- und Energieagentur Bamberg:

Großes Interesse am Symposium zur „Geothermie“

Die lokale Energieerzeugung und alternative Energieversorgung aus erneuerbarer Energie gewinnt angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger und der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende immer mehr an Bedeutung. Die Energiewende setzt sich aus drei Bausteinen zusammen - der Stromwende, der Mobilität und der Wärmewende. In Zukunft gehen Experten von einem deutlichen Wachstum der Erdwärmenutzung aus.

Die Geothermie wird im Zusammenspiel mit den anderen Erneuerbaren Energien ihren Beitrag zur Substitution in der Wärme- und Stromversorgung von den fossilen Energieträgern (Kohle, Öl und Gas) leisten. Sie stand im Mittelpunkt des Symposiums „Geothermie - Wärme aus der Erde“, das die Klima- und Energieagentur Bamberg in Burgebrach abhielt.

In Deutschland wird rund die Hälfte der Endenergie als Prozess- und Raumwärme verbraucht, etwa ein Drittel als Kraftstoff und ein Fünftel als elektrischer Strom. Die größte Herausforderung bei der Umsetzung der Energiewende liegt im Wärmebereich. Die in diesem Bereich verbrauchten Energien betragen rund 50 % des ge-

samten Energieverbrauches. Die Geothermie kann hier insbesondere bei Neubauten und unter der Voraussetzung von Flächenheizungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Angeregte Diskussion

Nach der Begrüßung durch Landrat Johann Kalb haben 135 Interessierte die Möglichkeit genutzt, sich in der Steigerwaldhalle über das Thema Geothermie zu informieren und angeregt zu diskutieren. Fünf Vorträge zu den Themen „Erdwärme - die Energieversorgung von morgen?“, „Erdwärme, ein sinnvoller Beitrag zur Energiewende - Planung und Projektumsetzung“, „Heizen und Kühlen mit Oberflächennaher Erdwärme“, „Strom und Wär-

Bayernwerk:

Neues Umspannwerk in Altdorf erhält Herzstück

Zwei Trafos mit 128 Tonnen Gewicht angeliefert

Altdorf/Landshut. Der Bayernwerk-Standort in Altdorf bei Landshut ist ein wichtiger Netzknoten für die regionale Stromversorgung. Nun erfordert die regenerative Einspeisung in der Region höhere Netzkapazitäten. Das Bayernwerk reagiert darauf mit dem Neubau des Altdorfer Umspannwerks. Jetzt wurde mit zwei schwergewichtigen Trafos das „Doppelherz“ des Umspannwerks angeliefert.

Über 2600 EEG-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 46 Megawatt speisen in den Stromkreis ein, der über das Altdorfer Umspannwerk des Bayernwerks versorgt wird. Oftmals übersteigt die regenerative Stromeinspeisung in der Region den zeitgleichen Strombedarf. Wie an vielen Orten in Bayern sind dann Umspannwerkskapazitäten erforderlich, die den überschüssigen Strom von der Mittelspannungsebene auf die Hochspannungsebene transportieren und dort überregional verteilen.

60 % regenerative Energie im Bayernwerk-Netz

„In den letzten Jahren erleben wir eine fulminante Entwicklung bei der dezentralen Einspeisung, insbesondere aus Photovoltaik. Heute speisen rund 260.000 dezentrale Erzeugungsanlagen in unser Netz ein. Diese Anlagen haben in Summe eine Leistung von rund 8.900 Megawatt, 5.300 Megawatt davon entfallen auf Photovoltaik“, erklärte Manfred Westermeier, Leiter der Netzdienste des Bayernwerks.

Die Leistung der regenerativen Anlagen im Bayernwerk-Netz entspreche der Leistung von bis zu zehn konventionellen Großkraftwerken. „Dadurch transportieren wir im Bayernwerk-Netz heute schon zu 60 Prozent ausschließlich regenerative Energie“, erläutert Manfred Westermeier.

Intensiver Netzausbau

Um die hierfür erforderlichen Netzkapazitäten bereit zu stellen und die Zuverlässigkeit der Infrastruktur zu gewährleisten, baut das Bayernwerk sein Netz in allen Regionen intensiv aus. „Hierfür wenden wir in diesem Jahr rund 560 Millionen Euro auf“, betonte der Netzdienstleiter. Eine herausragende Bedeutung beim Netzausbau haben laut Westermeier die Umspannwerke. „Der Neubau und die Erweiterung der Kapazitäten dieser Anlagen steht ganz oben auf der Agenda“, so Westermeier. Im Netzcenter Altdorf steht nun ein Neubau an, der das bisherige Umspannwerk ersetzt. Die Kosten für den Bau des Umspannwerks betragen rund sieben Millionen Euro.

Bedeutender Standort

Westermeier: „Altdorf ist ein bedeutender Bayernwerk-Standort. Hier findet die Planung und die Projektierung für den regionalen Netzbau statt und hier ist mit dem Umspannwerk eine zentrale Schnittstelle für das regionale Stromnetz.“

Vor kurzem trafen nun per Schwertransport die beiden neuen Transformatoren für das Umspannwerk ein. Der Größere von beiden hat ein Gewicht von rund 71 Tonnen. Rund 57 Tonnen wiegt der zweite Transformator.

Beide wurden mit einem Schienensystem an ihren technischen Bestimmungsort versetzt. „Interessant ist unser Umspannwerk auch im Hinblick auf die Einhausung. Das ist ein ganz moderner Standard, der hier zur Anwendung kommt. Da das Umspannwerk in städtischer Umgebung und in direkter Nachbarschaft zu unserem Netzcenter-Gebäude liegt, haben wir uns zu dieser Bauweise entschieden“, erklärte Westermeier. Das Umspannwerk Altdorf ist zwischen den Umspannwerken Altheim und Pfrombach in die 110-kV-Freileitung eingebunden. Es versorgt ganz oder teilweise das Gemeindegebiet Altdorf, Bruckberg, Eching, Ergolding, Furth, Gammelsdorf, Hohenthann, Hörgertshausen, Mauern, Obersüßbach, Tiefenbach, Volkenschwand, Weihmichl und ein westliches Randgebiet der Stadt Landshut. Westermeier: „Mit dem neuen Umspannwerk werden wir dem wachsenden Strombedarf in der Region gerecht und schaffen die erforderlichen Kapazitäten für die Energiezukunft der Region.“ □

Neue Broschüre der Allianz Umweltstiftung:

Informationen zum Thema Erneuerbare Energien

Die Energiewende sorgt seit Jahren für Diskussionen. Doch was genau beinhaltet sie? Ist eine Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Quellen realistisch? Welche Energieformen kommen dafür in Frage? Und können Sie eine ausreichende Energieversorgung gewährleisten? Eine neue Broschüre der Allianz Umweltstiftung gibt Antworten auf diese und viele andere Fragen. Sie kann ab sofort kostenlos bei der Stiftung bestellt oder heruntergeladen werden.

Klimaschutz und Energiewende

Im Dezember 2015 hat sich die Weltgemeinschaft auf der Klimakonferenz in Paris darauf geeinigt, die Erderwärmung bis 2100 auf unter 2 °C zu begrenzen. Dazu soll der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduziert werden, was einen Abschied von den fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas unausweichlich macht. In Deutschland wurde mit der Energiewende bereits 2014 ein grundlegender Umbau der Energieversorgung in Richtung der erneuerbaren Energien beschlossen. Sonne, Wind und Wasser werden bei der weltweiten und deutschen Energieversorgung zukünftig also eine noch größere Rolle spielen als bisher.

Energie-Infos in Text und Bild

Auf 44 Seiten erläutert die Publikation in Text und Bild zunächst den aktuellen Stand der weltweiten Energieversorgung. Welche erneuerbaren Energiequellen zu einem Umsteuern zur Verfügung stehen, wie sie genutzt werden und welche Potenziale sie jeweils besitzen, stellt den Schwerpunkt der Broschüre dar. Schließlich wird aufgezeigt, wie Experten die Energiewende in Deutschland umsetzen wollen. Eine CD mit erläuternden Abbildungen und Grafiken ergänzt die Broschüre.

Die Handreichung „Informationen zum Thema Erneuerbare Energien: Hintergründe, Fakten und Perspektiven“ setzt die Publikationsreihe „Wissen“ der Allianz Umweltstiftung fort, die fachlich fundiert, aber nicht wertend, über verschiedene Umweltthemen informiert. Bisher sind in dieser Reihe die Broschüren „Wasser“ (vergriffen, als Download verfügbar), „Tropenwald“ (vergriffen, als Download verfügbar), „Sonnenenergie für Schulen“ (vergriffen, als Download verfügbar), „Klima“, „Klimaschutz“, „Klimaschutz an Schulen“ und „Hochwasser“ erschienen. □



Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger,
Schulen
und Vereine!

Setzen Sie mit Ihrer Idee oder Ihrem Projekt aus den Bereichen Energieeffizienz und Ökologie einen wichtigen Impuls für die Energiezukunft. Bewerben Sie sich mit Ihrer Idee für den Bürgerenergiepreis.

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern, Oberbayern, Unterfranken und der Oberpfalz verliehen.

Weitere Informationen unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Thüga gewinnt Award mit Smart Home-App „daheim“

Thüga-App überzeugt bei Nutzerfreundlichkeit und Geschäftsmodell

Auf der E-world energy & water 2016 ist die Smart Home-App „daheim“ der Thüga Innovationsplattform mit dem „Energy App Award“ im Bereich „Customer Benefit“ ausgezeichnet worden. Unter insgesamt mehr als 60 Einsendern hat die Jury - bestehend aus Vertretern von Google, RWE, conenergy und der WirtschaftsWoche - die Thüga-App ausgewählt.

Bewertungskriterien waren neben der Vielfalt der Anwendungsmöglichkeiten für den Nutzer auch die Frage, ob die App das alltägliche Leben erleichtern kann sowie der Umgang mit Datensicherheit, Leistungsfähigkeit und das Geschäftsmodell hinter der App. „Bei der Thüga-App haben uns besonders der Co-Branding Ansatz sowie die Fürsorgefunktion überzeugt“, begründet Dr. Roman Dudenhausen, Vorstand der conenergy ag und Vorsitzender der Jury, die Entscheidung.

Frühe Positionierung

Seit Sommer 2015 ist das Smart Home-Produkt „daheim“ für die Unternehmen der Thüga-Gruppe verfügbar. Mit der App „daheim“ können Nutzer alle wichtigen Funktionen wie Heizung oder Licht im Haushalt steuern und bleiben informiert über das Wohl von fürsorgebedürftigen Angehörigen. Entwickelt hat das White-Label-Produkt die Thüga Innovationsplattform zusammen mit weiteren Unternehmen der Thüga-Gruppe. Die ES-WE Versorgungs AG, die Mainova AG sowie die RhönEnergie Fulda GmbH haben „daheim“ bereits erfolgreich bei Ihren Kunden eingeführt - weitere Partnerunter-

nehmen stehen vor der Markteinführung. „Eine frühe Positionierung in Wachstumsmärkten wie dem Smart Home-Markt ist essentiell, um sich als kompetenter regionaler Ansprechpartner zu etablieren“, meint Dr. Matthias Cord, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

Neue marktfähige Lösungen

Für Cord sind Innovationen Kernaufgabe der Zukunft: „Uns geht es darum, neue marktfähige Lösungen für die Unternehmen der Thüga-Gruppe zu entwickeln. Wir freuen uns sehr über den Preis. Er zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Zugleich ist er ein Ansporn, weiter gemeinsam mit den Partnerunternehmen nach neuen, attraktiven Geschäftsmodellen zu suchen und so die regionalen Marken zu stärken.“ Vor diesem Hintergrund hat sich Thüga Anfang des Jahres auch am Start-up Unternehmen eness GmbH aus München beteiligt. Eness vertreibt Solaranlagen mit Speicher über Stadtwerke an Endkunden. In 2015 haben eness und Thüga das Produkt „daheim Solar“ entwickelt, das auf hohes Interesse bei den Thüga-Partnerunternehmen gestoßen ist. □

Würmtal Holding GmbH & Co. KG:

Kooperationspartner gesucht

Stadtwerke München bringen sich in Position

Die Würmtal Holding GmbH & Co. KG mit Sitz in Gauting (Landkreis Starnberg) wählt derzeit im Rahmen eines transparenten Verfahrens anhand vorab festgelegter Kriterien einen Kooperationspartner für die Gründung oder Beteiligung an einer gemeinsamen Gesellschaft aus. Die Entscheidung darüber wird demnächst fallen.

Zweck der Kooperation ist insbesondere die Bewerbung um die Stromkonzessionen in den Gemeinden Gauting, Krailling und Planegg (letzte jeweils Landkreis München) mit insgesamt ca. 60.000 Einwohnern, die zur Neugabe anstehen.

Die Würmtal Holding GmbH & Co. KG, deren Gesellschafter die genannten Gemeinden sind, ist Gesellschafter zu 100 % der Regionalwerk Würmtal GmbH & Co. KG, die bisher im Bereich des Stromvertriebs tätig ist. Die Umsetzung des Stromnetzbetriebs soll, sofern sich die gemeinsame Gesellschaft in den Verfahren um die Stromkonzessionen in den Gemeinden Gauting, Krailling und Planegg durchsetzen sollte, im Wege eines sogenannten Pachtmodells durch den Kooperationspartner erfolgen.

Zu den Bewerbern zählen auch die Stadtwerke München. Nach eigenen Angaben verfügen sie über die personelle, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zum Betrieb von Energieversorgungsnetzen. Die SWM stünden seit Jahrzehnten für eine nachhaltige und sichere Versorgung Münchens und vieler Gemeinden mit Energie und Trinkwasser.

Mit den SWM gewinne die Kommune einen berechenbaren und seriösen Partner mit regionaler Verwurzelung und kommunalem Hintergrund. Anders als private Konzerne seien die SWM nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern der Nachhaltigkeit. Ihr Ziel ist, den Nutzen für die Bürger, den Wirtschaftsstandort München und die Re-

gion in Summe zu optimieren.

Die SWM sind das einzige Unternehmen in Bayern, das die gesamte Wertschöpfungskette Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, auch den öffentlichen Personennahverkehr und energie-nahe Dienstleistungen bis hin zur Telekommunikation abdecken kann. In allen Feldern seien Kompetenzen vorhanden, die den Städten und Gemeinden in der Region zur Verfügung gestellt werden können. Zudem könnten die Gemeinden von den Erfahrungen, die auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien gesammelt wurden, profitieren.

Partner der Kommunen

Über Jahrzehnte hinweg hätten sich die SWM bereits als Partner der Kommunen bewiesen. Aktuell sind sie in mehr als 50 Gemeinden im Rahmen von Erdgas- und Stromkonzessionsverträgen für die sichere Energieversorgung verantwortlich. Mit verschiedenen weiteren Kommunen haben die Stadtwerke gemeinsame Gesellschaften zur Wahrung der Daseinsvorsorge im Gemeindegebiet gegründet oder sie übernehmen die Betriebsführung von Anlagen.

Das Regionalwerk Würmtal, Ende März 2012 gegründet, ist ein zu 100 % kommunaler und regionaler Energieversorger. Was also, fragen sich die Stadtwerke München, läge näher als eine Kooperation zwischen Regionalwerk und Kommune? Auf Seiten der SWM ist man jedenfalls gespannt, wie sich die Gemeinden Gauting, Krailling und Planegg entscheiden werden. **DK**



Peter Schleifer (rechts) übergab als Inhaber des gleichnamigen Günzburger Autohauses die Fahrzeugschlüssel an Alois Sporer (Mitte), dem Leiter des Klimaschutzbüros am Landratsamt. Links auf dem Foto ist Helmut Kaumeier von erdgas Schwaben. Bild: erdgas schwaben

Landkreis Günzburg:

Klimafreundlicher Fuhrpark

Die Entscheidung des Landkreises Günzburg, seinen Fuhrpark in 2016 überwiegend mit Erdgasfahrzeugen auszustatten, ist das richtige Signal für mehr Klimaschutz. Der Anteil der mit Strom und Erdgas betriebenen Fahrzeuge wurde von einem Drittel auf drei Viertel erhöht. Statt drei werden nun insgesamt elf mit Erdgas betriebene Fahrzeuge der Kompaktklasse eingesetzt. Die Kreisverwaltung setzt damit das Klimaschutzkonzept des Landkreises um. Hier sollen Einrichtungen des Landkreises durch klimafreundliches Handeln Vorbildfunktion übernehmen.

Für Alois Sporer, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Günzburg sind es mehrere Umweltaspekte, die für die geleasten Erdgasfahrzeuge ausschlaggebend waren: Erdgas-PKW haben eine bessere CO₂-Bilanz als vergleichbare Benzin- oder Dieselfahrzeuge. Außerdem entstehen bei der Verbrennung von Erdgas kaum Rußpartikel-Emissionen, die ebenfalls zur Klimawärmung beitragen. Günstig für den Klimaschutz ist auch die Entscheidung für die Kompaktklasse. Diese reicht für durchschnittliche Nutzerbedürfnisse vollkommen und bietet zudem eine ausreichende Sicherheit.

Landkreis München:

29 Kommunen, ein Ziel

Wie aus der Energievision die Klima- und Energieinitiative wird - Auftaktveranstaltung am 12. März in Haar

29++ Klima. Energie. Initiative: Hinter diesem Projektamen verbirgt sich Großes. Denn nichts Geringeres als die Ausgestaltung einer klimafreundlichen Zukunft ist das Ziel der neuen Kampagne des Landkreises München.

Mit der im Jahr 2006 verabschiedeten Energievision hat der Landkreis München bereits vor knapp zehn Jahren gezeigt, dass er in seinem Wirkungsbereich Verantwortung für seine Klimapolitik übernimmt. Das wirtschaftliche Wachstum jedoch erschwerte die Umsetzung der in der Energievision postulierten Ziele und Ansprüche des Landkreises: Statt wie geplant auf dem Weg zu einer 60-prozentigen Energieeinsparung bis zum Jahr 2050 zu sein, verzeichnete der Landkreis einen Anstieg im Landkreis um 25 Prozent. Bis Ende 2016 soll im Landkreis München deshalb das Projekt 29++ Klima. Energie. Initiative, die bisherige Energievision ablösen.

Name und Logo verdeutlichen, dass die Klima- und Energieinitiative ein Prozess ist, der in allen 29 Landkreiskommunen stattfindet. Mit der Anlehnung des Projektlogos an das Energieeffizienzsymbol wurde bewusst eine Gestaltung gewählt, die einen breiten Öffentlichkeitsbezug hat und die direkt mit dem Thema Energie und Klimaschutz verknüpft ist. Bewusst sieht sich der Landkreis in seiner Anspielung noch nicht auf der höchsten Energieeffizienzklasse – auf das dritte „Plus“ soll ge-

Die Entscheidung des Landkreises, mit der Ausweitung der Erdgasflotte zukünftig noch umweltverträglicher und wirtschaftlicher zu fahren, begrüßte auch Helmut Kaumeier, Kommunalkundenbetreuer von erdgas schwaben: Die weitgehende Umstellung des Fuhrparks auf Erdgas zeige, dass der Landkreis Günzburg bei der Umsetzung seines Klimaschutzkonzeptes hier eine Vorreiterrolle übernimmt. Erdgasbetriebene Autos gelten im laufenden Betrieb außerdem als sehr wirtschaftlich. Dazu tragen der bis Ende 2018 reduzierte Mineralölsteuersatz und die niedrigere Kfz-Steuer bei. **hj**

Thüga Erneuerbare Energien erwirbt 14 Megawatt Windpark

Der 2015 fertiggestellte Windpark nahe Teutschenthal und Wansleben im Landkreis Mansfeld-Südharz umfasst vier Anlagen mit je 3,5 Megawatt (MW) des Anlagenherstellers eno energy GmbH. Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG hat mit dem Kauf dieses Windparks die Chance genutzt, ihr Windparkportfolio um einen neuen Anlagentyp zu erweitern. Das Gesamtportfolio der Gesellschaft ist mit dem Erwerb des neuen Windparks auf 223 MW angestiegen.

Angedacht ist eine strategische Partnerschaft mit eno energy, aus der sich in Zukunft weitere Projekte ergeben könnten. Thüga Erneuerbare Energien Geschäftsführer Thomas Walther: „Wir sehen eine Reihe von Anknüpfungspunkten mit eno energy. Beginnend bei der gemeinsamen Projektentwicklung, über den Einsatz von eno Windanlagen in unseren Projekten bis hin zum Kauf von schlüsselfertigen Windparks.“

Viele Anknüpfungspunkte

Die eno energy GmbH aus Rostock errichtet seit 1999 Windparks in Deutschland und Europa. Sie hat fast 300 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 550 MW realisiert. Seit 2008 produziert das Unternehmen eigene Windenergieanlagen und hat inzwischen circa hundert Maschinen errichtet. „Eines unserer Ziele ist es, kontinuierlich

und gemeinsam mit namhaften Partnern Windparks zu entwickeln – das können wir uns mit der Thüga Erneuerbaren Energien sehr gut vorstellen“, so Karsten Porm, Geschäftsführer der eno energy.

Eigene Projektentwicklung kommt gut voran

In eigener Regie baut die Thüga Erneuerbare Energien derzeit Windparks im mittelhessischen Lingelbach und im baden-württembergischen Kilsheim. In Lingelbach hat die Bauphase begonnen. Dort entsteht ein Windpark mit neun Anlagen des Typs Nordex N117 mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einer Nennleistung von je 2,4 MW. In Kilsheim sind bereits alle fünf Betontürme des gleichen Anlagentyps errichtet worden. Die Arbeiten kommen gut voran, die Inbetriebnahme soll planmäßig im Frühjahr 2016 erfolgen. □

Lohr will ein „Green Hospital“ werden

Bezirkskrankenhaus: Bauausschuss genehmigt eine halbe Million für PV-Anlage

Würzburg. Mehr als eine halbe Million Euro will der Bezirk Unterfranken heuer in Photovoltaikanlagen auf dem Campus des Lohrer Bezirkskrankenhauses investieren. Die Anlagen sollen Strom für den Eigenverbrauch produzieren, hieß es am Donnerstag im Bauausschuss des unterfränkischen Bezirktags. Eine Prüfung ergab laut Ottmar Zipperich, Chef des bezirklichen Baureferats, dass die Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können: „In weniger als zehn Jahren werden sie sich amortisiert haben.“

Auf insgesamt 2.500 Quadratmeter Dachfläche soll die Gesamtanlage errichtet werden. Fünf Häuser, ergab eine Analyse, sind hierfür gut geeignet: Die Häuser 5, 10, 18, 19 sowie Haus Nummer 40. Nachdem der Bauausschuss die Maßnahme einstimmig befürwortet hat, soll das Projekt in den kommenden Tagen ausgeschrieben werden. Die Installation durch die Firma, die den Bauantrag erhält, soll nur wenige Wochen benötigen. Zipperich: „Im Juni könnte die Anlage in Betrieb gehen.“

Auf dem richtigen Weg

Viel Lob für die Maßnahme gab es von der CSU-Fraktion im Bezirkstag. Der Bezirk beschäftigt sich schon seit längerem mit der Frage, welchen Beitrag er zum Klimaschutz leisten kann, erinnerte Fraktionsmitglied Johannes Sitter aus Gemünden: „Die Installation der Photovoltaik-Anlagen ist darum nur folgerichtig.“ Das Lohrer Bezirkskrankenhaus sei mit diesem Projekt auf dem Weg, ein „Green Hospital“ zu werden.

Bayerische Initiative

„Green Hospital“ nennt sich eine Initiative der Bayerischen Staatsregierung. Die fordert die Krankenhäuser im Freistaat auf, ihren Beitrag zu Energiewende zu leisten. Kliniken verbrauchen laut dem Umweltministerium viel Energie, was auch hohe CO₂-Emissionen zur Folge hat. Insgesamt lägen die CO₂-Emissionen eines Krankenhauses um das rund 2,5-fache über denjenigen eines vergleichbaren Bürogebäudes. Schätzungen zufolge könnte allein durch energetische Verbesserungen in bayerischen Kliniken eine Mil-

lion Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Einsparungen in dieser Höhe würden gleichzeitig dazu führen, dass sich die innerbetrieblichen Energiekosten um über 100 Millionen Euro verringern.

Bayernweit gibt es inzwischen 24 „Green Hospital“. Zwei davon befinden sich in Unterfranken. So wurde das Klinikum Aschaffenburg mit seinem Blockheizkraftwerk als „Green Hospital“ ausgezeichnet. Außerdem erhielt die bezirkseigene Klinik am Würzburger Greinberg die Auszeichnung. Wobei es sich hier um ein sehr kleines Krankenhaus handelt. Andere Bezirke investieren bereits erhebliche Mittel in ihre großen BKH, um sie umweltfreundlicher zu machen.

Erhebliche Investitionen

So investierte der Bezirk Oberfranken für sein BKH in Bayreuth 400.000 Euro in intelligente Fassaden- und Fensterkonstruktionen, um Wärme- und Kälteverluste zu verhindern. Das BKH Kaufbeuren (Bezirk Schwaben) erhielt die Auszeichnung „Green Hospital“ für sein Biomasseheizkraftwerk und die dezentrale Warmwasseraufbereitung. Hierdurch werden die Betriebskosten jährlich um rund 350.000 Euro gesenkt, der CO₂-Ausstoß verringert sich um etwa 4.000 Tonnen.

„Noch können wir das BKH Lohr nicht ganz selbst versorgen, aber auch wir sind auf einem guten Weg“, kommentierte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel. Mit der neuen PV-Anlage werde ein Anfang gemacht: „Wobei wir noch lange nicht am Ende sind.“ **Pat Christ**

Elektroautos intelligent laden

In der Energiewende kommt der Elektromobilität eine Schlüsselrolle zu, denn Elektroautos sind nicht nur leise und umweltfreundlich – sie können auch als mobile Speicher dienen und zur Stabilisierung der Stromnetze beitragen. Das Projekt ePlanB will mit einem intelligenten Lademanagement die Energiezukunft auf die Straße bringen.

Bis 2021 soll die Hälfte des Stroms in Bayern aus erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windkraft erzeugt werden. Doch reicht der Ausbau der neuen Energiequellen für eine erfolgreiche Energiewende alleine nicht aus. Der Ausgleich von wetterbedingten Schwankungen der Erzeugung aus erneuerbaren Energien ist eine der zentralen Herausforderungen der Energiewende. Auf dem Weg in die Energiezukunft müssen deshalb neue Technologien entwickelt und umgesetzt werden. LEW hat dazu eine Reihe von Pilotprojekten aufgelegt, um zu untersuchen, welche Technik sich für den Einsatz in der Praxis bewährt.

Mobile Speicher

Elektrofahrzeuge sind nicht nur leise und umweltfreundlich – sie können auch als mobile Speicher dienen und damit in Zukunft auch zur Stabilisierung der Stromnetze beitragen. Und sie eignen sich ideal für Pendler, weil deren Fahrzeuge meist länger parken als fahren und viel Spielraum für ein flexibles Laden bieten. Im Idealfall wird das Fahrzeug dann geladen, wenn gerade viel Strom aus Photovoltaikanlagen erzeugt wird.

ePlanB: Elektromobilität als umweltfreundliche Alternative

Gemeinsam mit der Stadt Buchloe, dem Landkreis Ostallgäu und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) untersuchen die Lechwerke (LEW) im Forschungsprojekt ePlanB, wie das am besten und ohne Komfortverlust gelingt. „e“ steht für Elektromobilität, „B“ für den Versuchsort: das Park&Ride-Gelände in Buchloe. Buchloe, das Tor zum Allgäu, ist mit zahlreichen Pendlern aus einem großen Einzugsgebiet ein idealer Standort für das Forschungsvorhaben. Mehr als 500 Pendler stellen täglich ihr Auto auf dem Park&Ride-Platz am Bahnhof ab und fahren mit der Bahn weiter.

Ziel des Projekts ist, ein intelligentes Lademanagement zu entwickeln. Die Batterien von geparkten Elektroautos sollen dann laden, wenn viel Strom

aus heimischen erneuerbaren Energiequellen eingespeist wird. Dabei sollen die Netzinfrastrukturen möglichst effizient genutzt werden. Zugleich sollen Pendler stärker für das Thema Elektromobilität sensibilisiert werden.

Praxistest mit 56 Pendlern

Im Frühjahr 2015 startete der zweijährige Praxistest: Insgesamt 56 Pendler erhalten Elektroautos, mit denen sie jeweils sechs Monate lang klimafreundlich pendeln. Tagsüber laden die Autos am Park&Ride-Platz am Bahnhof in Buchloe, abends fahren die Pendler mit voller Batterie wieder nach Hause. Dazu hat LEW eine Ladeinfrastruktur aus acht Ladesäulen mit insgesamt 16 Ladepunkten errichtet. Zum Einsatz kommen Fahrzeuge der Typen BMW i3, Mitsubishi i-MiEV, Nissan Leaf, Renault Zoe, Smart fortwo ed, und VW E-Golf. Sie wurden bei Autohäusern aus der Region beschafft und haben Reichweiten zwischen 140 und 210 Kilometern.

Geeignete Teilnehmer wurden auf Basis einer Befragung und anschließender Fahrprofilanalyse ausgewählt. Entscheidende Kriterien waren vor allem die Pendelhäufigkeit und eine möglichst hohe Pendeldistanz, um die zu ladende Energiemenge zu erhöhen. Nach Auswertung der Fahrprofile wurden die Teilnehmer für die ersten beiden Feldtestphasen ausgewählt.

Fahr- und Ladeverhalten

In der ersten Phase – von März bis September 2015 – wurden die Autos noch ungesteuert geladen. Das heißt, das Laden begann sofort, sobald die Fahrzeuge an die Ladesäule gesteckt wurden. In dieser Phase wurden Daten zum Fahr- und Ladeverhalten aufgezeichnet, etwa wann und wie viel an jeder Ladesäule geladen wurde. Die Referenzdaten bestätigen, dass beim ungesteuerten Laden die größte Strommenge morgens um sechs Uhr bezogen wird. Die Erzeugungsspitze der Photovoltaikanlagen beginnt jedoch meist erst mittags – wenn die



Zum Feldteststart im März 2015 nahm Josef Schweinberger, Bürgermeister von Buchloe, gemeinsam mit Landrätin Maria Rita Zinnecker, Norbert Schürmann, Vorstandsmittglied von LEW, und Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) 16 Ladepunkte am P&R-Platz in Buchloe in Betrieb (v. l.).



Ziel des Projekts ist, ein intelligentes Lademanagement zu entwickeln. Die Batterien von geparkten Elektroautos sollen dann laden, wenn viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energiequellen eingespeist wird. Dabei sollen die Netzinfrastrukturen möglichst effizient genutzt werden. Unser Bild zeigt den Zwischenstand während der ersten Feldtestphase im August 2015.

Batterien der Fahrzeuge schon wieder fast ganz geladen sind. Diese Abweichung machte deutlich, dass ein dynamisches Laden notwendig war.

Intelligente Ladesteuerung

Mithilfe dieser Referenzdaten haben die Projektpartner eine Steuerung für das intelligente Lademanagement entwickelt. Dies ermöglicht ein flexibles Laden und verschiebt den Ladevorgang in Zeiten, in denen die Einspeisung durch PV-Anlagen am höchsten ist. Im September 2015 begann die zweite Feldtestphase – und damit auch das gesteuerte Laden. Dazu müssen die Projektteilnehmer entweder über eine Website oder direkt vor Ort an einem zentralen Terminal Daten zum aktuellen Batterieladestand und der geplanten Parkdauer eingeben. Mithilfe der Ladesteuerung sol-

len die Fahrzeuge dann geladen werden, wenn viel Energie aus Photovoltaikanlagen eingespeist wird. So bringt LEW die Energiezukunft auf die Straßen.

Praxistests

Als Energieversorger sind die Lechwerke seit mehr als einem Jahrhundert der Energiepartner in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns. Seit vielen Jahren engagieren sich die Lechwerke für die Elektromobilität in der Region. Derzeit betreibt das Unternehmen rund 50 öffentlich zugängliche Ladesäulen und verleiht an Unternehmen und Kommunen Elektrofahrzeuge für Praxistests. Zudem ist LEW regelmäßig mit einer E-Mobility-Roadshow in der Region unterwegs, damit möglichst viele Menschen das Fahrgefühl der klimafreundlichen Mobilität selbst erleben können.

Langmatz Breitband-Symposium + Open House:

Als Branchentreff etabliert

Mehr als 300 Teilnehmer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern trafen sich in Garmisch-Partenkirchen zu spannenden Themen rund um die Entwicklung von Breitbandnetzen und deren Vermarktung.

Hochkarätige Referenten berichteten über die Herausforderungen bei der Glasfasererschließung vom Central Office bis zum Teilnehmer, ebenso wie beim Aufbau der Gebäudeinfrastruktur. Auch die Möglichkeiten neuer Technologien in der Übertragungstechnik und der Betrieb dieser Netze wurden vorgestellt.

Systeme und Neuheiten

Am zweiten Tag präsentierte sich das Open House im Werk in Oberau mit 16 Partnerfirmen aus der Branche. Neben den Ausrüstern für die passive Infrastruktur nahmen erstmals die Firmen Acal BFi, AVM und Keymile teil, die das Produktportfolio mit ihrer aktiven Technik ergänzten. Hier informierten

sich die Besucher über alle Systeme und Neuheiten zum Aufbau und Betrieb von Glasfaser-netzen. Auch Langmatz stellte aktuelle Entwicklungen wie den neuen Glasfaserhaupt- und Netzverteiler vor, mit denen ein Netzausbau modular und wirtschaftlich erfolgen kann.

Hoher Qualitätsstandard

In verschiedenen Workshops konnten die Teilnehmer ihr Wissen rund um das Thema Glasfaserinstallation im Haus und aktive Netzsimulationen ausbauen.

Führungen durch die Fertigung der Langmatz GmbH und die Demonstration der Prüfpressen für Kabelschächte im Technikum zeigten den hohen Qualitätsstandard der Langmatz-Produkte auf.

Schwimmende Panels:

Themse wird zum Solarpark

23.000 Einheiten auf rund 130 Hektar sollen 6,3 Megawatt produzieren

Großbritannien wird im Mai die größte schwimmende Solaranlage der Welt enthüllen. Das Solarfeld soll die Elektrizität für die Wasseraufbereitungsanlagen in und rund um London bereitstellen und wurde auf dem Queen Elizabeth Reservoir, rund 20 Kilometer von London entfernt, aufgebaut. Es besteht aus 23.000 Solarpanels, die auf über 61.000 schwimmenden Plattformen mit 177 Ankern auf ihren Plätzen gehalten werden. Die Gesamtfläche des Solarfeldes beträgt rund 128,3 Hektar und hat einen Umfang von 4,3 Kilometer.

Die Kapazität liegt bei 6,3 Megawatt. Die Anlage soll im ersten Jahr 5,8 Mio. Kilowattstunden generieren. Das Projekt ist Teil eines Versprechens des Wasserversorgungsunternehmens Thames Water <http://thameswater.co.uk>, langfristig ein nachhaltigeres Unternehmen zu werden, indem es seine eigene Elektrizität produziert. Bis 2020 soll ein Selbstversorgungsgrad von 33 Prozent erreicht werden. Derzeit liegt dieser bei 12,5 Prozent.

Konstante Kühlung durch Fließwasser

Das 8,3 Mio. Dollar schwere Projekt will auch zeigen, dass schwimmende Solarfelder Vorteile gegenüber Landanlagen besitzen. So erfolgt bei schwimmenden Solarzellen eine konstante Kühlung durch das unterhalb fließende Wasser. Schwim-

mende Solarfelder sind zudem deutlich leichter und billiger herzustellen. Denn die Panels werden auf der Plattform platziert und fließen danach zum Hauptelement, wo sie zusammengefügt und verankert werden. Dies macht auch das Hinzufügen von Panels in der Zukunft sehr einfach.

Schwimmendes Solarfeld

Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass die Panels Platz in Anspruch nehmen, der sonst für keinen anderen Zweck genutzt wird und somit auch keinen anderen Ressourcen Platz wegnehmen. In diesem speziellen Fall hat das schwimmende Solarfeld noch eine andere Funktion: Es schirmt das Wasser vor den Sonneneinstrahlen ab und verhindert somit das Algenwachstum. **presstext**

Aussteller
Light+Building 2016

Langmatz

Modernes Leben braucht Energie. Aber wer sorgt für den Energiefluss?

Wir beliefern alle Energieversorger - vom kleinsten bis zum größten.

www.langmatz.de

Neuer Ladog wird größer

Ladog T 1550 wird nach oben hin erweitert

Aufgrund der Nachfrage der Ladog-Kunden nach einem größeren Ladog wird das Fahrzeugprogramm „nach oben“ erweitert. Der Ladog T 1700 hat eine, mit ca. 1700 mm, breitere Kabine. Die Kabine ist mit einem neuen Design ausgestattet.

Das Design wirkt sehr modern und ist trotzdem sehr zweckmäßig in Bezug auf eine optimale Sicht auf die Frontanbaugeräte. Die Fahrzeugbreite über alles wächst auf ca. 1850 mm. Der Drei-Seiten-Kipper wird der Fahrzeugbreite angepasst und somit vergrößert. Die DIN-Frontanbauplatte kann schwere Schneepflüge optimal aufnehmen.

Fahrer sehr großzügige Platzverhältnisse. Eine optimale Sicht nach vorne und vorne-unten bewirkt das zum Fahrer geeignete Armaturenbrett. Neue, optimierte Bedienungsinstrumente machen die Bedienung und Steuerung der Anbaugeräte für den Fahrer sehr einfach. Alles wirkt übersichtlich.

Daumen-Joystick

Ein „Bedienungs-Highlight“ für die Fahrer ist der neue „Daumen-Joystick“. Über diesen las-

Optimale Sicht

Innen in der Kabine findet ein

Mobiworx erhält Zuschlag

Land Niedersachsen stattet Betriebsdienstfahrzeuge mit Telematiksystemen des Raublinger Unternehmens aus

Das Telematik-Unternehmen Mobiworx hat in einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für die Ausstattung der Betriebsdienstfahrzeuge der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr auf Autobahn- und Straßenmeistereien erhalten.

Schon ab dem Frühjahr 2016 sollen ein Großteil der Fahrzeuge des Betriebsdienstes mit den MobiDat Telematik-Systemen ausgestattet werden. Nach einem mehrstufigen Vergabeverfahren wurde die Firma Mobiworx Telematik GmbH ausgewählt. Sie soll die vollständige Dienstleistung der Einsatzdatenerfassung der Fahrzeuge und Geräte mit Netz- und Produktbezug, des Datentransfers, der Datenhaltung und der Bereitstellung des Berichtswesens über die vereinbarte Vertragslaufzeit erbringen.

Jürgen Potocnik, Geschäftsführender Gesellschafter der Firma Mobiworx, äußerte sich erfreut über den Auftrag: „Wir freuen uns sehr, das Land Niedersachsen mit unseren Telematiksystemlösungen unterstützen zu dürfen“, so Potocnik. „Dieser Auftrag sichert uns die langfristige Zusammenarbeit mit der Landesbehörde und bietet uns die Chance zum weiteren Ausbau unserer Geschäfte im nördlichen Bundesgebiet.“

Das Land Niedersachsen ist flächenmäßig nach Bayern das zweitgrößte Land der Bundesrepublik Deutschland. Neben einem 1.371 km umfassenden Bundesautobahnnetz unterhält die NLSTBV ein Straßennetz von ca. 16.232 km. Hinzu kommt noch ein Radwegenetz mit einer Streckenlänge von umgerechnet 9.016 km (Quelle: www.straßenbau.niedersachsen.de).

Die MobiDat-Telematiksysteme sollen in Zukunft sowohl die Fahrer, als auch die Verwaltung entlasten und Effektivität und Qualität im Betriebsdienst positiv beeinflussen. Durch eine digitale und automatisierte Datenerfassung soll mehr Souveränität in der Rechtssicherheit, eine effizientere Kostenkalkulation und eine weitere Verbesserung auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Mitarbeiter im Betriebsdienst erreicht werden.

Kehrmaschine:

Die neue bema 35 Dual ist jetzt noch effizienter

Die bema GmbH Maschinenfabrik steht für innovative Sauberkeit und arbeitet permanent an der Weiterentwicklung und Optimierung ihrer Produkte. Nachdem im letzten Jahr die bema Kommunal 520 Dual einem Optimierungsprozess unterzogen wurde, bekommt nun die bema 35 Dual ein neues Gesicht. Bereits seit Mitte des letzten Jahres steht die Ausrichtung der neuen Maschine fest. Sie sollte noch effizienter, stabiler und vor allem flexibler werden. Passend zur bauma wird die Maschine nun vorgestellt.

Die bema 35 Dual, die weiterhin in den Arbeitsbreiten 2.050 mm, 2.300 mm, 2.600 mm und 2.800 mm erhältlich ist, weist neben einem neuen Outfit zahlreiche neue technische Features auf. So ist die Sammelwanne um 20 % größer und lässt sich insgesamt mit einem Winkel von über 90 Grad öffnen.

Der Anwender hat die Möglichkeit, jetzt noch flexibler mit dem Dual System ganzjährig zu arbeiten. Ohne Umrüstarbeiten und Ausfallzeiten kann die neue bema 35 Dual effizienter sowohl schmutzaufnehmend als auch freikehend im Einsatz zum Beispiel gegen Schnee genutzt werden. Ein weiteres Highlight ist das „bema-Meter“. Diese Höhenniveau-Kontroll-Anzeige gewährleistet, dass der Rollwagen immer in einem optimalen Bereich geführt werden kann.

Eigenschaften, die sich seit Jahren bewährt haben, wurden in der neuen Version der bema 35 Dual wieder aufgegriffen. So findet der Anwender den originalen bema-Hydroblock auf der Maschine, der alle hydraulischen Steuerungs- und Sicherungselemente, wie Überdruckventil, Nachlauficherung der Kehrwalze, Umschaltventil für die



Überzeugend: Der Ladog T 1700 in neuem Design.

sen sich die Anbaugeräte einfach steuern. Der Daumenjoystick ist proportional, d.h. die Schnelligkeit der Bewegungen der Anbaugeräte wird umso schneller, je stärker der Daumenjoystick bewegt wird.

Rückfahrautomatik

Eine einschaltbare Rückfahrautomatik für den Schneepflugbetrieb ist integriert. Ebenso eine Komfortsteuerung für einen Vario-Schneepflug, bei der sich die beiden Seitenteile gemeinsam verstellen lassen, ohne jede Seite einzeln steuern zu müssen. Die Motorisierung des Ladog T 1700 und auch des Ladog T 1550 wird

durch einen 6-Zylinder VM-Turbodiesel-Motor mit Abgasnorm Euro 6 ergänzt.

Der Motor leistet 105 kW (145 PS) und steigert die ohnehin schon hervorragenden Fahrleistungen und auch Schubleistungen der Ladog-Fahrzeuge um ein vielfaches. Auch der Ladog T 1700 kann durch den Einbau von Planetenachsen sowohl seine Schubleistung im Gebirge und beim Schneeräumen verbessern als auch durch eine wesentliche Erhöhung der Bodenfrieheit punkten. „Wir haben den passenden Ladog für Ihren Bedarf“, so die Aussage von Alfred Bertsche.

Weitere Informationen unter: www.bertsche-online.de



Mit der bema 35 Dual spart der Anwender Zeit und Geld.

zuzustellung genießen. Diese garantiert durch die passgenaue und exakte Einstellung der Kehrwalze eben ohne Abstufungen ein optimales Kehrergebnis. Der Anwender spart Zeit und Geld. Auch mit den komplett innenliegenden Hydraulikmotoren sind zusätzliche Kosten minimiert, da die Motoren nicht beschädigt werden.

Insgesamt wurde bei dem Relaunch der neuen bema 35 Dual auf eine noch bessere Abstimmung aller Komponenten für noch optimalere Kehrergebnisse geachtet. Zu bestaunen sein wird die neue Version der bema 35 Dual auf der internationalen Messe bauma in München.



Clevere Technik für Schild und Streuer

Ein Trend ist erkennbar: Anbaugeräte für Kompakttraktoren und andere Trägerfahrzeuge legen technologisch zu. Die Wiedenmann GmbH aus Rammingen zeigt Anwendern und Entscheidern, wie produktiv Schneeschilde und Streuer bereits heute sind. Das schwäbische Unternehmen präsentierte jüngst das „Vario Flex“ - ein variables Kombi-Federklappenschild für Profis, die mit maximaler Flexibilität hoch effizient arbeiten wollen. Weitere Informationen unter: www.wiedenmann.de

Toptechnik für Autobahn- und Straßenmeistereien:

15 neue Unimog für Hessen Mobil

Ganzjahreseinsatz mit vielseitigem Aufgabenspektrum

Gleich 15 neue Unimog von Mercedes-Benz hat Hessen Mobil, das Verkehrs- und Straßenmanagement des Bundeslandes, in Betrieb genommen. Sie werden über das ganze Jahr eingesetzt und helfen wesentlich mit, auf den Autobahnen, Bundes- und Kreisstraßen des Landes höchst mögliche Mobilität zu gewährleisten. Die zwölf Unimog U 527 und drei Unimog U 423 wurden jüngst in Herbborn von der Unimog-Generalvertretung Minufa an 15 hessische Autobahn- und Straßenmeistereien übergeben.

Die Unimog sind bereit für den Sommer- und Winterdienst, für die Räumung von Schnee und Eis, für die Pflege von Straßenbegleitgrün vom Gras bis zum Baum, für das Reinigen der Straßenausstattung wie beispielsweise Leitpfosten sowie für die Absicherung von Unfall- und Baustellen – ein anspruchsvolles Einsatzfeld, in dem der Unimog seit jeher zu Hause ist.

Hohe Effizienz beim Fahren und im Geräteeinsatz

Der Grund der hohen Effizienz des Profi-Geräteträgers liegt sowohl beim Fahren wie auch beim Einsatz leistungsstarker An- und Aufbaugeräte. Die BlueEfficiency Power-Motoren – im Unimog U 423 ist es ein Vierzylinder mit 170 kW (231 PS) und im Unimog U 527 ein Sechszylinder mit 200 kW (272 PS) – erfüllen die europäische Abgasnorm Euro VI und arbeiten betont effizient durch sparsamen Kraftstoffverbrauch. Alle ausgelieferten Unimog sind mit einem Kombinationsmähgerät der Firma Mulag ausgerüstet. Für einen optimalen und flexiblen Einsatz wurden die Unimog noch zusätzlich mit Dachlampenträgern, lichtstarken Warnleuchten sowie mit zuschaltbaren Schnee-Schleuderketten der Firma Rud komplettiert.

Als Profi-Geräteträger bietet der Unimog dem Fahrer wertvolle Entlastung im schwierigen Arbeitsalltag. Das zeigt sich im Fahrkomfort auf Lkw-Niveau, in der modernen Freisichtkabine, in der einfachen Bedienung der

Geräte über Joystick und im komfortablen Wechsel zwischen dem stufenlos regelbaren hydrostatischen Antrieb im Geräteeinsatz für Arbeitsgeschwindigkeiten von null bis 50 km/h und dem mechanischen Schaltgetriebe für die effiziente Fahrt auf der Straße bis 90 km/h. Nicht mehr wegzudenken ist außerdem der VarioPilot: Lenkrad und Pedale lassen sich vom Fahrerplatz auf den Beifahrerplatz verschieben, um von dort aus beim Fahren die Arbeit der Geräte überwachen und steuern zu können. Ein hohes Sicherheitsniveau belegen unter anderem die Rückfahrkamera sowie Zusatzscheinwerfer an der A-Säule und auf dem Dach.

Dichtes Netz für hohe Mobilität

Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit – an diesen Anforderungen richtet Hessen Mobil seine Beschaffungen aus. Der landeseigene Betrieb hat die Aufgabe, Mobilität zu sichern und damit sowohl zur Verkehrssicherheit wie auch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Im Bundesland Hessen arbeitet daran ein Netz von zwölf Hessen Mobil-Standorten und 60 Autobahn- und Straßenmeistereien. Und der Unimog ist stets mittendrin, wenn es darum geht, den Verkehr in Fluss zu halten. Zum Beispiel auf der Autobahn am Frankfurter Kreuz, wo binnen 24 Stunden 3.350.000 Fahrzeuge gezählt werden - bei steigender Tendenz.



Die neuen Unimog von Mercedes-Benz wurden jetzt durch die Unimog-Generalvertretung Minufa übergeben.

Fendt 1000 Vario gewinnt iF Design Award Gold

Jüngst wurden im Rahmen einer glamourösen Preisverleihung in der BMW Welt München die Gold-Gewinner des iF DESIGN AWARD 2016 gefeiert. Aus über 5.300 eingereichten Produkten aus mehr als 50 Ländern wurden nur 75 mit dem Prädikat Gold gewürdigt. Der Fendt 1000 Vario erhielt Gold in der Kategorie „Produkt“.

Die internationale Jury aus 58 hochkarätigen Designexperten orientierte sich an Bewertungskriterien wie Ästhetik, Umsetzbarkeit, Ausführung, Innovationsgrad, Nutzerfreundlichkeit/Ergonomie, Markenidentität, Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Zielgruppenansprache. Der Fendt 1000 Vario konnte die Experten sowohl im Konzept als auch in der praktischen Begutachtung überzeugen.

Das Urteil der Jury: „Dieser Traktor zeichnet sich durch eindrucksvolle Optik und markante Präsenz aus. Jedes Detail – Rah-

menelemente, technische Komponenten, Innenraumergonomie, HMI und Karosserie – ist auf höchstem Niveau ausgearbeitet. Ein rundum ausgefeiltes Konzept, in dem die herausragende technische Leistungseffizienz eines Nutzfahrzeugs mit zeitgemäßer Gestaltung auf überaus gelungene Weise verbunden ist.“

Damit steht der Vario 1000 zusammen mit dem Audi A4, dem MAN Kombibus Lion's Intercity und dem FXX K von Ferrari in der Disziplin „Automobiles/Vehicles/ Bikes“ auf dem obersten Treppchen.

Qualität aus Niederbayern!

ERDEN RINDEN KOMPOST und mehr!

Lose oder Sackware, Lieferung ab 2 Paletten.

BBG
Donau-Wald

www.erdenprofis.de

09903/920-170

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge:

Winter-Tour 2016

Nutzen nach Maß: So lautet das Leitbild des Familienunternehmens Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, das bereits 1901 in Neu-Ulm gegründet wurde. Erklärtes Ziel des Unternehmens ist es, den Kunden aus der Kommunaltechnik, der Landwirtschaft und dem Dienstleistungssektor individuelle und maßgeschneiderte Problemlösungen in bester Qualität und mit perfektem Service anzubieten.

Die Geschichte von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist eng mit dem Unimog verbunden. „Zu Beginn der Mechanisierung der Landwirtschaft“, erläutert Geschäftsführer Prof. Gerhard Mayer, „entwickelte der Firmengründer der Wilhelm Mayer das „Stahlpferd“, von dem 30 Stück verkauft wurden und das auch als Ideegeber für den Unimog, das

UNIversalMOTORGerät, fungierte.“ Der Unimog ist noch heute das Zugpferd der Firma, natürlich werden auch Fahrzeuge anderer Hersteller – wie Holder, Hansa, Lindner und Bonetti – angeboten. Diese, im Vergleich zum Unimog, kleineren Geräteträger spiegeln aber genauso die Unimog-Idee vom Universaleinsatz wieder, nur eben in kleinerem Maßstab.

Über 20.000 Stunden mit dem Unimog unterwegs

Straßenwärter Thomas Geiger im Winterdienst

Stuttgart/Sonthofen – Thomas Geiger aus Immenstadt klatscht genüsslich mit der Hand auf ein Stück orangefarbenes Blech. In der Mitte ein Stern. „Dieser Typ lebt von seinem super Ruf und seiner genialen Technik“, strahlt er.

Thomas Geiger ist Straßenwärter im Sonthofener Winterdienst. Einer von 32 gestandenen Männern. Sein Arbeitsgerät: Ein Unimog. Ein U 500, 210 kW (286 PS). Der überall durchkommt auf vier Riesen-Rädern. Wo andere stecken bleiben, frisst er sich locker durch den Schnee und gefährlich glatte Straßen. Räumt alles weg – wie eine Sturmböe eine Luftmatratze. „Der U 500 ist zuverlässig, schnell, wendig, übersichtlich und vor allem vielseitig anwendbar“, schwärmt der kernige Straßenwärter mit dem silbergrauen Rauschebart.

38 Jahre Einsatz im Winterdienst

1978 saß er zum ersten Mal in

Mercedes-Benz Citaro NGT:

Stadtwerke Augsburg nehmen neue Bus-Generation in Betrieb

Ihre neuen Erdgas-Gelenkbusse haben die Stadtwerke Augsburg (swa) der Öffentlichkeit vorgestellt. Die 13 Mercedes-Busse der Baureihe Citaro NGT werden von einem völlig neu entwickelten Motor und wie alle swa-Busse umweltschonend und CO2-neutral mit Bio-Erdgas angetrieben.

„Wir haben damit die umweltfreundlichste Busflotte einer deutschen Großstadt“, betonte Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. „Und wir können mit den neuen Bussen den Komfort für unsere Fahrgäste weiter erhöhen“, ergänzte swa-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza. Deshalb gibt es bei den Bussen innen wie außen etliche Neuerungen.

„Das Innenleben wird den Fahrgästen besonders gefallen“, so Casazza. Hell und freundlich ist der Bus innen gestaltet. Die Haltestangen aus gebürstetem Edelstahl und die blauen Sitzpol-

ster mit swa-Logo vermitteln im Innenraum eine hochwertige Anmutung. Drei große, gut lesbare Bildschirme im Wageninneren zeigen aktuelle Informationen für die Fahrgäste an, wie etwa die Anschlüsse an der nächsten Haltestelle in Echtzeit.

Neu ist auch der größere Stellplatz für Rollstühle, Rollatoren oder Kinderwagen im Bereich der zweiten Türe. So gibt es gleich rechts an der Türe einen zweiten Rollstuhl-Stellplatz. „Damit kommen wir einem dringenden Wunsch unserer Fahrgäste nach mehr Stellfläche nach“, so Casa-

Leistungsschau

Was alles im Bereich der Kommunaltechnik möglich ist, präsentierte der Nutzfahrzeuge-Händler, in Zusammenarbeit mit der Unimog-Generalvertretung SKSW Knoblauch auf der diesjährigen Winter-Tour und lud zur Leistungsschau nach Bopfingen, Wigratzbad und Schluchsee ein. Gezeigt wurden 46 Geräteträger – vom kleinen Schmalspurfahrzeug bis hin zum Unimog der 300 PS-Klasse – inklusive aller erdenklichen Anbaugeräte zum Räumen, Fräsen, Streuen, Solesprühen, Mähen, Mulchen, Kehren, Sau-



Ein Meter hoher Schnee auf der Fahrbahn? Der Unimog U 500 hat damit kein Problem. Sein 286-PS-Triebwerk treibt den Mercedes-Giganten durch die schweren Massen.

1178 Meter und wieder runter. Vorne rattert er mühelos Schnee und Eis weg von der Straße, hinten spuckt er Salz auf die Fahrbahn. Dann Bayerisch-Sibirien, über den Riedberg-Pass nach Balderschwang. 16 Prozent Steigung, Schneeketten. Und der Fluch der Autofahrer. Aber der „Teufelskerle“ mit dem Stern macht's möglich: Happy Skifahrer, die pünktlich auf den Pisten wedeln. Und im Sommer, Herr Geiger? „Dann wird gemäht.“

Süchtig nach Schnee

Der 500er braucht den Schnee wie eine Droge. Oft auch morgens um zwei. Beispiel Oberjoch-Pass. Geigers Dienst-Mog ackert sich gnadenlos durch Deutschlands kurvenreichste (106) Passstraße bei Hindelang, rauf auf

gen, Spülen, Schwemmen, Gießen und Reinigen. Mit dabei waren Holzhackmaschinen und Absetzsysteme, Tandem-Anhänger, Krane und Winden. Fahrzeuge für den 2-Wege-Einsatz (also auch auf Schienen) sowie natürlich Ausrüstung für den Winterdienst, wie Schneeketten, Schleuderketten und Schneepflüge.

Mähkombination

Eines der vielen Highlights war die Mähkombination aus dem Hause MULAG, bestehend aus einem Front- und einem Heckausleger, die Gebietsverkaufsleiter Peter Hofmann vorstellte. Nach seinen Ausführungen bietet der Unimog, wegen seiner hohen Achslasten, den hydraulischen Antrieben und dem Bedienkomfort, für Mähgeräte von MULAG



Zahlreiche Anbaugeräte für den Unimog wurden präsentiert.

die beste Basis. „Der Trend geht eher weg von klassischen Mähkombinationen mit schwerem Doppelmäher in der Front, hin zu einer aufgelösten Bauweise mit klassischem Mäher vorne und Heckausleger“, führte Hofmann aus. Somit hat der Fahrer, der während des Mähbetriebs durch die Wechsellenkung des Unimogs auf der rechten Seite sitzt, beide Mähgeräte (der Heckausleger wird mittels seines Parallelogramm-Arms nach vorne geschwenkt) perfekt im Blick.

Wenig Verschleiß

Durch den Heckaufbau reduziert sich die Vorderachsbelastung und das Gewicht verteilt sich sauber auf vier Räder, was weniger Verschleiß bedeutet. Außerdem lassen sich beide Mähausleger auf 7 bzw. 7,30 Meter ausfahren und so die benötigte Anzahl der Durchfahrten verringern: Statt fünf bis sechs Durchfahrten werden nur noch

zwei bis drei benötigt, da bei jeder Fahrt zwei Schnitte gleichzeitig möglich sind.

Auslastung der Fahrzeuge deutlich verbessert

Hartmut Pianski vom Staatlichen Bauamt Schweinfurt hat sich bereits 2014 für eine MULAG-Mähkombination mit Front- und Heckausleger entschieden. „Die Auslastung des Fahrzeugs und die Leistungsfähigkeit hat sich deutlich verbessert“, konnte er berichten, „die Mäharbeiten werden schnell und wirtschaftlich im Ein-Mann-Betrieb erledigt.“

Die beiden Geschäftsführer Prof. Gerhard Mayer und Tim Oßwald von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge zeigten sich begeistert angesichts der eindrucksvollen Resonanz auf die Winter-Tour 2016. Zu den drei Veranstaltungsterminen hatten sich insgesamt 1.500 Besucher angekündigt. CH



Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023). Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.mercedes-benz.de/unimog

Bauma 2016 Der Unimog auf der Bauma
11.-17. April, München Halle B4, Stand 136

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (Mitte) und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Walter Casazza (L.) nehmen den symbolischen Schlüssel für die neuen Busse vom Geschäftsführer der Mercedes-Bussparten, Hartmut Schick, entgegen. Bild: swa/Thomas Hosemann



Fachgespräch im Mühldorfer Landratsamt. Von links: Bianca Reiss (Teamleiterin Asylsozialberatung), Oberstudiendirektor Wolfgang Gaigl (Leiter Staatliche Berufsschule I Mühldorf), Oberstudiendirektor Maximilian Heimerl (Schulleiter Berufliches Schulzentrum Mühldorf a. Inn), Peter Konietzko (stellvertretender Leiter Berufsbildungswerk Waldwinkel), Dr. Cornelia Erat (Gesundheitsamt Mühldorf), Manuela Nahidi (Persönliche Referentin des Landrats), Landrat Georg Huber, Anne-Marie und Theresa von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung), Regierungsdirektorin Claudia Holzner (Geschäftsbereichsleiterin Landratsamt Mühldorf a. Inn und Vertreterin des Landrats im Amt), Elisabeth Huber (Stabstelle „Lernen vor Ort“), Regierungsrat Patrick Schumann (Geschäftsbereichsleiter Landratsamt Mühldorf a. Inn) und Karin Huber, Mitarbeiterin der Pressestelle Landratsamt Mühldorf a. Inn.

Asylarbeit im Landkreis Mühldorf:

Gelebte Solidarität

Integration ist keine Einbahnstraße. Dieses häufig bemühte Zitat ist im Landkreis Mühldorf a. Inn bereits gelebte Praxis. Asylbewerber müssten gefördert werden, damit sie eigenständig leben und gut in die Gesellschaft integriert werden können, führte Landrat Georg Huber gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung aus.

Im Landkreis erlebe er sehr viel Solidarität, betonte Huber. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes und den sozialen Einrichtungen helfen viele mit, die Flüchtlinge ehrenamtlich zu betreuen. Sie alle leisteten unter den gegebenen Umständen hervorragende Arbeit.

„Asylsozialberatung muss draußen stattfinden, sonst funktioniert Asylsozialarbeit nicht“, machte der Landrat deutlich. Zentrale Anlaufstelle und Koordination, kurze Wege, schnelle Hilfe vor Ort – das Prinzip der Asylsozialberatung habe sich im Landkreis bewährt. Seit 1. Januar 2016 ist dieser offiziell eine von fünf „Modellkommunen“ in Bayern. Das bedeutet, dass die Gesamtverantwortung für den Aufbau und die Umsetzung der Asylsozialberatung weiterhin beim Landkreis liegt, wie bereits seit Juli 2015 im Rahmen der sogenannten Besonderen Maßnahme.

Zum Start des Modellprojekts hat das Sozialministerium auch die Zuständigkeitsbereiche neu festgelegt, erklärte Huber. Danach ist das Team der Asylsozialberatung seit Jahresbeginn im Landratsamt ab sofort für alle Asylbewerber und Unterkünfte im Landkreis zuständig, mit Ausnahme der Gemeinschaftsunterkunft Siemensstraße und den dezentralen Unterkünften in der Stadt Waldkraiburg. Diese werden von den Asylsozialberaterinnen der Caritas betreut.

Enge Vernetzung

Im Landratsamt wurde bereits in den vergangenen Monaten ein eigenes Team aus erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgebaut, das den Asylbewerbern aber auch den engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern für alle Fragen rund um das Thema „Asyl“ zur Verfügung steht. Nur durch die enge Vernetzung mit allen Beteiligten und Fachstellen wie dem Amt für Jugend und Familie, Gesundheits- Ausländer- und Schulamt aber auch die Einbindung in bestehende Strukturen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales sei es überhaupt möglich, die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen, stellte der Landkreischef fest. Dazu gehört auch der Einsatz eines zentralen Netzwerkkoordinators. Zu dessen Aufgaben zählen:

1. Koordination der Akquise und Realisierung der erforderlichen Unterkünfte für Asylbewerber im Landkreis
2. Koordination von Betrieb und Betreuung, Unterhalt der dezentralen Einrichtungen
3. Koordination der externen und internen Anliegen und Si-

cherstellen der erforderlichen Kommunikation und Informationsaustausch

4. Koordination der Tätigkeit der Kümmerer

5. Personalverantwortung für Kümmerer, Teamleitung und Assistenz Netzwerkkoordination

6. Verhandlungen mit Bürgermeistern, Wohnungseigentümern u. ä., insbesondere in schwierigen Fällen

7. Koordination Asylsozialarbeit/Kümmerer

8. Koordination der Öffentlichkeitsarbeit und des Datenmanagements.

Medizinische Versorgung

Mit Blick auf eine funktionierende medizinische Versorgung hat sich die enge Zusammenarbeit mit den Asylsozialberatern aus Sicht von Dr. Cornelia Erat, Gesundheitsamt im Landratsamt Mühldorf, als sehr gut erwiesen. Die Erfahrung zeige, dass medizinische Probleme äußerst vielfältig seien und häufig aufräten. „Unsere Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten im Landkreis und dem Krankenhaus ist sehr eng“, so Dr. Erat. „Dadurch dass wir frühzeitig eingeschaltet werden, können wir auch entsprechend frühzeitig reagieren.“

Ein entsprechender Impfschutz Sorge dafür, dass Krankheiten nicht in die Schulen getragen werden. Grundsätzlich haben alle Asylsuchenden Anspruch auf Impfung. Dieses Angebot werde von den Flüchtlingen gerne angenommen.

Auch bei psychischen Problemen leistet das Gesundheitsamt Hilfestellung. Die meisten Flüchtlinge haben Erat zufolge Traumatisierungen erlebt, wobei nicht jede Traumatisierung automatisch zu einer Krankheit, sprich einer posttraumatischen Belastungsstörung führt. Laut Münchner Untersuchungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt die Quote hier bei 30 bis 50 Prozent. Cornelia Erat freilich hält die Zahlen für relativ hoch gegriffen: „Je besser Tagesstruktur, Wohnsituation und Perspektive sind, desto mehr gelingt es, mit den Traumatisierungen zurechtzukommen.“

Interkulturelle Kommunikation

Auf dem Feld der interkulturellen Kommunikation berichtete Erat außerdem über Workshops für Asylbewerber, die unter der Leitung des Gesundheitsamts gezielt für junge Männer sowie Familien entwickelt wurden. Während jungen Männern unter dem Motto „Für ein besseres Miteinander“ die Rolle der Frau, kulturelle Unterschiede und angemessenes Verhalten na-

hegebracht werden, stehen für Familien vor allem die Themen deutsches Bildungssystem, Erziehung und Gewaltfreiheit in der Familie auf der Agenda.

„Wir bauen darauf, diese Workshops auf Augenhöhe zu machen, das heißt wir belehren nicht, sondern führen eine Kultur der Diskussion“, unterstrich Cornelia Erat. Gleichwohl existieren klar definierte Vorgaben. Hierzu seien sog. Kulturdolmetscher ausgebildet worden – Leute im gleichen Alter wie die Zielgruppe, die schon lange in Deutschland leben, aber in beiden Kulturen zu Hause sind. Die Workshops werden in den jeweiligen Muttersprachen der Asylbewerber abgehalten. Die Nachfrage sei groß und die Rückmeldungen äußerst positiv, so das Fazit.

Da auch Schüler auf den Umgang mit fremden Kulturen in ihrer Klasse vorbereitet werden müssen, findet verpflichtend Ethikunterricht statt. Neue Wege geht der Landkreis Mühldorf zudem bei der Förderung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Im Rahmen dieser Engagements wurde beispielsweise eine Jugendberufsagentur gegründet. Es handelt sich hier um eine Kooperation von Landkreis, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Staatlichem Schulamt.

Maßnahmen für Jugendliche

Die Förderung der beruflichen und sozialen Integration ist eine gemeinsame Aufgabe der beteiligten Partner. Dies führte in der Vergangenheit dazu, dass die betroffenen Jugendlichen oft verschiedene Ansprechpartner für dieselben Themen hatten. Durch die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Einrichtungen werden nunmehr die Maßnahmen für die Jugendlichen systematisch koordiniert. Das bedeutet kurze Wege und schnelle Hilfe für Ratsuchende und somit eine bessere Integration in Ausbildung und Arbeit.

Ausbildung und Arbeit

Diese Arbeit kommt nun auch der schulischen und beruflichen Integration von Asylbewerbern entgegen, wofür die bereits vorhandenen und geknüpften Netzwerke verwendet werden können. Die Koordination der Jugendberufsagentur hat das Team von „Lernen vor Ort“ im Landkreis übernommen. Ziel ist, dass kein Jugendlicher verloren geht. Es gilt, die Schülerinnen und Schüler auf ihrem individuellen Weg von der Schule in den Beruf noch besser zu unterstützen.

Im Rahmen der Berufsorientierung ist die Sprachförderung wesentlich. Laut Wolfgang Gaigl, Leiter der Berufsschule I, wird dieser Baustein derzeit von der Agentur für Arbeit bereits angeboten. Grundsätzlich, so Gaigl, müssten sowohl die Indu-

strie- und Handelskammern als auch die Handwerkskammern als zuständige Stellen ihren Beitrag dazu leisten, dass fachspezifische Begriffe auf Deutsch vermittelt werden können.

Es gelte, alle Prüfungen zu überarbeiten und letztlich so zu formulieren und auszugestalten, „dass Menschen mit sprachlichen Schwierigkeiten nicht an der Sprache scheitern, sondern – wenn überhaupt – an mangelnden Fachkenntnissen“, meinte Gaigl. Die Berufssprache Deutsch sei – abgestimmt auch auf die Bedürfnisse der Asylbewerber und Flüchtlinge – zu modifizieren. Für sie stelle es eine „Riesenhürde“ dar, entsprechende Fachbücher zu lesen, geschweige denn zu verstehen. „Hier muss noch viel angepasst und entwickelt werden.“

Vorurteile abbauen

In ausbildenden Betrieben sei es zunächst wichtig, Vorurteile und Hemmschwellen abzubauen; wichtig sei die Akzeptanz der anderen Mitarbeiter. Als hilfreich führt die Jugendberufsagentur eine Mitbegleitung der auszubildenden Betriebe an. Auch sollte deren Austausch verbessert werden. Netzwerkarbeit laute das Zauberwort. Da bei potentiellen Ausbildungsbetrieben die Hemmung, Asylbewerber auszubilden, nicht

Landkreis Donau-Ries:

Arbeit als wichtiger Baustein zur Integration

Agentur für Arbeit und Jobcenter stellen neue Angebote für Asylbewerber vor

„Ohne ehrenamtliche Helfer würde es nicht funktionieren. Vielen Dank für Ihre hervorragende Arbeit - wir brauchen Sie“, begrüßte Landrat Stefan Rößle die fast 100 anwesenden, im Bereich Asyl tätigen Helferinnen und Helfer und interessierten Bürger in den Räumen des Landratsamtes in Donauwörth.

„Allerdings ist die Unterbringung Asylsuchender nur der erste Schritt“, erklärte der Donau-Rieser Kreischef und fuhr fort: „Um diejenigen, die voraussichtlich bleiben werden, auch zu integrieren, müssen wir sie möglichst schnell in Arbeit bringen.“

Sprache als Basis

Zu diesem Thema informierten Vertreter von Agentur für Arbeit und Jobcenter die zahlreichen Anwesenden: Nach dem Erwerb erster Grundlagen in der Deutschen Sprache als dringend notwendiger Basis gibt es für Asylbewerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zahlreiche neue Angebote, welche die für eine Tätigkeit dringend notwendigen Kenntnisse vermitteln. Leitlinie müsse dabei sein, insbesondere die vielen jüngeren Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen, um so gleichermaßen vorhandene Potenziale zu nutzen und die Nachfrage der Arbeitgeber decken zu können.

Mit Unterstützung der Helfer werde es jetzt darum gehen, für diesen Personenkreis Kurse zu-

selten groß sei, sei es wichtig, positive Erfahrungen aus der Praxis darzustellen, um auch zu zeigen, dass die jungen Menschen eine hohe Motivation mitbringen.

Im gesamten Landkreis Mühldorf sind derzeit 1.630 Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Unterkünften untergebracht (Stand: 19.02.2016). Bislang habe man noch keine einzige Turnhalle belegen müssen. „Allerdings wird die Wohnsituation täglich schwieriger“, urteilte Landrat Huber. Mitarbeiter der Immobilienabteilung im Landratsamt seien täglich auf der Suche nach geeigneten Projekten.

Wohnraum schaffen

In diesem Zusammenhang forderte Georg Huber vom Staat eine Änderung „seines sehr bürokratischen Zuwendungs- und Zuschussbereiches“. Für Flüchtlinge werde in Zukunft kein in der herkömmlichen Weise erstellter Wohnraum mehr zur Verfügung gestellt werden können. „Beim jetzigen Status quo an Förderungen bzw. Zuwendungen baut kein normaler Bauträger.“ Gebäude in Containerbauweise für Gemeinschaftsunterkünfte müssten fortan so geplant werden, dass ein individueller, schneller Umbau möglich ist. Eine Art Baukastensystem könne hier hilfreich sein.

Wichtig ist das menschliche Netzwerk

„Ich bin nicht so blauäugig zu glauben, dass wir in Mühldorf die Welt verändern“, gab Landrat Huber abschließend zu verstehen. Jedoch mache es Sinn, zu zeigen, „dass wir mit unserem Engagement in der Flüchtlingshilfe unsere Ziele auch erreichen können. Wir müssen es nur wollen.“ Wichtig sei es, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung abzubauen. Bund und Land stellten zwar beträchtliche Summen Geldes zur Verfügung, „aber nur damit schaffen wir es nicht“. Ausschlaggebend sei letztlich das „menschliche Netzwerk“. Nur so sei dauerhafte Integration möglich. **DK**

BAYERISCHE Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

20 Millionen Euro zur Sanierung kommunaler Einrichtungen

Als Ergänzung seiner Städtebauförderung stellt der Bund bis 2018 insgesamt 140 Millionen Euro zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur zur Verfügung. Dadurch können in Bayern sieben kommunale Projekte gefördert werden.

Innen- und Sportminister Joachim Herrmann zeigte sich erfreut über die Bereitstellung von 20 Millionen Euro zusätzlicher Fördergelder für Bayern durch das Bundesumweltministerium. Mit diesen Mitteln könnten Projekte in Bamberg, Deggendorf, Einersheim, Garmisch-Partenkirchen, Hof, Nürnberg und Weiden/OPF in Angriff genommen werden. Es gehe hierbei für die Kommunen um den Ausbau wichtiger Angebote für die Menschen zur sozia-

len Integration, erläuterte Herrmann. Auch leiste man damit einen Beitrag zum Klimaschutz.

Jedes der sieben Projekte stelle eine wichtige Investition in Bayerns Zukunft dar, betonte der Minister. So werde in Bamberg ein erlernpädagogisches Kompetenzzentrum mit 3,6 Millionen Euro gefördert. In Deggendorf soll das Eisstadion mit zwei Millionen Euro weiter saniert werden. Einersheim erhält eine Million Euro zur Modernisierung des Naturbades Selingau.

In Garmisch-Partenkirchen stehen zur Sanierung des Olympiastadions 2,1 Millionen Euro zur Verfügung. Zur Aufwertung des Freizeit- und Sportzentrums „Am Eisteich“ bekommt Hof vier Millionen Euro. Im Süden Nürnbergs wird der zweite Bauabschnitt im Wege der Sanierung des Kulturzentrums auf einem ehemaligen Kasernengelände mit vier Millionen Euro unterstützt. Schließlich kann das oberpfälzische Weiden mit drei Millionen Euro die Generalsanierung der Dreifach-Turnhalle und des Hallenbades der Hans- und Sophie-Scholl Realschulen durchführen. **rm**

Ein starkes WIR 2016

Landrat Leo Schrell zieht positives Fazit der Wirtschafts-, Informations- und Regionalausstellung in Dillingen

Eine starke „WIR 2016“ präsentierte jüngst einen starken Landkreis Dillingen. Dies ist das Fazit von Landrat Leo Schrell zur Wirtschafts-, Informations- und Regionalausstellung, an der sich heuer erstmals die Wirtschaftsvereine Wertingen mit einer eigenen Halle beteiligt hatte und somit von sechs Wirtschaftsvereinigungen im Landkreis veranstaltet wurde. Seit bereits 20 Jahren findet die WIR im zweijährigen Rhythmus in Dillingen statt.

„Der gute Ruf unseres Landkreises als dynamischer Wirtschafts- und attraktiver sowie lebenswerter Lebensraum wurde in den letzten fünf Tagen eindrucksvoll von den rund 300 Ausstellern präsentiert“, zeigt sich Schrell vom Verlauf der Ausstellung begeistert. Vor allem sei er positiv überrascht, dass es dem Ausstellungsleiter Schmid mit neuen kreativen Ideen und Initiativen immer wieder aufs Neue gelinge, das hohe Niveau der vorherigen Ausstellung nochmals zu toppen.

So sei es mit einem durchdachten Konzept und einem attraktiven Rahmenprogramm gelungen, eine Vielzahl an Besuchern anzusprechen und teilweise zu einem mehrmaligen Besuch der WIR zu animieren. Dazu beigetragen habe insbesondere die kaum zu überbietende Produkt- und Branchenvielfalt in thematisch klar strukturierten Hallen, ein tolles Rahmenprogramm und die vielen Möglichkeiten, sich kulinarisch verwöhnen zu lassen. „Die typisch regionalen Leckerbissen der Ga-

stronomie, das attraktive Landfrauencafé, die Schauküche und die Sonderschau zu 500 Jahre Reinheitsgebot waren besondere Anziehungspunkte“, resümiert Schrell.

Auf Interesse seien zudem die vom Bayerischen Bauernverband organisierten Diskussionsrunden zu aktuellen Themen wie „Gesunde Ernährung“, „Flutpolder“ und „Asyl“ gestoßen. Zudem wurde an vielen Ständen, darunter der Gemeinschaftsstand des Landkreises und des Regionalentwicklungsvereins Donautal-Aktiv, die kulturelle Vielfalt, attraktive Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten, die hervorragenden Bildungsangebote sowie das facettenreiche bürgerschaftliche Engagement präsentiert.

Während sich die Besucher über die Vielfalt an Angeboten und Informationsmöglichkeiten lobend äußerten, zeigten sich viele Aussteller bereits am Tag der Eröffnung der WIR begeistert über das hohe Interesse der Besucher.

Zudem habe den Landrat die ausgelassene Stimmung auf der WIR, die vor allem auch zum Besuch mit der ganzen Familie eingeladen habe, begeistert. „Mit einer hohen Anzahl an Besuchern aus dem Landkreis und darüber hinaus hat sich die WIR 2016 erneut als unverzichtbare Plattform erwiesen, um in regelmäßigen Abständen in kompakter Form die Leistungsstärke unseres Wirtschaftsstandortes und die Vielfalt unserer Kulturlandschaft und damit die hohe Lebensqualität, die unser Landkreis bietet, deutlich zu machen“, stellt der Landrat fest.

Gleichzeitig ermutigt er die sechs Wirtschaftsvereinigungen der Donautalstädte Dillingen, Lauingen, Gundelfingen und Höchstädt sowie der Aschberggemeinden und der Stadt Wertingen gemeinsam mit dem Ausstellungsleiter Schmid am bewährten Konzept festzuhalten und rechtzeitig die Planungen für die WIR 2018 in Angriff zu nehmen. **□**

Landrat Leo Schrell gewinnt Landratswahl

Der amtierende Landrat Leo Schrell hat die Landratswahl im Landkreis Dillingen a.d. Donau klar für sich entschieden und geht damit in seine dritte Amtszeit.

Von den 29.304 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Leo Schrell (FW) 24.831 Stimmen (84,74 %), während auf Mitbewerber Hermann Mack (REP), 4.473 Stimmen entfielen (15,26 %).

Die Wahlbeteiligung lag bei 39,71 %. Wahlberechtigt waren 74.640 Landkreisbürger. Die einzelnen Wahlergebnisse in den 27 Städten, Märkten und Gemeinden des Landkreises sind auf der Homepage des Landratsamtes www.landkreis-dillingen.de einzusehen. **□**



Männergesangsverein spendet Amtskette

Die lang ersehnte Amtskette stiftete der örtliche Männergesangsverein „Liederkranz“ für Leuchtenbergs Bürgermeister Anton Kappl. Gesangsvereinsvorsitzender Josef Varnold, sein Stellvertreter Anton Kick und Ehrenvorsitzender Josef Winter (v. r.) überreichten bei der Jahresabschlussfeier des MGV das Geschmeide. Das Gemeindeoberhaupt war völlig überrascht und sehr gerührt als ihm der Amtsschmuck umgehängt wurde: „Ich bin sprachlos und sogar ein paar Tränen sind gekommen. Beim Amtsantritt habe ich schon gemerkt, das was fehlt“, so Kappl. Seit längerem habe er im Internet wegen einer Amtskette recherchiert. Mit so einem großartigen Geschenk habe er jedoch niemals gerechnet. Das Zentrum der vergoldeten Dienst-Insignie bildet ein großer Taler, der die Burg zeigt. Die Kette selbst besteht aus rechteckigen Plattengliedern mit Symbolen von Bezirk, Landkreis und Markt-gemeinde. Auf ihrer Rückseite werden die jeweiligen Bürgermeister mit ihren Amtszeiten eingraviert. Varnold stellte heraus, dass diese Amtskette der Markt-gemeinde gehört und von einem Bürgermeister zum nächsten weitergegeben wird. Während des Gottesdienstes vor dem Jahresempfang der Markt-gemeinde erhielt die Kette den kirchlichen Segen. Und beim Empfang wurde sie von Bürgermeister Kappl offiziell eingeführt und zum ersten Mal in der Öffentlichkeit getragen.

Bild und Text: Siegfried Schärtl

Kalvarienberge - Ein Film von Dr. Michael Zehetmair

„Kalvarienberge“ heißt ein 45-minütiger Film über die ganz eigene, in sich ruhende Aura und auch über die kulturelle und religiöse Bedeutung der annähernd 2.000 Kalvarienberge in ganz Europa. Erstausstrahlung ist am Karfreitag, dem 25. März um 16 Uhr im Bayerischen Fernsehen. Für den Film wurden Kalvarienberge in Polen, der Bretagne, Italien, Österreich sowie Bayern besucht. In Bayern werden die Kalvarienberge in Füssen, Wenigmünchen (Landkreis Fürstentfeldbruck), Aiterbach (Gemeinde Allershausen) und Kirchenthumbach (Oberpfalz) vorgestellt. Jeder für sich ist eine kulturhistorische Besonderheit. Zudem ist die Kamera dabei auf dem wohl bekanntesten Kalvarienberg Bayerns, in Bad Tölz, wo jedes Jahr in der Karwoche ein Kinderkreuzweg der „Katholischen Landvolkbewegung“ zusammen mit Pfarrer Scheibel die Sinnhaftigkeit des Lebens und Sterbens Jesu Christi an die ganz jungen Menschen vermittelt. **□**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Offensive für den Wohnungsbau. Aha. Gut gedacht, aber wie gemacht in einer Stadt mit wenig Baulandreserven und einer immer aktiveren, kritischen Kultur der Bürgerbeteiligung?“ Mein Chef, der Bürgermeister, muss sich derzeit intensiv mit Forderungen auseinandersetzen, auch in unserer Stadt mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

In der Diskussion um den zukünftigen Umgang mit den Asylsuchenden und Geflohenen, die entweder für immer oder doch für eine geraume Zeit bei uns bleiben werden, sind wir bereits an einem Punkt angelangt, den man „Mühe der Ebenen“ nennen könnte, obwohl wir die Höhen und Gipfel der gesinnungs- und verantwortungsethischen Diskussion über das Für und Wider der Aufnahme dieser und weiterer Menschen in Not noch gar nicht verlassen haben. Aber wegducken gilt

70 Quadratmeter und allein-stehende Senioren sogar 78 Quadratmeter.

Also erste provokante Frage: Kanns auch ein bisschen weniger sein? Keiner will zurück in die 1960er Jahre, in denen Familien zwei Kinder auf 56 Quadratmeter aufzogen. Aber die Frage muss erlaubt sein, ob es nicht etwa für einige Senioren attraktiv wäre, in kleinere, seniorenerechte Wohnungen um-zuziehen, statt im Altbau zu bleiben. Es wäre nicht zuletzt auch ein Stück Autonomie, wenn die Wohnung keine Schwellen aufweist und man ebenerdig in die Dusche kommt, anstatt sich vom Bufdi mittels einer Hebevorrichtung in die hohe Badewanne hieven zu lassen.

Aber Bauland ist, jedenfalls in unserer Stadt, knapp. Nachverdichtung ist ein Zauberwort, aber ein Zwiespältiges. Die größten Wohnreserven unterm Dach sind längst ausgereizt. Und jeder – ob Mieter, Genossenschaftler oder Eigentümer – bedankt sich zu Recht, wenn auf dem Flecken zwischen den Häusern, den er bisher als Grünanlage gesehen hat, plötzlich ein weiterer Wohnblock errichtet wird. Stelzenhäuser über Garagengrundstücken oder Parkplätzen, Wohnhochhäuser in der kleinstädtischen Idylle – bei all dem wünsche ich viel Spaß mit der Anliegerbeteiligung samt drohender Bürgerentscheide. Bleibt noch die Ausweisung neuen Baulands an der Peripherie, am besten zusammen mit den Umlandgemeinden. Ja, aber das erfordert enormes planerisches Spitzengedächtnis und vor allem Zeit, um eine Konzentration von Problemen zu vermeiden. Hier mahnen die Fehler der 1960er und 70er Jahre mit ihren Großsiedlungen.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht eines ganz klar: Der Bürgerdialog muss jetzt starten, nicht erst, wenn wir eine echte Wohnungsnot – bei Einheimischen wie Zugezogenen – bekommen. Dazu gehört auch, ein Dilemma aufzulösen, das der Künstler Friedensreich Hundertwasser einmal so beschrieb: „Bei der Stapelung der Wohnungen nach oben geht zuerst der Mensch zugrunde und dann die Natur. Bei der Stapelung in die Breite läuft es umgekehrt.“

the Sabriul

Der Bürger und der Wohnungsbau

nicht: Es gehört nun einmal zu unserer Art des Herangehens an die Dinge, auf gegebene Herausforderungen auch Antworten zu suchen.

Also eine Antwort scheint ja prompt aus Berlin zu kommen: Mehr Geld, Aufstockung oder Schaffung von Förderprogrammen, Start von Wohnungsbauintiativen und was weiß der Himmel noch alles. Seltsam, dass mir wieder das Bild von den Mühlen der Ebene in den Sinn kommt, aber hat irgendwer eine Vorstellung, was man bauen soll und wo?

Nach allem, was wir bisher über das Wohnen in der Zukunft wissen, sind zwei Punkte wichtig: Zum einen schrumpft die Bevölkerung zwar, aber die Zahl der Haushalte bleibt gleich. Stichworte hierfür sind der Trend zum Singledasein und die Senioren, die nach dem Tod des Partners weiter und Dank verschiedenster Unterstützungsangebote auch länger einen eigenen Hausstand unterhalten. Zum anderen steigen die Ansprüche an die Größe des Wohnraums. Durchschnittlich bewohnt jeder Deutsche 43 Quadratmeter in seiner Wohnung oder seinem Haus. Vor 40 Jahren waren es gut über 30 Quadratmeter. Singles bewohnen durchschnittlich

Asylbewerberunterbringung in Fürstentfeldbruck:

Enge Einbindung der Landkreis-Bürgermeister

Fürstentfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin lud die Bürgermeister des Landkreises jüngst zur Bürgermeisterdienstbesprechung ins Landratsamt. Wichtiges Thema war die Unterbringung der Asylbewerber. Dabei ging es vor allem um zwei Punkte: Ob und wie der im Oktober 2014 erstmals vereinbarte Verteilungsschlüssel fortgeschrieben wird und die Entwicklung der sogenannten „Fehlbeleger“, also der anerkannten Flüchtlinge, die zum Auszug aus der Asylbewerberunterkunft verpflichtet sind.

Zur Erinnerung: Der Landkreis Fürstentfeldbruck nahm im Oktober 2014 eine Vorreiterrolle ein: Landrat Karmasin gelang es, die Zustimmung aller Bürgermeister zu einem freiwillig unter ihnen vereinbarten Verteilungsschlüssel zur Unterbringung der Asylbewerber zu erhalten. Entgegen der amtlichen Prognose, die damals noch deutlich darunter lag, ließ Karmasin den Schlüssel auf der Annahme von 2.000 bis Ende

2015 benötigten Plätzen berechnen. Im April 2015 – wiederum vor der Erhöhung des amtlichen Auftrags auf in etwa dieses Niveau mit der neuen BAMF-Prognose Ende August 2015 – wurde die Prognose auf 3.000 bis Ende 2015 zu schaffende Plätze erhöht.

Aufstockung

Das Landratsamt hat diese Zielvorgabe erreicht – allerdings nur dank der Erstaufnahme-Dependance im Fliegerhorst Fürstentfeldbruck, deren Aufstockung auf nunmehr 1.600 Plätze geplant ist. Mit der Dependance gibt es derzeit rund 3.500 Unterbringungsplätze im Landkreis. Trotz „Quotenübererfüllung“ bekommt das Landratsamt seit Juni 2015 mehr Personen zugewiesen als es regulär unterbringen kann – deshalb müssen Turnhallen belegt werden. Derzeit gibt es 378 Turnhallenplätze in insgesamt 4 Turnhallen.

Momentan werden wöchentlich 41 Asylbewerber dem Landkreis zugewiesen. Eine neue amtliche Prognose gibt es derzeit nicht. Die Bürgermeister verständigten sich mehrheitlich darauf, die 2014 vereinbarte Art und Wei-

se der Verteilung der Asylbewerber im Landkreis, nämlich 70% anhand der Einwohnerzahl, 20% anhand der Fläche und 10% aufgrund des bereits vorhandenen Ausländeranteils, beizubehalten.

Zur Zahl der „Fehlbeleger“ berichtete das Ausländeramt, dass diese schnell stark ansteigen wird. In den letzten Wochen erhielten bis zu 20 Asylbewerber pro Woche ihre Anerkennung, vorwiegend aus Syrien, Eritrea und Irak.

Fehlbeleger

Im Moment gibt es rund 190 Fehlbeleger. Jeder Fehlbeleger „kostet“ einen Platz, denn die mit Fehlbelegern besetzten Plätze werden von der Quotenerfüllung des Landratsamts abgezogen. Der Landrat verwies deshalb darauf, dass die Auszugsaufforderungen umgesetzt werden müssen, vorrangig in den Gemeinden, in denen man die Plätze am dringendsten braucht, wo also die meisten Plätze fehlen.

Der Vorschlag, gemeinsam mit den Gemeinden Projekte zu planen, soweit dies möglich ist, die beiden Zwecken – der Asylbewerber- und der Obdachlosenunterbringung – dienen, fand bei vielen Bürgermeistern ebenso Zustimmung wie die Ankündigung, dass das Landratsamt bei ihm eingegangene Angebote kleinerer Wohnungen in Gemeinden, die ihre Quote erfüllt haben, an diese weitergeben wird – vorausgesetzt, der Vermieter stimmt dem zu. **□**

Landshuter Umweltmesse 2016:

Lernort und Quelle für Wissenstransfer

Vom 11. bis 13. März 2016 werden der Landshuter Messepark sowie die Flächen in und um die Sparkassenarena wieder zum Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen. Zum 11. Mal haben die Besucher Gelegenheit, Einblicke in die Schwerpunkte Natur und Technik, Bauen & Wohnen, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung zu gewinnen.

Die Landshuter Umweltmesse zeigt laut den Organisatoren Andrea Lapper und Rudolf Schnur (beide sind geschäftsführende Gesellschafter der gemeinnützigen LA-umwelt GmbH) an vier Tagen bei freiem Eintritt, was Industrie, Handwerk, Forschung, Handel und Dienstleistung an umwelt-, klima- und gesundheitsfreundlichen Leistungen bieten. Dieses Angebot hat der ganzheitlichen Betrachtungsweise von der Herkunft der Rohstoffe über deren Verarbeitung bis hin zur Entsorgung standzuhalten. Eines der Sonderthemen ist in diesem Jahr „Plastikmüll“; mit diesem Thema wird sich auch der Messestand der Stadt Landshut beschäftigen.

Insgesamt stehen über 90 Fachvorträge im Stundentakt in drei speziellen Vortragssälen auf dem Programm. Erstmals wird ein Bauherreninfoabend angeboten. Die künftigen Bauherren werden dabei auf ihrem Weg in die eigenen vier Wände umfassend und kompetent beraten

und bekommen wertvolle Tipps rund um das Thema Hausbau.

Im ersten Fachvortrag des Bauherreninfoabends referiert LB-Bauberater Oliver Hartel zum Thema „Ökologisch Bauen, Energie sparen, behaglich und gesund Wohnen im werthaltigen Ziegelhaus von Leipfinger-Bader“; der zweite Fachvortrag von Gastreferent Patrick Behnert, ZinCo GmbH, informiert über die Möglichkeiten der Begrünung von Flach- und Schrägdächern, auch in Kombination mit Photovoltaik und Solarthermie.

Vorträge und Ausstellung

Erstmals beteiligt sich das Polizeipräsidium Niederbayern an der Landshuter Umweltmesse mit der Präsentation eines Messestandes zum Thema „Gut beraten – sicher wohnen, Diebstahl- und Einbruchschutz für Privat und Gewerbetreibende“. Die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle der Kriminalpolizeiinspektion Passau

gibt gemäß dem ProPK-Motto „kompetent. Kostenlos. Neutral.“ u. a. Empfehlungen zum Thema Gebäudeschutz und Einbruchssicherungen.

Weinliebhaber dürften sich auf ein Bio-Weinseminar freuen, das die ganze Vielfalt des Bioweinbaus in einem Vortrag zeigen soll. Neu ist auch die Ausstellung „Faszination Moor“ des Landesamtes für Umweltschutz Bayern, die über das Ökosystem Moor informiert und Impulse zur Renaturierung der Moore in Bayern gibt. Die Ausstellung richtet sich auch an Schulklassen ab der 4. Jahrgangsstufe sowie an Personen und Multiplikatoren, die sich in Verbänden und Behörden mit dem Moor- und Klimaschutz befassen.

Neben Ausstellung, Vorträgen und Vorführungen beinhaltet das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankerln aus der Region und eine unentgeltliche umwelpädagogische Kinderbetreuung runden das facettenreiche Angebot ab.

Laut Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf „ergänzt die Umweltmesse die Bandbreite des wirtschaftlichen Erscheinungsbildes in Landshut um einen wichtigen Baustein. Der bewusste Umgang mit der Umwelt hat sich seit der ersten Messe in nahezu alle Lebensbereiche ausgedehnt. Deshalb ist die Messe inzwischen für die Unternehmen aus der Region zu einer Plattform für umweltgerechte Produkte und Dienstleistungen geworden, die fast alle Branchen umfasst. Die Veranstalter unterstreichen ihren Anspruch, auch

Lernort und eine Quelle für Wissenstransfer zu sein. Diese Ausrichtung macht die Umweltmesse einmalig und zeichnet die besondere Qualität aus.“

Für Regierungspräsident Heinz Grunwald, der die Schirmherrschaft übernommen hat, hat die Stadt Landshut als Messestandort

eine lange Tradition und ist vielen Branchen kennern ein Begriff. „Dabei sind es vor allem die Spezialmessen, die sich in Landshut besonders wohl fühlen. Denn eine gut etablierte Messe ist das beste Marketing für eine Stadt, für eine Region. Sie ist ein Statement für den innovativen Wirtschaftsstand-

ort Niederbayern.“ Die Umweltmesse in Landshut sei hier keine Ausnahme: „Sie ist fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der Stadt und lockt jedes Jahr aufs Neue viele Besucher an, die nebenbei auch noch eine der schönsten Städte Niederbayerns erleben können.“ **DK**

Meilenstein in die Zukunft

Fahnen Kössinger überarbeitet Firmenauftritt sowie Produktportfolio und erweitert seine Vertriebswege

Mit der Neuerstellung und Überarbeitung des kompletten Kundenauftritts hat die Traditionsfirma Fahnen Kössinger einen wichtigen Schritt für die Zukunft geschafft. „Es ist für uns ein Meilenstein, der es uns ermöglicht, als traditioneller Hersteller im digitalen Wettbewerb zu bestehen und doch dem treu zu bleiben, was uns ausmacht“, sagt Florian Englmaier, Geschäftsführer und Inhaber des Unternehmens mit Sitz in Schierling bei Regensburg.

Nach etwa einem Jahr, nachdem Englmaier den Mittelständler übernommen und den Generationswechsel vollzogen hat, hält die Digitalisierung in vielen Geschäftsbereichen Einzug. „Laptop und Lederhose, das nehmen wir wörtlich - wenn der Trachtenverein das Zubehör für seine gestickte Fahne per Mausklick bestellt oder einen eigenen Online-Shop für die neuen Vereins-T-Shirts einrichtet.“

Der neue Auftritt ist für Fahnen Kössinger kein Neuanfang, sondern eine logische Weiterentwicklung der Identität des Unternehmens. „Mit der Weiterentwicklung des Auftritts reagieren wir darauf, dass sich das Kaufverhalten und die Kundenanforderungen im Lauf der Jahre stark gewandelt haben“, sagt Englmaier. „Das neue Erscheinungsbild spiegelt zudem wider, was uns und unsere Produkte ausmacht: Wir stehen als Firma für Identität, unsere Produkte sind Symbol für Gemeinschaft, Identifikationspunkt für Vereine, Gemeinden oder Firmen.“ Der persönliche Kontakt ist der wichtigste Vertriebsweg. „Es ist aber auch klar,

dass ein guter Service manchmal bedeutet, bequem von zu Hause aus zu bestellen. Hierfür haben wir nun die Grundlagen geschaffen.“



Florian Englmaier.

„Bei der Gestaltung des Firmenauftritts erforderten die unterschiedlichen Kundengruppen und ein breites Produktportfolio besonderes Feingefühl“ sagt der Industrie Designer Franz Reel, der den Firmenauftritt gestaltet hat. Die bemerkenswerte Markenhistorie und das Selbstverständnis

der Firma müssten angemessen zum Ausdruck gebracht werden. Dieses Selbstverständnis steckt auch im überarbeiteten Logo. Dessen markantes Symbol ist eine rote Raute, die neben dem Schriftzug die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Sie ist eine stilisierte Fahne, steht für das Produkt. „Zudem steht sie für die bayerische Heimat und ist nicht zuletzt ein wichtiges Stilelement in der Heraldik, der Wappenkunde.“

Mit ihrem Gründungsjahr 1928 ist die Firma Fahnen Kössinger in der Tat kein Start-up Unternehmen, sie geht aber ähnliche Wege. Mit dem Angebot unter der Marke „Fashion for Groups“ wurde eine neue Möglichkeit geschaffen, um die Bestellung von Vereins- und Firmenbekleidung zu vereinfachen. Jeder Kunde erhält seinen eigenen Online Shop, in dem er vorab definierte Kleidungsstücke seinen Mitgliedern anbieten kann. Das macht es deutlich einfacher, einheitliche Kleidung für Gruppen zu besorgen, ohne aufwändige Koordinierung durch Vereinsvorstände, Gruppenleiter oder Lehrer. „Traditionsfirmen müssen sich nicht hinter den jungen eCommerce Start-ups verstecken“. Es gilt den vermeintlichen Nachteil in einen Vorteil zu wandeln und zu zeigen was man kann. „Oder welches Start-up beschäftigt schon Handstickerinnen?“, fragt Englmaier.

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 24. März 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Kommunalmarketing
- Sicherheitstechnik · Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Friedrichsgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
P. HENKEL Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/76 87-0 · Telefax: 02732/76 87-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Gewerbekbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der Bayerische Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelsversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen



38685 Langelsheim | www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG